Antifaschistisches
INFO 35
Juli/August 1996 5,– DM BLATT

Marzahn, 1. Mai 1996:
JN-Aufmarsch
...PDS-Bezirksbürgermeister
schaut weg



SCHAUT NICHT MEHR WEG!

Nazis in der Offensive
JN, ein Fossil erhält neue Bedeutung
Die Maulwurffunktion des Ostpreußenblattes
Band-Interview: Rechte Grufties?





4xw60



Antifaschistisches INFO-Blatt
Nr. 35, Juli/August 1996

Erscheinungsweise:
5x im Jahr

Herausgeber:
L. Meyer
Gneisenaustr. 2a
10961 Berlin

V.i.S.d.P.: L. Meyer (Adresse s.o.)

Druckerei: Eigendruck

Konto: J. Lehmann, 411 960 - 105
Postbank Berlin, BLZ: 100 100 10
(Bei Überweisungen bitte immer deutlich den Absender angeben!)

Preis: 5,- DM

Abo: 30,- DM/Jahr (s. Seite 19/20)

Nachdruck: In Antifa-Publikationen mit vollständiger Quellenangabe, andere Publikationen nur nach Rücksprache mit der Redaktion.

Anzeigen: Wir bringen nur Anzeigen von Sachen, die wir kennen und gut finden. Also, bei Broschüren und Zeitungen bitte immer ein Exemplar mitschicken. Austauschanzeigen auf Anfrage möglich. Eine Anzeigenpreisliste gibt es nicht, wenn uns aber jemand Geld spenden will, weil wir eine bestimmte Anzeige abgedruckt haben, dann haben wir natürlich nichts dagegen.

Eigentumsvorbehalt:
Nach dem Eigentumsvorbehalt ist die Zeitung solange Eigentum des Absenders, bis sie der/dem Gefangenen persönlich ausgehändigt ist. »Zur-Habe-Nahme« ist keine persönliche Aushändigung im Sinne dieses Vorbehalts. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nicht persönlich ausgehändigt, ist sie dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden. Wird die Zeitschrift der/dem Gefangenen nur teilweise persönlich ausgehändigt, so sind die nicht ausgehändigten Teile, und nur sie, dem Absender mit dem Grund der Nichtaushändigung zurückzusenden.

Liebe Antifas, FreundInnen und GenossInnen!

Hier unsere letzte Ausgabe vor dem Sommerloch, in der wir gleich zu Beginn angesichts der wild wuchernden Gerüchte einiges klar stellen wollen: das Antifa Infoblatt wird auch weiterhin wie gewohnt erscheinen, wir stehen nicht kurz vor dem Aus. Allerdings haben wir starke – wenn auch zu bewältigende – finanzielle Probleme.

Darstellungen wie »*Geldmangel und eine gefährlich zusammengeschmolzene Leserschaft stellen die zunehmend kleiner werdende Redaktion vor immer größere Probleme*« (Telegraph Nr. 4/96) sind übertrieben bzw. stimmen einfach nicht.

Eigentlich ist momentan eher das Gegenteil der Fall. Wir befinden uns auf dem aufsteigenden Ast, auch wenn nicht abzusehen ist, wie lange das anhalten wird.

Zu verdanken haben wir das unter anderem unseren fleissigen WeiterverkäuferInnen, die wieder mehr werden und auch mehr verkaufen und SpenderInnen. So bekamen wir 1000 DM aus den Einnahmen eines Konzertes mit »Propaghandi« und »The Annoyed«, das im JUZ in Selbstverwaltung Mannheim vom VEB LAUT & LÄSTIG (c/o Schwarzwurzel, Jakob-Binder-Str. 10, 67063 Ludwigshafen) veranstaltet wurde. Vielen Lieben Dank nochmal!

Auch die kleinen Spenden und die eingegangenen Förderabos haben uns viel geholfen.

Nichtsdestotrotz benötigen wir weiterhin Geld und deshalb – neben der obligatorischen Bitte um Spenden – hiermit die Aufforderung an unsere SchuldnerInnen, die seit Monaten nichts mehr gezahlt haben, doch dies endlich mal zu tun. Es liegt nämlich unter anderem an den horrenden Außenständen, daß wir finanziell so schlecht dastehen. Wir werden Euch über unseren finanziellen Stand weiterhin auf dem laufenden halten.

Ansonsten müssen wir Euch leider mitteilen, daß wir unseren Kopierservice von ausverkauften Ausgaben einstellen. Diese sind in Zukunft nur noch in Ausnahmefällen und für Archive etc. zu haben.

Nun wünschen wir Euch viel Spaß mit den folgenden Seiten. Falls Ihr auf den Fotos noch Leute erkennen könnt, wäre es nett, wenn Ihr uns dies mitteilt.

die Redaktion

Wir lagen mit unserer Schwerpunktsetzung in der letzten Ausgabe richtig; dies haben noch einmal zwei Ereignisse bewiesen, die in Berlin kurz aufeinander inszeniert wurden: das erste öffentliche Rekrutengelöbnis der Bundeswehr seit 1945 und die Tagung des NATO-Rates.

Unter größten Sicherheitsvorkehrungen wurde am 31. Mai das öffentliche Gelöbnis vollzogen, das einen wichtigen Abschnitt in der Remilitarisierung des öffentlichen Raumes darstellt. Die Öffentlichkeit soll auf weitere »friedensstiftende« Einsätze der Bundeswehr eingestellt werden, da vor der Aggression nach außen die Einheit nach Innen hergestellt sein muß. In diesem Sinne soll Militär wieder normal werden im deutschen Straßenbild, wie Berlins Regierender Bürgermeister Eberhard Diepgen und Bundespräsident Roman Herzog in ihren Reden betonten. Gleichzeitig bezogen sie sich auf preußische Traditionen und wünschten sich wieder einen stärkeren Bezug auf diese. Beide kamen jedoch auch nicht umhin, einige Minuten ihrer Reden der Rechtfertigung des Gelöbnisses zu widmen und gegen die anwesenden »Störer« zu polemisieren. Etwa 300 Leute hatten sich durch die vier Polizeikontrollen geschummelt und störten kräftig mit Parolen und Pfiffen. Daraufhin gingen die zahlreich anwesenden Zivilbeamten und ihre Kollegen in Uniform mit Tritten und Schlägen gegen Leute vor, die Trillerpfeifen hatten oder »*Mörder, Mörder*« skandierten. Teilweise äußerst brutal, aber gezielt wurden Festnahmen gemacht, deren Gesamtzahl sich am Abend auf über 80 belief. Vier Leute wurden aus Gründen in Untersuchungshaft genommen, die bei normalen Anlässen Haftverschonung bedeutet hätten. Das polizeiliche Vorgehen macht deutlich, wieviel den Politikern an der Durchsetung ihres Vorhabens liegt.

Trotzdem läßt sich als positiv verbuchen, daß das Gelöbnis merkbar gestört wurde (was auch in den Medien berichtet wurde) und von einem öffentlichen Interesse an der »Feier« nicht viel zu merken war: die Zahl der anwesenden interessierten Bürger belief sich auf ungefähr zehn.

Einige Tage später folgten dann weitere Schritte zur praktischen Umsetzung der alten neuen deutschen Außenpolitik. Auf der Tagung des NATO-Rates wurde eine Stärkung der europäischen Schiene der NATO beschlossen, in der natürlich Deutschland im Verbund mit Frankreich die Hauptrolle spielen sollen. Unabhängiger von den USA sollen die Europäer in ihrem Sinne intervenieren und ihre Interessen durchsetzen können. Daß Deutschland diese Entwicklung entscheidend vorangetrieben hat ist wohl kaum verwunderlich. Schließlich wollen deutsche Politiker und Militärs wieder weltweit Politik machen – wenn nötig auch mit militärischen Mitteln.

Öffentliche Nazistrukturen machen mobil

Nazis in der Offensive?



»*Deutschlands Patrioten müssen 1996 ihre Thesen zum wirtschaftlichen Desaster der brd ausarbeiten und damit an die Öffentlichkeit gehen! (...) Nur wenn es uns gelingt, Antworten auf die Fragen von Millionen Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern zu finden, kann 1996 zu einem Jahr des Erfolgs für uns werden.*« So lautet eine Direktive, die der ehemalige Chef der verbotenen Kadertruppe NATIONALE OFFENSIVE (NO), Michael SWIERCZEK, zu Beginn des Jahres ausgab.[1] In der Tat sind seit einigen Monaten verstärkte Propagandaarbeit und ein stärkeres öffentliches Auftreten der Nazis – nicht nur zu sozialen Fragen – zu beobachten. Bedeutet dies das Ende der mit den Parteiverboten eingeläuteten Phase der Umstrukturierung und Kaderschulung, die einen Rückzug aus der Öffentlichkeit und eine konspirativere Vorgehensweise der Nazis mit sich brachte?

Immerhin begann diese Phase bereits vor drei Jahren und wurde bis heute mit steigender Intensität fortgeführt. Die Ergebnisse, über die wir in vergangenen Ausgaben ausführlich berichteten, sind eine ausgeprägte Zellenstruktur, regionale Zusammenschlüsse für Propaganda (wie der FRANKENRAT und DIE NATIONALEN), diverse »*nationale und parteiunabhängige*« Projekte und Einrichtungen (wie NATIONALE INFOTELEFONE, Versände etc.) und als Auffangbecken für verbotene Parteien die bundesweit agierenden JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN).

Mit dieser Strategie ist es den Nazis in weiten Teilen gelungen, die ihnen entgegengebrachten Sympathien Anfang der 90er Jahre auch längerfristig für sich zu verarbeiten. Nachdem der Staat sie mit seinem Vorgehen gegen ihre öffentlichen Strukturen in ihre Grenzen gewiesen und das Ausland beruhigt hatte, fingen sie an, ihre Strukturen umzubauen. Diese sollten nicht mehr so leicht durch Repression zu treffen sein, gleichzeitig effizienter gestaltet und für den Mitgliederzuwachs ausgebaut werden. Parallel dazu gingen sie daran, sich die brauchbaren unter den neugewonnenen Mitgliedern und Mitläufern rauszusuchen, diese zu schulen und damit ihr Kadernetz dichter zu stricken.

Unserer Einschätzung nach hat diese Phase der Organisierung bei ihnen ihren Höhepunkt überschritten. Auch wenn sie von staatlicher Seite noch nicht in dem Maße gelassen oder gar protegiert werden, wie es nach der Wende der Fall war, so ist doch eine allgemeine Beruhigung und Desensibilisierung beim Thema Neofaschismus zu registrieren.

Nun fangen die Nazis mit wesentlich besseren Strukturen und einer festeren Kaderdecke wieder an, sich in die Öffentlichkeit zu drängen. Nur so können sie das für ihre politische Strategie nötige Umfeld sammeln und an sich binden. 1991 sagte Jürgen RIEGER einem Fernsehreporter »*...wenn wir genügend Untercorpsführer hätten, könnten wir zehntausende marschieren lassen.*«[2] Heute sieht es genau andersherum aus: es sind zwar mehr Kader vorhanden, dafür fehlt das zu mobilisierende Umfeld. Für die erneute Schaffung dieses dienen

Aufmärsche als wichtiger Identifikationspunkt

Nachdem es den Nazis im letzten Jahr kaum gelungen ist, die von ihnen geplanten Aufmärsche durchzuziehen, sieht es in diesem Jahr anders aus.

Bereits im Januar fand in Aschaffenburg mit 300 TeilnehmerInnen aus dem gesamten Bundesgebiet der »Hans-Münstermann-Gedenkmarsch« statt. Es folgten am 23. März ein Aufmarsch mit 100 Nazis in Saarlouis, zu dem nur regional mobilisiert wurde und der mit 350 TeilnehmerInnen größte in diesem Jahr am 1. Mai in Berlin-Marzahn (siehe Artikel). Am 4. Mai fand dann im thüringischen Sonnenberg ein von den Republikanern angemeldeter Aufmarsch mit 250 TeilnehmerInnen statt und am 18. Mai versuchte die NPD einen Aufmarsch in Dresden zu machen, der aber von der Polizei unterbunden wurde[3].

Neben dem obligatorischen Abfeiern ihrer Märtyrer stammten die Themen der Aufmärsche vorwiegend aus dem sozialen Bereich, z.B. Massenarbeitslosigkeit und Sozialabbau. Getreu der oben genannten Direktive von Swierczek scheinen die Nazis hier ihr neues Thema gefunden zu haben, um Massen zu mobilisieren und ein sympathisierendes Umfeld zu schaffen. Was nach der Wende der Rassismus war, soll nun offensichtlich durch die Propaganda gegen den massiven Sozialabbau und die Einschnitte ins soziale Netz ersetzt werden. Es besteht die Gefahr, daß die Nazis ein traditionell linkes Thema für sich vereinnahmen und die entstehende Bewegung gegen den sozialen Kahlschlag beeinflussen.



Bilder vom Naziaufmarsch in Saarlouis am 23. März. Unter den ca. 100 Nazis waren unter anderem Christian Hehl (oben mitte, mit Backenbart), René Rodriguez-Teufer (links daneben hinter Transparent), Falco Schüssler und Peter Strumpler.





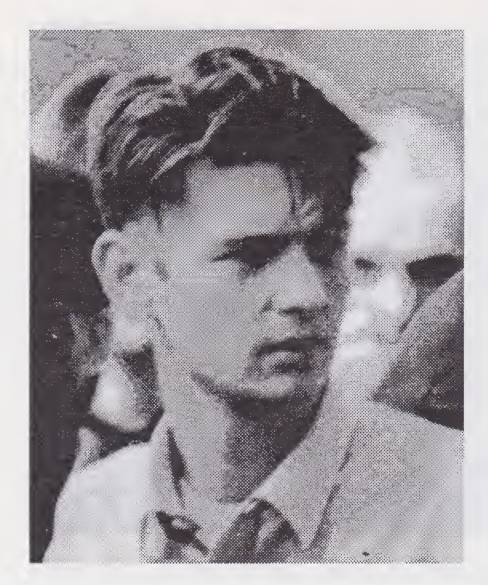
BBZ goes bundesweit – die Zeitungen *»der nationalen Erneuerung«*

Diese Entwicklung läßt sich auch an der auflagenstärksten Zeitung aus dem militanten Nazispektrum, der BERLIN-BRANDENBURGER ZEITUNG (BBZ), ablesen. Diese hat mittlerweile sechs Ableger im gesamten Bundesgebiet, bei denen der überregionale Teil gleich ist und verschiedene regionale Teile enthalten sind (siehe Kasten). Zusammen erreichen die Zeitungen, die versuchen im Abstand von sechs Wochen zu erscheinen und größtenteils kostenlos verteilt werden, nach eigenen Angaben eine Auflage von 55.000 Exemplaren. Diese professionell aufgemachten Zeitungen thematisieren Fragen aus der Tagespolitik und besetzen diese in populistischer Manier von rechts. Nationalsozialistische Grundsatzpositionen bleiben verständlicherweise außen vor. Die bereits seit vier Jahren erscheinende BBZ und ihre relativ neuen Schwesterzeitungen sind Beispiele für die oben angesprochenen parteiunabhängigen Projekte. Hier sammeln sich die Kader der verbotenen Naziorganisationen und andere, die in der Arbeitsteilung für den Bereich der Öffentlichkeitsarbeit zuständig sind. Im Impressum der Blätter finden sich diverse wichtige Personen der öffentlich auftretenden Naziszene. Als Beispiele seien hier nur der Chef der verbotenen FAP, Friedhelm BUSSE, und der Kader der NF-Nachfolgeorganisation SOZIALREVOLUTIONÄRE ARBEITERFRONT (SrA) Steffen HUPKA aus Quedlinburg angeführt, die beide als freie Mitarbeiter bzw. Korrespondenten geführt werden.

Auch wenn abzuwarten bleibt, ob sich die Zeitungen nach der plötzlichen Expansion konsolidieren können, scheinen sie auf dem Vormarsch zu sein. Trotz verspäteten Erscheinens der letzten Ausgaben und Worten wie »*Von Mal zu Mal treten mehr Schwierigkeiten auf*« sollen »*die Leitzeitungen des Projekts ab nächste Ausgabe auf monatliches Erscheinen umstellen*«[4].

The next Generation

Die genannten strukturellen Verbesserungen und die Propagandaoffensive werden unterstützt von dem Heranwachsen



Der leitende Redakteur der BBZ Christian Wendt

einer neuen Generation von Nazis und rechten Jugendlichen im Osten. Dieses ist eines der Ergebnisse des Rechtsrucks und der faschistischen Mobilisierung Anfang der 90er Jahre, von denen wir in den nächsten Jahren noch mehr zu spüren bekommen werden.

Die Jugendlichen, die von der Stimmung damals geprägt und anpolitisiert wurden, werden nun von Kadern mit Propaganda versorgt und fangen in vielen Orten an da weiterzumachen, wo die Generation vor ihnen aufgehört hat. Die Ergebnisse sind Jugendclubs, die zu rechten Zentren werden, wieder mehr Übergriffe und die Eroberung bzw. Verstärkung der Straßenhoheit durch die Nazis. Zu verdanken haben sie diese Entwicklung auch ihrer unter der Oberfläche weiter stattfindenden Rekrutierungsarbeit, die sich z.B. in den zahlreich stattfindenden Konzerten mit Nazibands ausdrückt.

Fazit

Die Einschätzung, daß die Nazis nach einer Phase im Untergrund wieder an die Öffentlichkeit treten werden, scheint sich zu bestätigen. Heute sehen ihre Strukturen wesentlich besser und dichter aus als zu Beginn der 90er Jahre und sie haben es geschafft, ihre Rekrutierung zumindest in bestimmten Regionen weiterzuführen. Die wenigen negativen Folgen durch die staatliche Repression sind verarbeitet und haben sich teilweise positiv auf die Szene ausgewirkt, da z.B. Streitigkeiten begraben wurden und ein Zusammenrücken stattgefunden hat. Die Kader, die momentan im Gefängnis sitzen, kommen auch irgendwann wieder heraus und werden da weitermachen, wo sie aufgehört haben.

Mit dieser Ausgangssituation, haben die Nazis heute die theoretische Möglichkeit, ein größeres Umfeld als Anfang der 90er Jahre zu sammeln und dies auch schlagkräftiger einzusetzen. Praktisch gesehen spielen natürlich noch andere Faktoren in solch eine Entwicklung hinein. So hatte die starke rassistische und faschistische Mobilisierung im Osten der Republik viel mit der nach der Wende entstandenen Situation zu tun.

Dennoch sollten wir auf eine ähnliche Entwicklung wie damals gefasst sein. Das zentrale Thema, mit dem es momentan für sie möglich ist, sich eine Massenbasis und damit das für sie nötige Umfeld zu schaffen, ist die soziale Frage. Auf dieses Thema steuern die Nazis gezielt zu, und verbinden es mit ihrem traditionellen Thema Rassismus. Anzeichen von immer stärkerer Orientierung der Nazis auf diese Schiene sind nicht nur Aufmärsche unter diesem Thema, sondern auch Mobilisierungen zu großen Demos gegen Sozialabbau. Entscheidend für diese Entwicklung wird sein, ob sich die aktuellen sozialen Bewegungen gegen faschistische Denk- und Handlungsmuster abgrenzen und jeden Versuch faschistischer Beteiligung an ihrem Kampf in seine Schranken weisen.

Ein weiterer wichtiger Faktor für das Maß des Erfolgs der Bestrebungen der Nazis, sich ein Umfeld zu schaffen, wird das Verhalten staatlicherseits dazu sein. Wenn der Staat die Nazis »nur« gewähren läßt, wonach es im Augenblick aussieht, werden sie sich eine gewisse Basis schaffen können, die es zu isolieren gilt. Kritisch wird es, wenn er beginnt, mit ihnen an einem Strang zu ziehen, wie es während der rassistischen Asylrechtskampagne der Fall war. Die Folgen wären angesichts der dichteren und besser strukturierten Naziszene dramatischer als damals! ■

---

1) Widerstand - die Zeitung der volkstreuen Deutschen, Nr. 3, Ausgabe 1/96
2) vgl.: Antifaschistisches Infoblatt Nr. 25, S. 45
3) dies stellt nur eine Auswahl aus den geplanten/durchgeführten Aufmärschen dar
4) zitiert aus dem Thule-Mailboxnetz

Die »*Zeitungen der nationalen Erneuerung*«

BERLIN-BRANDENBURGER ZEITUNG (BBZ)
Die unter der Obhut von Christian WENDT (Berlin) produzierte Zeitung erscheint im vierten Jahrgang. Nach eigenen Angaben hat das Flaggschiff und die Zentrale des »*nationalen Medienverbandes*« eine Auflage von 15.000 Exemplaren und einen guten Absatz sowie steigende Abonenntenzahlen zu verzeichnen.

JUNGES FRANKEN (JF)
Das JF erscheint ebenfalls im vierten Jahrgang, war aber bis vor kurzem ein Szeneblatt der Nazis. Es wurde umstrukturiert und hat heute das Gesicht der BBZ und eine Auflage von 4.000 Stück. Angeblich sollen die Zukunftsaussichten ebenso rosig aussehen, wie bei der BBZ. Nur brauche der verantwortliche Klaus BEIER (Miltenberg bei Aschaffenburg) noch Unterstützung.



NEUE THÜRINGER ZEITUNG (NTZ)
Die NTZ erscheint auch schon länger, gehört aber erst seit neuestem zum Medienverband. Angebliche Auflage bei gutem Absatz und schlechten Abozahlen ist 6.000. Verantwortlich ist Tino BRANDT (Rudolstadt).

MITTELDEUTSCHE RUNDSCHAU (MR) – SACHSENAUSGABE
Das neu gegründete Blatt soll eine Auflage von 8.000 Exemplaren haben, die fast nur über Verteiler weggehen. Udo HEMPEL (Weißwasser) arbeitet weitgehend alleine.

MITTELDEUTSCHE RUNDSCHAU (MR) – AUSGABE FÜR SACHSEN-ANHALT
Die Situation der Zeitung, für die Carola BAUER (Zahna) verantwortlich zeichnet, deckt sich nahezu mit der der Sachsenausgabe.

WESTDEUTSCHE VOLKSZEITUNG (WVZ)
Das Blatt ist neu, hat aber Strukturen vom »FREIEN WORT SÜDWESTFALEN« übernommen. Die Auflage liegt nach eigenen Angaben bei 10.000 Stück und wird von einer relativ großen Redaktion vertrieben. Verantwortlich ist Rüdiger KAHSNER (Hagen).

SÜDDEUTSCHE ALLGEMEINE ZEITUNG (SAZ)
Nach einer Ausgabe stellte dieses Blatt sein Erscheinen vorerst ein; eine Wiederaufnahme ist aber in Planung.

Generell läßt sich sagen, daß nur kleinere Teile der Auflagen verkauft und ein Großteil kostenlos verteilt werden.



links: Anmelder Andreas Storr (mitte), Sascha Wagner (rechts) und ein Ordner der JN

unten (v.o.n.u.): Jens Pühse (Ordner, ex-NF, JN), Achim Ezer (Anleiter, JN/NPD), Nicolas Wernicke (Redner, Kameradschaft Beusselkiez)







JN-Aufmarsch am 1. Mai in Berlin

Für den 1. Mai hatten die JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) bereits einige Wochen im Voraus zu einem Aufmarsch unter dem Motto »*Sozialabbau stoppen – Massenarbeitslosigkeit bekämpfen*« mobilisiert. Ursprünglich sollte er in Nürnberg vor der Bundesanstalt für Arbeit stattfinden, wurde jedoch vom bayerischen Innenminister Günther BECKSTEIN (CSU) verboten. Ersatzveranstaltungen waren unter anderem in Coburg und Berlin angemeldet.

Der Berliner Innensenator und ex-General Jörg SCHÖNBOHM (CDU) hatte anscheinend weniger Probleme, die Nazis marschieren zu lassen, und so fand der Aufmarsch schließlich im Berliner Plattenbaubezirk Marzahn statt.

Nachdem sich die Nazis in Berlin-Hellersdorf gesammelt hatten, fuhren sie geschlossen nach Marzahn. Dort sahen sich die 50 anwesenden Antifas dann einem Haufen von 300 Nazis gegenüber, der ca. zur Hälfte aus organisierten Nazis und Kadern, die zum Teil bundesweit angereist waren, und zur Hälfte aus Berliner Boneheads und anderen Erscheinungen faschistischer Subkultur bestand. Neben den scharfen Ordneranweisungen waren während des Aufmarsches durch das triste Neubaughetto so geistreiche Parolen wie »*Gegen Staat und Kapital, unser Kampf ist national*« und »*Antifa ha ha ha*« zu hören.

Auf der Abschlußkundgebung redeten neben den JN-Funktionären Holger APFEL, Andreas STORR und André GOERTZ auch der Leitende Redakteur der BERLIN-BRANDENBURGER ZEITUNG und Kader der Sammlungsorganisation DIE NATIONALEN, Christian WENDT, und der Betreiber des REP-Infotelefons Nicolas WERNICKE, der auch Mitglied in der Berliner KAMERADSCHAFT NORD – BEUSSELKIEZ ist. Selbige hatte neben den Nationalen, den KAMERADSCHAFTEN TREPTOW und MARZAHN und den Hauptorganisatoren, der JN, zu dem Auf-



alle Fotos zeigen TeilnehmerInnen des Aufmarsches

oben links: ein Teil der Kameradschaft Nord - Beusselkiez, v.r.n.l. Mike Penkert, Kathrin Schlicht, Kim Kurlbaum



mitte links: ein Kaderblock sollte den sauberen Abschluß des Aufmarsches garantieren, ganz rechts Torsten de Vries





unten: Sophia Boche (FAP) und Michael Dräger (FAP) geben sich bemüht lässig und unbeteiligt

Kommentar: Entweder – oder...

Es gibt zwei Möglichkeiten: Entweder man betrachtet Antifaschismus als Teilbereich radikaler linker Politik und versucht, diesen so gut wie möglich zu organisieren. Oder man strebt die umfassende linksradikale Organisation an, die je nach aktueller Schwerpunktsetzung auch antifaschistisch wirkt, während sie zu anderen Anlässen Kapitalismuskritik, Internationalismus, Antisexismus, Hochschulpolitik usw. in den Mittelpunkt ihrer Arbeit stellt. Wenn man aber unter dem Namen des Antifaschismus die linksradikale Organisation aufbauen will, weil man sich werbetechnisch von diesem Label etwas verspricht, dann schadet man beiden Anliegen. Man behauptet, Antifaschismus zu organisieren, während man in Wirklichkeit alles mögliche andere macht. Wenn man dann noch so auftritt, als wäre man der eigentliche Vertreter des Antifaschismus, indem man sich als *die* Antifaschistische Aktion Berlin ausgibt, treibt man das Spiel etwas sehr weit.

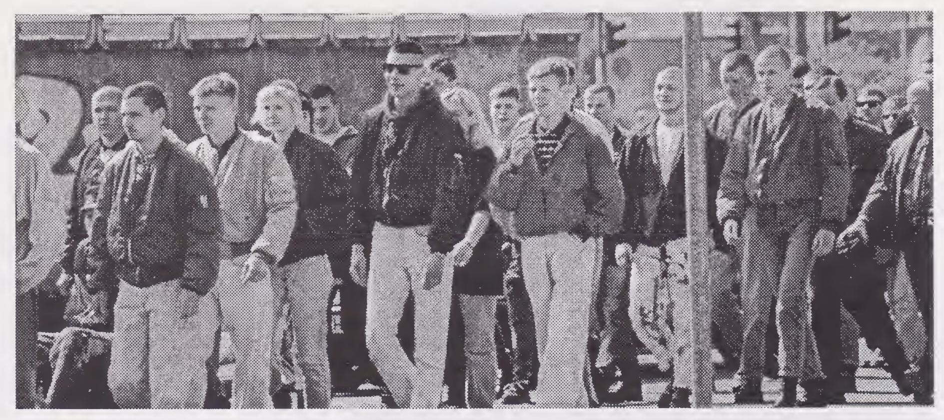
Daß radikale Linke am 1. Mai präsent sein sollen, steht außer Frage, und je nach Situation kann eine »Revolutionäre 1. Mai-Demo« die richtige Lösung sein. Wir maßen uns nicht an, hierüber zu urteilen. Wenn politisch der Raum für eine antifaschistische Beteiligung vorhanden ist, dann kann auch das richtig sein. In Berlin ist es aber seit Jahren nötig, den Widerstand gegen Nazi-Aufmärsche am 1. Mai zu organisieren – dieser Aufgabe haben sich mit viel Erfolg Berliner AntifaschistInnen gewidmet und damit u.a. den übrigen linken Aktionen den Rücken freigehalten. In diesem Jahr gab es keine entsprechende Organisation, Struktur, Mobilisierung etc. – nur die Hilflosigkeit weniger AktivistInnen und GewerkschafterInnen angesichts der Übermacht, während Zehntausende von DemonstrantInnen durch die Innenstadt zogen, u.a. Transparente mit der scheinheiligen Forderung »Schafft die Antifaschistische Einheit« vor sich hertragend.

marsch aufgerufen. Angemeldet wurde das ganze von Andreas Storr mit dem juristischen Beistand von Wolfgang NAHRATH, dem Bundesführer der verbotenen WIKING JUGEND (WJ).

Exemplarisch zeigte sich hier die neue Funktion der JN: neben dem traditionellen JN-Klientel und dem subkulturellen Umfeld waren viele Kader inzwischen verbotener Organisationen anwesend und übernahmen auch Ordneraufgaben. Kader wie André Goertz (ehemals FAP) und Jens PÜHSE (ehemals NF) versehen heute leitende Aufgaben bei den Jungen Nationaldemokraten, die das wichtigste Auffangbecken für Kader verbotener Naziorganisationen darstellen, bzw. machen ihre Arbeit unter dem Label der JN weiter. Die Szene ist zusammengerückt und die JN feierte mit dem Aufmarsch ihren Einstand als bundesweite Propaganda- und Öffentlichkeitsorganisation (siehe Artikel zur JN in diesem Heft).

Eher peinlich war die antifaschistische Mobilisierung zu dem Naziaufmarsch, der stattfand, während 15.000 Menschen etwa zehn Kilometer entfernt auf der Revolutionären 1. Mai Demonstration waren. Zu verdanken ist dies u.a. dem Marzahner Bürgermeister Harald Buttler (PDS), der den angemeldeten Aufmarsch geheimhielt, um ein Zusammentreffen der Neonazis mit »*Chaoten*« zu verhindern.

Auch wenn die Nazis eine Mobilisierungsfähigkeit wie Anfang der 90er Jahre noch nicht wiedererreicht haben, gilt es doch, sich ein bißchen mehr um ihre Aufmärsche und öffentlichen Aktionen zu kümmern, als es am 1. Mai der Fall war. Es wäre fatal, wenn dies erst geschehen würde, wenn sie wieder 2000 Leute auf die Straße kriegen. ■







Wir polemisieren nicht gegen diese Schwerpunktsetzung – nur gegen den Anspruch, den diejenigen verkünden, die sich großspurig »Antifaschistische Aktion Berlin« nennen. Faktisch ist der Ertrag, den die Berliner Sektion der AA/BO für den antifaschistischen Kampf vor Ort erbringt, eher gering. Diesen Eindruck hinterläßt nicht nur der 1. Mai. Recherche, Veröffentlichung von Recherche-Ergebnissen, Gegenmobiliserung zu faschistischen Aktionen, Selbstschutzstrukturen, Öffentlichkeits- und Pressearbeit gegen solche Aktionen, Anti-Repressionsarbeit usw. – in all diesen Bereichen ist der Beitrag der ehemaligen »Antifa A & P« kaum zu spüren. Stattdessen werden symbolische, aber handlungsunfähige schwarze Blocks gebildet. Militanz wird nicht praktiziert, sondern als Mythos symbolisch inszeniert. Geschichtsarbeit drückt sich darum, selbstkritisch Fragen zu stellen, und feiert lieber das vermeintliche Heldentum stalinistischer KPD-Apparatschiks.

Die Verärgerung unter Antifas über die Anmaßungen dieser Gruppe ist groß. Es entsteht der Eindruck, daß die eigenen Aktivitäten gegen Faschisten für die Werbekampagnen von Leuten mißbraucht werden, die sich umgekehrt jeder kritischen Auseinandersetzung mit ihrer antifaschistischen Praxis entziehen.

Die »Antifaschistische Aktion Berlin« wird über kurz oder lang von aktiven AntifaschistInnen mit der Forderung konfrontiert werden: Entweder ihr bekennt euch offen dazu, umfassende linksradikale Organisation zu sein. Dann muß das in eurem Namen zum Ausdruck kommen, dann solltet ihr euch ehrlicherweise nicht »Antifa« nennen. Oder ihr legt euren Schwerpunkt auf Antifa-Arbeit – und nutzt eure Strukturen nicht nur zur Selbstdarstellung, sondern leistet euren Beitrag zum Kampf gegen die konkrete faschistische Bedrohung. Die Anmaßung, die im neuen Namen der A & P zum Ausdruck kommt, wird jedenfalls noch für böses Blut sorgen. Denn natürlich ist, mit Erich Fried gesprochen, ein Antifaschist, der *nur* Antifaschist ist, kein Antifaschist. Aber einer, der deswegen darauf verzichtet, wie ein Antifaschist zu handeln – der ist eben auch kein Antifaschist, und sollte sich auch nicht so nennen.

Kaderbewegung unter Schirmherrschaft

Die Jungen Nationaldemokraten

Parallel zu den Verboten neonazistischer Gruppen haben sich die JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) seit 1992 als Auffangbecken der NS-Bewegung etabliert. Ausschlaggebend für diesen Trend waren sowohl eine interne Umstrukturierung der NPD-Jugendorganisation als auch ihre Anbiederung an den braunen Sumpf deutscher NS-Gruppen.
Bereits 1992 hatte das Antifaschistische Infoblatt auf den Werdegang der JN hingewiesen[1]. Damals haben wir die Frage »Altes Fossil oder Kaderschmied von morgen?« aufgeworfen und ihnen eine zukünftige Gefährlichkeit als mögliches Bindeglied zwischen der sogenannten "Neuen Rechten" und der aktionistischen Faschistenszene zugewiesen. Aufgrund der aktuellen Entwicklung erscheint es uns, vier Jahre später, erneut an der Zeit die JN ins Blickfeld antifaschistischer Aktion zu setzen.

Die JN als Pausenclowns

Zwischen Hochhäusern und tristen Plattenbauten marschierten 300 Nazis am 1. Mai '96 im Berliner Stadtteil Marzahn auf. Organisiert wurde der unter dem Motto »*Sozialabbau stoppen – Massenarbeitslosigkeit bekämpfen*« stehende Aufzug von der JN. Mehr als augenfällig wurde dabei die Sammlung von ehemaligen Mitgliedern verbotener NS-Gruppen unter dem Dach der JN. So nahmen führende Kader aus den Reihen der NATIONALISTISCHEN FRONT (NF), der GESINNUNGSGEMEINSCHAFT DER NEUEN FRONT (GdNF) und der FAP teil. Stellvertretend sei an dieser Stelle lediglich auf Thomas »Steiner« WULFF, den ehemaligen Vorsitzenden der NATIONALEN LISTE und jetzigen Kassenführer des DEUTSCHEN LIGA-Landesverbandes Hamburg und auf André GOERTZ, der den FAP-Landesvorsitz in Hamburg innehatte und jetzt Mitglied der JN ist, hingewiesen.

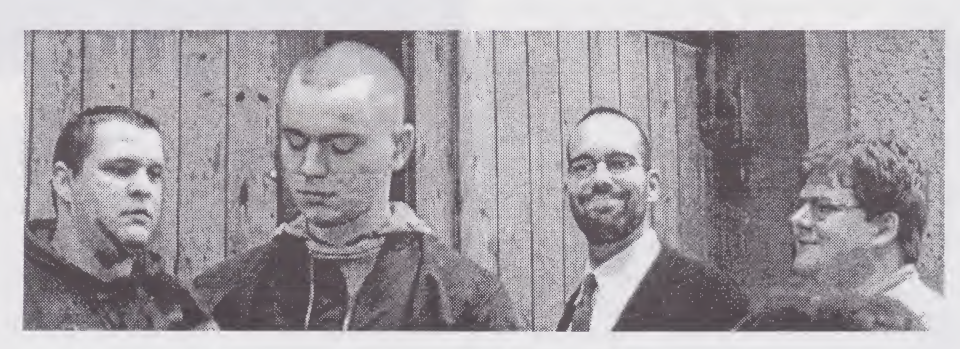
Alleine die Tatsache, daß während eines JN-Aufmarsches Vertreter der verschiedensten Schattierungen der deutschen NS-Bewegung anwesend waren, ist nichts außergewöhnliches, zeigte sich hier doch nur ein weiterer Etappenpunkt einer seit 1991 währenden Entwicklung. Um ihren bis zu diesem Zeitpunkt anhaltenden Abwärtstrend zu stoppen, versuchte die NPD-Jugend durch mehr oder weniger spektakuläre Öffentlichkeitsauftritte innerhalb der NS-Bewegung an Profil und somit an Attraktivität zu gewinnen. »*Wenn es uns nämlich nicht gelingt, die JN an Haupt und Gliedern entscheidend zu reformieren, dann ist der Zug für uns abgefahren*«[2] urteilte die JN Postille »EINHEIT UND KAMPF« 1991. Kein Wunder wenn die JN als Trittbrettfahrer auf den damaligen Trend deutscher Neofaschisten, scheinbar massenwirksame Aufmärsche zu inszenieren, aufsprang. So schenkte der JN-Bundesvorsitzende Holger APFEL in der ihm eigenen Art, Plattheiten abzulassen, den Teilnehmern des »*Rudolf Hess Gedenkmarschs 1993*« als einer der Hauptredner nichts. »*Öffentliche Kundgebungen und Demonstrationen, vor allen Dingen jedoch auch freche und provokative Protestaktionen bei diversen Vertriebenentreffen, am Heldengedenktag, 8. Mai (...) machten deutlich, daß die JN ihre Aktionsfähigkeit wiedergewonnen hatten*«[3] lobhudelte Apfel jüngst über die Herangehensweisen und den Zustand der Organisation. Dann kommt er zu dem Schluß, daß die JN die Gruppe sei, welche »*aktionsmäßig, propagandistisch und weltanschaulich die Nase vorne*« habe und »*die Meinungsführerschaft im nationalen Widerstand übernommen*« hätte. Soviel Eigenlob des 25jährigen JN-Bundesvorsitzenden darf jedoch nicht als Maßstab für eine realistische Einschätzung der JN dienen.

Nach den Verboten zahlreicher neofaschistischer Gruppen ist die deutsche NS-Bewegung enger zusammengerückt. Dabei ist es der JN gelungen, als organisatorisches Auffangbecken für diese zu avancieren und neue Mitglieder zu gewinnen. Ausdruck dieser Entwicklung ist beispielsweise die Publikation »Einheit und Kampf«[4]. Diese wurde bis 1995 als JN-Mitteilungsblatt herausgegeben, um inzwischen von einer Redaktion, die aus ehemaligen Kadern der FAP, der NF und der JN besteht, getragen zu werden. Publizistisch schließt »Einheit und Kampf« die Lücke, die durch das Wegfallen von Pamphleten wie dem »INDEX« der Nationalen Liste oder dem »KLARTEXT« der NF entstand. Diese dienten als Low-Budget-Propagandamaterial für die breite Masse deutscher Nazis.

Ähnlich verhält es sich mit den JN-Aufmärschen der jüngeren Vergangenheit. Der Eindruck den diese öffentliche Auftritte vermitteln, bei denen die JN den stumpfsinnigsten Nazimob zu mobilisieren vermag, darf nicht über die Tatsache hinwegtäuschen, daß sie damit die Aufgabe, Nationalsozialismus auf der Straße zu repräsentieren, übernommen hat. Hinsichtlich dessen ist die Zielsetzung der JN, an »*Haupt und Gliedern*« für die deutsche NS-Bewegung wieder attraktiv zu werden, gelungen. Immerhin hat sie es an diesem Punkt geschafft, das Erbe der ehemaligen Kühnen-Truppe – der GdNF – anzutreten und Nazi-Showauftritte zu organisieren. Unter dem Strich betrachtet hat die JN momentan den Stellenwert, einer breiteren Masse von Nazis ehemals verschiedener Spektren eine organisatorische Heimat zu geben und den Lückenbüßer für den Verlust der eigenen Gruppe zu spielen.

25 Jahre im Windschatten der Mutterpartei

Daß die Jungen Nationaldemokraten momentan an Gewicht innerhalb der deutschen NS-Bewegung gewonnen haben, ist nichts neues. Die Geschichte der Organisation ist von einem ständigen Auf- und Abwärtstrend gekennzeichnet. Die JN ist eine der ältesten noch bestehenden neofaschistischen Gruppen. Sie wurden 1967 als Jugendorganisation der NPD gegründet. Seither dient sie der Sammlung jugendlicher Neofaschisten und der Herausbildung von Führungskadern für die NPD. Charakteristisch für die JN ist auch, daß sie Zeit ihres Bestehens eine zentrale Einrichtung inner-



Ein Teil der JN-Führungsclique beim Bundeskongreß in Leipzig: Sascha Wagner (1.v.l.), Andreas Storr (3.v.l.), Holger Apfel (1.v.r.)

halb des deutschen Neofaschismus darstellt. Dies ist weniger darin begründet, daß die Geschichte der Organisation durch fehlende Kontinuität und Erfolglosigkeit gekennzeichnet ist, als dadurch, daß die JN der Durchlauferhitzer für jugendliche Nazis innerhalb der NS-Bewegung ist. Zahlreiche Neonazi-Größen begannen ihre politischen Aktivitäten hier. Dazu zählen neben MEINOLF SCHÖNBORN, dem späteren Chef der NF, auch MICHAEL KÜHNEN sowie der ehemalige NPD-Bundesvorsitzende GÜNTER DECKERT und der heutige Vorsitzende der Republikaner ROLF SCHLIERER[5].

Die JN stellt eine erste Anlaufstelle für interessierte Jugendliche dar und bietet die Möglichkeit einer neofaschistischen Schulung. Viele der von ihr ausgebildeten Kader konnte die JN jedoch nicht in ihren Reihen halten. Dies liegt vor allem an ihren von der NPD dominierten Strukturen. Die Mehrzahl der JN-Mitglieder waren in der Regel Karteileichen und nahmen nicht aktiv am Parteileben teil. Mehrmals in ihrer Geschichte bildeten sich komplett neue Organisationen aus der JN. Hier sei nur die NF benannt, welche sich 1985 vorwiegend aus der JN-Ortsgruppe Gütersloh bildete.

Ideologisch versucht die JN einen Abschied vom traditionellen Hitler-Faschismus der Alten Rechten zu nehmen. Dabei setzt sie auf einen »Dritten Weg«, den sie jenseits von Kapitalismus und Kommunismus ansiedelt. 1991 veröffentlichte sie die *»Thesenpapiere der Jungen Nationaldemokraten«*. Die darin formulierten Thesen, etwa zu Nationalismus, Regionalismus oder zur Volksherrschaft, sind eine komprimierte Form ihrer programmatischen Ausrichtung. Ziel sei es, *»die jahrhundertealten Widersprüche zwischen Klassen und Völkern«*[6] zu überwinden. Ausgangspunkt dabei ist ein völkischer Nationalismus, wonach jedes Individuum Teil eines Kollektivs, *»dem Stamm und dem Volk und schließlich der Rasse«*[7] sei. Hauptfeind des »Dritten Wegs« der JN ist der Liberalismus, der von der Gleichheit der Menschen ausgeht. Staatsgewordene Feindbilder dieses Liberalismus waren bis zu ihrem Zusammenbruch die UdSSR und die USA. So seien die Völker Europas *»in ihrer Freiheit, Unabhängigkeit, Einheit und Selbstbestimmung gefährdet, durch die Menschen- und Volksfeindlichen Ideologien des Liberalismus und Marxismus, durch die Weltherrschaftsgelüste der Supermächte USA und UdSSR.«* [8] Derartige ideologische Ansätze sind die Grundlage für einen als »Antiimperialismus« getarnten Ethnopluralismus, also einen rassistischen Apartheidsgedanken. Dies versucht die JN hinter Floskeln wie *»Selbstbestimmungsrecht der Völker«* zu verbergen. Dabei entwickeln die Jungen Nationaldemokraten eurozentristische Vorstellungen, in denen Deutschland eine vorrangige Rolle zugeschrieben wird.

Der Zustand der JN Ende der 80er/Anfang der 90er Jahre war desolat. Sie hatte zu diesem Zeitpunkt zwar 1.200 Mitglieder, konnte aber nie mehr als 100 Personen zu ihren Aktionen mobilisieren. Dies spiegelte die Teilnehmerzahlen des 20. JN-Bundeskongresses 1991 in Frankfurt wider: es nahmen gerade einmal 56 JNler teil. Zu diesem Zeitpunkt unternahm sie den Versuch, sich zu stabilisieren und ihre Strukturen hin zu einer Kaderorganisation zu verändern. Die JN schrumpfte sich auf ca. 150 aktive Mitglieder zusammen und schloß die Karteileichen aus ihren Reihen aus. Fünf Jahre später kann die Organisation wieder auf ca. 400 Mitglieder verweisen.

»Kaderschmiede« oder brauner Schmelzkäse?

Die Bemühungen der JN, eine kaderorientierte Struktur aufzubauen, sind davon geprägt, ein von der NPD unabhängiges Profil zu gewinnen. Es geht ihr darum vom *»Schoßrock der Mutterpartei«*[9] loszukommen, um eine *»relativ selbständige Kaderbewegung zu etablieren«*[10]. Die Weichen für diese Entwicklung wurden 1990 auf dem 19. Bundeskongreß der Organisation in Leipzig gestellt. Dabei sollte die JN *»weg von parteiähnlichen Strukturen«* hin zu einer *»aktivistischen, höchst mobilen, völlig entbürokratisierten, autonomen Gruppe von politisch Militanten verändert werden«*.[11] Konkret wurden mehrere Organisationsebenen geschaffen. Die Basis bilden *»Regionale Arbeitsgruppen«* (RAG) welche von einem örtlichen Führungsstamm geleitet werden.

Dabei postuliert die JN ein Bild wonach die *»Einheit zwischen Schwert und Feder«* propagiert wird, dem ihre Kader zu entsprechen haben. Diese müssen sich durch Taten und Wissen auszeichnen und sich in einer »natürlich« bedingten Auslese beweisen, in deren Verlauf sich eine Elite herausfiltert. In ihrer so definierten Revolutionstheorie will die JN einen *»neuen Menschen«* schaffen, den *»politischen Soldaten«*, der von einem *»legionären Geist«* inspiriert sei. Auf diese Weise soll eine überschaubare und arbeitsfähige Struktur vor Ort ermöglicht werden.

Die Spitze der Gesamtorganisation wird von einem *»Leitenden Gremium«* – *»ein Personenbündnis von nationalistischen Militanten«*[12] – gebildet. Dieses orientiert sich zwangsläufig nicht an den offiziell gewählten Führungsfunktionären der JN, sondern besteht aus *»ein bis zwei Dutzend Personen (...) aus Kameradinnen und Kameraden, die sich persönlich gut kennen«*[13] und sich durch jahrelange Mitarbeit in der faschistischen Szene bewährt haben.

Somit hat die JN formell und offiziell zwar den Status als Parteijugend der NPD mit Bundes- und Landesvorsitzenden, strukturiert sich real aber als eine Dachorganisation der NS-Bewegung mit leitender Beteili-







Beispielhaft für die Sammlungsfunktion der JN ist die Redaktionsbesetzung ihrer Postille „Einheit & Kampf" (von oben nach unten): Steffen Hupka (ex-NF), André Goertz (ex-FAP), Jan Zobel (Hrsg., JN)

unten: JN/NPD-Kader Achim Ezer aus NRW inzwischen ohne Bart



gung von Führungskadern verbotener NS-Gruppen. Letztenendes erfüllt sie alle Merkmale einer klassischen Auffangorganisation und bildet als öffentliche legale Plattform ein wichtiges Gerüst der deutschen NS-Bewegung. Die gesetzlich vorgeschriebene parteiinterne Demokratie wird dabei unterlaufen.

Holger Apfel im Interview

Am 26. Mai '96 fand der Bundeskongreß der JN bei Leipzig statt. Neben dem Nazi-Barden Frank RENNICKE verschönerten Prof. Dr. Klaus WEINSCHENK (ehemaliger Berliner Landesvorsitzender der REPUBLIKANER), Achim EZER und Jürgen DISTLER als Redner das Tagungswochenende, sowie Jörg HÄHNEL als Leiter des »*kulturellen Gemeinschaftsabends*«. Bundesweit waren ca. 50 Nazis angereist: u.a. WIKING JUGEND, KAMERADSCHAFT NORD – BEUSSELKIEZ aus Berlin und der GAU RUHR. Aus dem JN- und NPD-Bereich war neben Klaus BEIER, Andreas STORR und Udo VOIGT (NPD-Bundesvorsitzender) auch Holger APFEL vertreten, der wartenden Journalisten ein Interview gab. Es gelang uns, aus seinem Gestottere u.a. folgende aufschlußreiche Textpassagen herauszufiltern:

»Also wir... Zunächst einmal also versuchen wir nicht also alle Leute, die aus verbotenen Organisationen kommen, zu sammeln, sondern: also ersteinmal will ich feststellen, daß gerade sich die NPD zur Aufgabe gesetzt hat, das Bündnis Deutschland anzustreben. Das heißt zunächst einmal: Die Zusammenarbeit und Vernetzung aller demokratischen, sogenannten demokratischen, also rechten nationalistischen Parteien in Deutschland, die zugelassen sind, das sind sicherlich nach den staatlichen Repressionen und nach den Vereins- und Parteienverboten, die zum Teil willkürlich seitens des Staates also umgesetzt wurden, ist natürlich also die nationale Infrastruktur geringer geworden. (...)

Sicherlich ist es so, daß der nationale Widerstand durch die Parteienverbote aber vor allem auch die staatlichen Repressionen noch verstärkt zusammengerückt ist. Das zeigt sich also bei Aktionsbündnissen, wie zum Beispiel also in den vergangenen Jahren beim Rudolf-Hess-Marsch oder aber jetzt auch in der Vergangenheit bei diversen Demonstrationen, die die (JN) durchführen. Die (JN) waren schon immer Verfechter von Aktionsbündnissen über Parteigrenzen hinaus, egal zu welchen also Bereichen des nationalen Lagers Aktionsbündnisse anstreben, dabei geht es aber nicht darum, daß entsprechend also ein großer Mitgliederkreis gewonnen werden soll und entsprechend also eine vereinte Rechte unter dem Namen der JN erzielt werden soll, sondern die JN arbeitet bewußt als politische Kaderorganisation (...). Es ist dann entsprechend halt eben der politische Kader der JN, die diese Arbeit also im ganzen Bundesgebiet steuern und über diesen politischen Kader versuchen wir dann in der gesamten Bundesrepublik eine Vernetzung der z.T, sicherlich brachliegenden Infrastruktur durch die Parteienverbote und die dann entstandenen Kameradschaften zu erzielen.«

»Befreite Zonen« – die JN als Trendsetter

Wichtig bei dieser Entwicklung um die Jungen Nationaldemokraten ist die Tatsache, daß sie nicht von Außen kam und der Organisation übergestülpt wurde, sondern daß sie von den JNlern selber maßgeblich vorangetrieben, bzw. gestaltet wurde. So publizierte die Zeitschrift »VORDERSTE FRONT«, die von der quasi JN-Untergruppe »NATIONALDEMOKRATISCHER HOCHSCHULBUND« (NHB) herausgegeben wird, 1993 den richtungsweisenden Text »*Wie organisieren?*«[14]. Hierin wird konkret die Umsetzung einer NS-Kaderbewegung entworfen, deren praktische Realisierung u.a. in Form der JN vorliegt. So wird die Frage »*Wieso (...) brauchen wir dann überhaupt eine Organisation?*«[15] thematisiert, um sie mit der »*Ermöglichung einer überregionalen Kommunikation*«, der »*Verbindung Gleichgesinnter Initiativen, Projekte und Menschen*«,[16] zu beantworten. Darüber hinaus soll mittels einer Organisation die Kontaktaufnahme für Außenstehende und die Durchführung von Projekten ermöglicht werden.

Nicht nur in der Konzeptionierung von Organisationsmodellen spielt die JN eine wichtige Rolle. Unter dem Motto »*Befreite Zonen*« entwirft sie eine Art Leitlinie zur Durchführung einer nationalen Revolution und zum Sturz des Systems (siehe AIB Nr. 34) . »*Befreite Zonen sind sowohl Aufmarschals auch Rückzugsgebiete für Nationalisten*«[17] und sollen als ideologisches, propagandistisches, strukturelles und wirtschaftliches Fundament einer NS-Bewegung dienen. Die dabei verwendete Terminologie erinnert stark an terroristische Kleinkriegskonzepte, aus der beispielsweise Begriffe wie »*Befreite Zonen*« stammen.

Bei der Betrachtung aktueller neofaschistischer Strukturen zeigen sich eine Vielzahl von Ansätzen zur Umsetzung des Konzepts »Befreiter Zonen«, die in den vergangenen Jahren direkt oder unter maßgeblicher Beteiligung von JN-Kadern entstanden sind. Beste Beispiele dafür sind der Musikvertrieb des JN-Bundesvorstandsmitglieds Dieter KOCH aus Wuppertal, der Freisinger »BLITZ VERSAND« von Jens PÜHSE[18] und der seit Ende Mai im Internet auftretende »MICHAEL PRÜMMER – BUCHDIENST UND VERLAG«. »*Unser Motto ist 'wir liefern Alles' oder zumindest das was der 'Rechtsstaat' BRD noch nicht verboten hat*« schrieb der JN-Führungskader Prümmer in seiner Selbstdarstellung und genau so sehen die Angebote der erwähnten Versände aus – regelmäßig werden hierin indizierte Tonträger oder Schriften angeboten. Generell läßt sich sagen, daß die inhaltlichen Konzepte der JN eine stetig steigende Akzeptanz in der NS-Bewegung erfahren.

Neben den erwähnten Versuchen der Errichtung von »Befreiten Zonen« hat die JN weitere wichtige strukturelle Schwerpunkte. So unterhält sie beispielsweise im niedersächsische Ehrenburg-Rathlosen ein Schulungszentrum. Der bayrische JN-Landesverband stellt momentan einen der aktivsten Zusammenhänge der NPD- Jugend. Er besteht aus ca. 50 Mitgliedern und wird von dem Nürnberger Rainer HATZ geleitet. Aus diesem Zusammenhang heraus wird die Erlanger THULE-NETZ-Mailbox »WIDERSTAND« von Thomas HETZER alias »Alfred Tetzlaff« betrieben und wurde bis 1995 die Publikation »DIE SAUFEDER« herausgegeben. Seit Februar dieses Jahres wechselte die Bundesgeschäftsstelle der JN von dem Anwesen des WJ-Altbundesführers WOLFGANG NARATH in Stollberg bei Aachen nach Bochum.

Was bleibt ?

Ausgehend von unserer ersten Charakterisierung der JN hat sich die Einschätzung, daß sich die Organisation als Sammelbecken für offen auftretende Nationalsozialisten etabliert, bewahrheitet. Andererseits ist es der JN nicht gelungen, im Bereich einer ideologiestiftenden Szene zwischen Rechtsaußen-Konservativen, der Braunzone und der sogenannten »Neuen Rechten« Fuß zu fassen. Eine breitere Verankerung ihrer letztendlich platt-nationalsozialistischen Theoriegebäude in gesellschaftlich toleriertere Kreise ist somit nicht eingetreten. Dennoch reichen die von ihnen neuaufgebrühten Ansätze als ideologischer Unterbau für eine näherzusammengerückte NS-Bewegung. An dieser Stelle spielt die JN als propagandistischer Motor von schönfärberischer NS-Ideologie eine herausragende Stellung. Sie bietet der durch die Verbote geeinigten Neonazi-Bewegung sowohl eine strukturelle wie auch eine ideologische Organisationsstruktur. So ist sie derzeit im Bereich offen auftretender NS-Gruppen die tragende organisatorische Plattform.

Höchste Zeit für AntifaschistInnen, aktiv zu werden und der JN den ihr gebührenden Platz zuzuweisen – den Müllhaufen der Geschichte! ■

1) Siehe Antifaschistisches Infoblatt, Nr.18, Berlin Mai/Juni 1992, Die Jungen Nationaldemokraten – Altes Fossil oder Kaderschmiede von Morgen?; S. XIII ff
2) zitiert nach: Drahtzieher im Braunen Netz, »Die Jungen Nationaldemokraten«, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1996, S.123
3) Einheit und Kampf, NIZ Verlag, Nr. 15, Hamburg Februar 1996, »Gespräch mit Holger Apfel« S.8, dort auch die folgenden Zitate
4) Als Herausgeber der Publikation fungiert Jan ZOBEL. Er ist JN-Landesvorsitzender Hamburg.
5) Schlierer war Mitglied der quasi JN-Unterorganisation Nationaldemokratischer Hochschulbund (NHB)
6) Thesenpapiere der JN, Febr. 91, S.3
7) Vorderste Front, Ausg. 2, 1991
8) Thesenpapiere der JN, Febr. 91, S.9
9) Einheit und Kampf, NIZ Verlag, Nr.15, Hamburg Februar 1996, »Gespräch mit Holger Apfel« S.9
10) a.a.O.
11) Drahtzieher im Braunen Netz, »Die Jungen Nationaldemokraten«, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1996, S.129
12) Einheit und Kampf, Nr.3, 1991
13) a.a.O.
14) Vorderste Front, »Wie organisieren«, Hrsg. Nationaldemokratischer Hochschulbund e.V., Nürnberg 1993, S. 31f
15) a.a.O.
16) a.a.O.
17) Vorderste Front, Ausgabe 1, zitiert in: Drahtzieher im Braunen Netz, »Die Jungen Nationaldemokraten«, Konkret Literatur Verlag, Hamburg 1996, S.128
18) Pühse war Führungskader der »Nationalistischen Front«, seit deren Verbot organisiert er sich in den Reihen der JN.

Berlin

Angriff zieht Bilanz

Die Jugendzeitung der NF-Nachfolgestrukturen in Berlin und Brandenburg , der »ANGRIFF«, will nach eigenem Bekunden weiterhin erscheinen – aus dem Untergrund. In einer Notausgabe vom Herbst letzten Jahres, die gespickt ist mit Goebbels-Zitaten und Lobsingerei auf den Nationalsozialismus, ziehen die ehemaligen NFler Bilanz über den Zustand nach der staatlichen Repression. Besonders amüsant ist der Abschnitt über ihre internationalen Kontakte (Rechtschreibung im Original). England: »*... haben sich die 'Kameraden' vor Angst in die Hose gepißt und auf jeglichen Kampf feige verzichtet...*«; Rußland: »*...Schirinowski (...) ist ein billiger Schaumschläger...*«; Österreich: »*...Ochsenberger (...) schein in seiner Haftzelle von der österreichischen Geheimpolizei umgedreht worden zu sein*«. Zuletzt beklagen die Angriff-Macher noch, daß Gary LAUCK im Knast viel verraten hätte und Ernst ZÜNDEL es immer noch nicht auf die Reihe kriegen würde, falsche Absender auf seine Pakete zu schreiben.

NATIONALES PRESSEARCHIV macht weiter

Das NPA in Frankfurt/Oder soll sich tatsächlich aufgelöst haben. Allerdings gibt es nun ein NPA in Berlin, das über die Postfachadresse der Nationalen zu erreichen ist. Auch die Publikation des angeblich aufgelösten NPAs Frankfurt/Oder, der »NATIONALE BEOBACHTER«, ist unter dieser Adresse zu finden. Der Verdacht, daß das vom Verbot bedrohte NPA nun unter anderer Adresse weiterbetrieben wird, liegt angesichts der guten Kontakte zwischen Berliner und Frankfurter Nazis nahe.

Wittenberg

KAMERADSCHAFT ELBE-OST äußerst aktiv

In der Lutherstadt Wittenberg existiert schon seit einiger Zeit die Kameradschaft Elbe-Ost, der ca. 30 Mitglieder zugerechnet werden und die enge Kontakte zu den NATIONALEN aus Berlin pflegt. Diese Gruppierung fällt durch rege Aktivitäten auf; momentan versucht man sich legal und öffentlich zu geben - die Eintragung als Verein steht kurz bevor.

Mit den Berliner Nationalen finden regelmäßige Schulungen statt, das Ergebnis sind Hetzflugblätter gegen PDS-Abgeordnete und linke Projekte sowie Angriffe



Kameradschaftschef Danny Thüring (rechts)

und Observationen gegen AntifaschistInnen.

Anfang April griffen 30 Nazis, die der Kameradschaft und deren Umfeld zugerechnet werden, 15 linke Jugendliche an. Der militärisch geplante und durchgeführte Angriff, bei dem Kommandos, wie »*Angriff*« und »*Sammeln*« über den Platz hallten, erfolgte gegen 23.00 Uhr, als die Jugendlichen aus der Kneipe kamen. Bei einem Handgemenge während die Antifas flüchteten wurde ein Nazi mit einem Messer verletzt. Einer der linken Jugendlichen, die sich gewehrt hatten, sitzt seitdem in Untersuchungshaft wegen Totschlags.

Mitglieder der Kameradschaft sind neben dem Chef Danny THÜRING auch Andreas NEUGEBAUER, Marco STREBE und Marko HELLER. Die beiden letzteren waren auch in die Explosion eines Sprengsatzes, der PDS-Chef Lothar Bisky galt, im Hause des DEUTSCHE LIGA-Kreischefs Andreas MATTHEUS verwickelt.

Brandenburg-Land

Naziaktivitäten zum Herrentag

Am Herrentag kam es neben den obligatorischen Saufgelagen von Nazis und rechten Jugendlichen in verschiedenen Orten Brandenburgs zu diversen schwereren Übergriffen. In Rathenow konnte der Angriff von zwei größeren Nazigruppen, die von verschiedenen Seiten ein Straßenfest angriffen, zurückgeschlagen werden. Dabei wurden einige Leute verletzt.

In Schwedt griffen Nazis und rechte Jugendliche im Verlauf des drei Tage dauernden »Rock-Pop- und Jazzfestivals« des Radiosenders FRITZ mehrfach TeilnehmerInnen und KünstlerInnen an. Am letzten Tag wurde das Festival abgebrochen, nachdem es immer wieder zu Flaschenwürfen auf die Bühne kam und Leute krankenhausreif geschlagen wurden. Die Polizei hielt sich vornehm zurück und griff erst am Ende ein. Auch Bürgermeister SCHAUER verharmloste in gewohnter Manier das Geschehen und nahm seine Stadtkinder in Schutz.

In Angermünde wurde am Abend das alternative Literaturcafé von ca. 30 Nazis angegriffen. Nachdem diese es nicht geschafft hatten, sich Zutritt zu verschaffen, zerstörten sie die davorstehenden Fahrräder und einige Scheiben.

Bad Homburg

DEUTSCH-RUßLÄNDISCHE GESELLSCHAFT aufgelöst

Im Mai gab die in Bad Homburg ansässige Deutsch-Rußländische Gesellschaft ihre Auflösung bekannt. Der letzte Vorsitzende Klausgeorg STRAUBE gab als Grund Überalterung an. Es sei der DRG nicht gelungen, jüngere Menschen zu erreichen, so daß der Altersdurchschnitt der 300 Mitglieder letztendlich bei über 70 Jahren lag.

Die DRG wurde 1957 gegründet, in ihr sammelten sich vor allem ehemalige Angehörige der »Wlassow-Armee«, jener aus mehreren hunderttausend Freiwilligen bestehende russische »Armee«, die im zweiten Weltkrieg auf Hitlers Seite kämpfte. Die DRG vertrat einen haßerfüllten Antikommunismus, der mit revisionistischen und revanchistischen Forderungen einherging. In den 80er Jahren entwickelte sich die DRG zu einer der bedeutendsten Braunzone- bzw. »Scharnierorganisation« im Rhein-Main-Gebiet. Sie erhielt Protegierung durch die örtliche CDU und durch die PANEUROPAUNION, der sie als kooptiertes Mitglied angeschlossen war. Neben UnionspolitikerInnen und Vertriebenfunktionären sammelten sich auch Neonazis in den Reihen der DRG, ihre Zeitschrift »RUßLAND UND WIR« stand zunehmend neonazistischen Gruppen als Podium zur Verfügung. Noch Anfang der 90er, im Zuge der politischen Veränderungen im ehemaligen Ostblock,

Berichtigung zur Nr. 34

Das im Artikel zur Naziskinszene erwähnte Konzert in Dresden am 22.2.96 fand nicht unter der Beteiligung der Band "RADIKAHL" statt. Auch handelt es sich bei den Herausgebern des Zines "HASS ATTACKE" nicht um thüringische, sondern um sächsische HAMMERSKINS, da Sebnitz in Ostsachsen liegt. Früher wurde das Zine von MIRKO HESSE (NO) herausgegeben. Das Postfach des Zines ist nach wie vor identisch mit dem der NO-Zeitung "DER STURM".



wähnte sich die DRG auf dem aufsteigenden Ast, doch AntifaschistInnen gelang es, die Rolle der DRG im (regionalen) braunen Netz öffentlich zu thematisieren. Schließlich mußten Teile ihrer politischen Lobby auf Distanz gehen.

Die beiden treibenden Kräfte und »Vaterfiguren« der DRG, Justus B. BÜHLOW und Siegfried KEILING, verstarben 1992 und 1995.

Von all diesen Rückschlägen konnte sich die DRG nicht mehr erholen.

Walsrode

Treffen von Alt- und Neonazis

Mit einem »*geselligen Beisammensein*« sollte am 2. Mai '96 im DÜSHORNER HOF in Walsrode das Europa-Treffen des KAMERADENWERKS KORPS STEINER beginnen, dem hauptsächlich ehemalige Mitglieder der Waffen-SS angehören. Nachdem Proteste dagegen laut wurden, kündigte jedoch der Wirt dem Koordinator EDUARD JANKE die Räume. Zum wiederholten Male hatten die SS-Veteranen des »*III. Germanischen Panzerkorps*« der Waffen-SS junge Neonazis aus mehreren europäischen Ländern geladen und warben unter anderem in der Zeitschrift der HILFSGEMEINSCHAFT AUF GEGENSEITIGKEIT DER SOLDATEN DER EHEMALIGEN WAFFEN-SS (HIAG) dafür. Diese Organisation kümmert sich ebenfalls um ehemalige SS'ler.

Die Kampfverbände des SS-Generals FELIX STEINER fielen von Jugoslawien aus über Osteuropa her und und wurden als die »*letzten Verteidiger Berlins*« bekannt. Nach 1945 bauten sie in Spanien, Schweden, der Schweiz und Lateinamerika eine Untergrundorganisation auf, die zahlreiche Kriegsverbrecher und SS-Leute befreite. Als offizielle Organisation gründeten sie die HIAG und bauten mit alten Nazi-Geldern ein internationales Netz auf. Die Mitglieder sind weltweit verstreut und agieren im Sinne des SS-Europa-Gedankens. Das »Kameradenwerk«, dem SS-Angehörige aus europäischen Ländern angehören, führt diese Tradition weiter und vermittelt sie seit Jahren an »*jüngere Kameraden*«. Gegenüber der Presse behauptete Janke, die Tagung sei abgesagt worden. Hiervon gehen aber die OrganisatorInnen des Protestes nicht aus: Zum einen gebe es genügend Ausweichmöglichkeiten und zum anderen seien die SS-Veteranen darin geübt, solche Situationen zu handhaben.

Köln

DEUTSCHE LIGA keine Partei mehr

Laut Durchsage des EUROPA-VORN-INFO-TELEFONS hat der Parteivorstand der Deutschen Liga (DL) am 14. April '96 beschlossen, daß auf dem nächsten Bundesparteitag die Partei in einen Verein umgewandelt wird. Das bedeute, die Deutsche Liga werde nicht mehr an Wahlen teilnehmen und wird auch nicht, wie sie es noch als Partei getan hat, in irgendeiner Weise in Konkurrenz zu REPUBLIKANERN, NPD oder der DVU auftreten. Ebenfalls am 14. April fand laut dieser Durchsage in Ludwigshafen ein weiterer Runder Tisch statt, den rund 200 Rechte besucht haben sollen.

Es bleibt abzuwarten, wie sich die DL weiter verhält. Offensichtlich ist ihre Maßnahme eine Konsequenz aus den letzten – für sie katastrophalen – Wahlergebnissen. Zu vermuten ist, daß die Faschisten um den Kölner Manfred ROUHS wieder eine Sammlungsbewegung anstreben, wie sie die DL selbst einmal sein sollte.

Detmold

Nazi im Auftrag des Verfassungsschutzes

Der heute 23jährige Michael WOBBE war Spitzel des niedersächsischen LANDESAMTS FÜR VERFASSUNGSSCHUTZ (VS). Jahrelang war er als V-Mann in der inzwischen verbotenen Neonazi-Partei NATIONALISTISCHE FRONT (NF) aktiv. Im wahrsten Sinne des Wortes: Wenn der VS Berichte brauchte, sollte Wobbe »*was anleiern*«. Er agitierte die Neonazi-Szene, machte Schulungen, verteilte Propagandamaterial. Ohne ihn wäre so manche »Kameradschaft« gar nicht erst entstanden, sagt Wobbe, der derzeit versteckt lebt.

Nach seiner Enttarnung erklärte ihn der ehemalige NF-Führer MEINOLF SCHÖNBORN für vogelfrei.

Bonn

Anfrage der PDS zur Indizierung nazistischer Propaganda

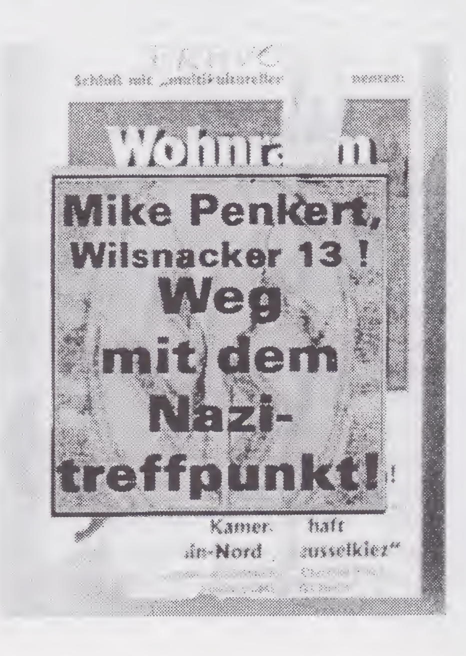
Auf die Anfrage der PDS antwortete die Bundesregierung, daß 1995 neun Broschüren, fünf CDs, zwölf MCs, zehn Fanzines und eine LP als jugendgefährdend indiziert wurden. Darunter befinden sich CDs und Tapes der Bands »VOLKSZORN«, »STURMFLAGGE«, »BÖHSE ONKELZ«, »OI DRAMZ« und Frank RENNICKE. An Zines wurden unter anderem in die Liste aufgenommen Ausgaben von »DER BRAUNE BESEN«, »WEHRT EUCH« und »HASS ATTACKE« sowie der Hauptkatalog Nr.1 des »V 88« Versandes.

Braunschweig

Urteile im NF-Prozeß

Die vier zwischen 25 und 40 Jahre alten Angeklagten, die ursprünglich wegen Bildung einer kriminellen Vereinigung und Volksverhetzung vor Gericht standen, wurden zu Strafen zwischen einem Jahr Bewährung und vier Jahren Haft verurteilt. Das Gericht sah das als erwiesen an, was Innenminister KANTHER nach wie abstreitet: die NF besteht trotz Verbot weiter, u.a. in Braunschweig. Der mutmaßliche Stützpunktleiter Uwe PREEN, der die höchste Strafe bekam, wurde auch noch wegen einiger anderer Delikt verurteilt. Die Polizei hatte bei ihm in der Wohnung Waffen und Listen von AntifaschistInnen gefunden.

Uwe MOKRY, Ulf MÜLLER und Christian ELLERMEYER wurden zu Bewährungsstrafen verurteilt, obwohl die Gruppe unter anderem Wehrsportübungen durchgeführt hatte.





Wurzen – schlimmer geht's nimmer?

Bereits in der Nr. 31 berichteten wir über den Ort Wurzen bei Leipzig, der sich immer mehr zu einem gefestigten, überregionalen Zentrum der Nazis entwickelt(e). Seit Oktober 1995 dient nun ein festungsartig ausgebautes Haus nebst Grundstück in der Käthe-Kolwitz-Straße als Treffpunkt der Faschos in Wurzen. Das Haus gehört dem Rentner Walter BÜTTNER aus Gochsheim bei Schweinfurth. In der Antwort einer Kleinen Anfrage eines SPD-Abgeordneten an den Landtag vom 1. Mai '96 heißt es: »*Insbesondere Skinheads und sonstige militante Rechtsextremisten nutzen dieses Gelände für Zusammenkünfte und Veranstaltungen. Dabei treffen sich in der Regel 20 bis 40 Personen. Bei größeren Veranstaltungen kommen bis zu 300 Personen auch aus anderen Bereichen Sachsens zusammen.*«

Bekannt war die Nutzung des Hauses als Faschotreffpunkt schon einige Zeit. Für die Stadtverwaltung fingen die Probleme jedoch erst an, als »Das Haus« in den Medien bekannt wurde. Am 2. April '96 berichtete erstmals die Wurzener Ausgabe der Leipziger Volkszeitung (LVZ). Als ein ZDF-Kamerateam einen Beitrag über rechte Gewalt in Wurzen drehte, wurde es anschließend in einer Seitenstraße von Faschos bedroht. Eine Redakteurin sagte aus, daß in dem Haus massenhaft NPD-Material gelagert worden sei.

Daß die in Sachsen verbotene Reichskriegsflagge zeitweise auf dem Haus wehte ist nicht das Problem der Stadt. In einer Erklärung vom stellvertretenden Bürgermeister Jürgen SCHMIDT macht dieser deutlich, wo das Übel seinen Ausgang nimmt: in den Medien. Und um seine Verschwörungstheorien zu untermauern die Frage: »*Wer hat die Filmleute aus dem ZDF in Mainz nach Wurzen geschickt?*«. Antwort: Antifa und PDS.

Organisiert ist ein großer Teil der Faschos in der NPD. Nach Angaben des Innenministeriums von Sachsen besteht der Kern der Szene aus etwa 30 Personen. »*Er ist stark politisiert, organisiert und teilweise militant. Dieser Personenkreis verfügt auch über Verbindungen zu ehemaligen Mitgliedern inzwischen verbotener neonationalsozialistischer Organisationen sowie zu bekannten Führungspersonen der neonationalsozialistischen Szene. Kontakte werden zu Rechtsextremisten im Großraum Leipzig und in andere Länder unterhalten.*«, so die Antwort auf eine Kleine Anfrage des PDS-Abgeordneten Uwe Adamczyk vom 4. September letzten Jahres.

Der aktivste Kern um Marcus MÜLLER bezeichnet sich selbst als »AKTION NEUE RECHTE MULDENTALKREIS«. M. Müller ist NPD-Mitglied und hat gute Kontakte zu dem erst kürzlich zum stellvertretenden Bundesvorsitzenden der NPD gewählten Leipziger Jürgen SCHÖN[1]. Gute Kontakte bestehen auch zum sogenannten »LEIPZIGER KREIS« , einem regelmäßigen Stammtisch rechter Gruppen.

So wundert es nicht, daß Wurzener Faschos den Schutz bei NPD-Veranstaltungen übernehmen, die in Leipzig stattfinden[2]. Auch in Wurzen wird die Szene von der NPD dominiert. Im Rahmen der bundesweiten NPD/JN Aktionstage um den 1. Mai 96 wurden in Wurzen Flugblätter der NPD/JN in Haushalten verteilt. Auch beim JN Bundeskongreß, der am 25./26. Mai in Leipzig stattfand, nahmen Faschos aus Wurzen teil.

Während die Stadtverwaltung die Situation in Wurzen verharmlost, terrorisieren die Faschos das gesamte Umland. Im Februar dieses Jahres mußten die Jugendclubs in den Gemeinden Röcknitz und Altenbach geschlossen werden, nachdem es wiederholt Angriffe auf die Clubs gab. Der Terror eskalier(e) soweit, daß hier nur die traurigen »Höhepunkte« aufgezählt werden können.

Am 17. März '96 überfielen mehrere Faschos einen 53jährigen Obdachlosen und mißhandelten ihn schwer. Das Opfer wurde bereits vorher mehrfach erpreßt. Die Faschos bewarfen den halbblinden Mann mit Steinen und anderen Gegenständen. Der 17jährige Thomas M. zielte mit einer Luftdruckpistole aus nicht einmal einem Meter Entfernung auf sein Gesicht und schoß sein noch gesundes linkes Auge aus. Der Mann ist für immer blind.

In der Nacht vom 4. zum 5. April gab es einen versuchten Brandanschlag auf die Wohnung eines Wurzener Antifas. Ein von Faschos abgefeuerter Pyro durchschlug die erste Fensterscheibe blieb aber vor der zweiten liegen. Angesichts der starken Rauchentwicklung und dem flammenartig grellen Licht gingen die Wurzener davon aus, daß ihre Wohnung in Flammen steht. Kurz darauf kam es zu Auseinandersetzungen am Faschohaus in der Käthe-Kollwitz-Straße. Die Faschos schlugen einen der Antifas bewußtlos und schleppten ihn auf den Hof des Nazihauses. Dort schlugen und traten sie weiter auf ihn ein. Das Leben des Schwerverletzten konnte nur gerettet werden, weil ein Fascho ihn zur nahegelegenen Tankstelle schleppte und dort liegen ließ.

Aufgrund dieses Vorfalls fand zwei Tage später eine Antifa-Spontandemo in Wurzen statt, bei der es auch zu Auseinandersetzun-

gen mit der Polizei kam, und zwei Personen festgenommen wurden.

Während der Demo hielten sich laut zuverlässiger Quellen ca. 300 Faschos in dem Haus auf.



Das von den Nazis besetzte Haus in der Wurzener Käthe-Kollwitz-Straße. Es ist festungsartig ausgebaut und am Fahnenmast weht die Reichskriegsflagge.



Zum »Hitlergeburtstag« feierten in Gerichshain bei Wurzen ca. 200 Faschos eine Party im dortigen Jugendclub. Den ganzen Tag war zu beobachten, wie sich Gruppen von bis zu 40 Personen in Richtung Gerichshain bewegten. »*Die marschierten in Reih und Glied, sangen Lieder*«, berichteten Zeugen gegenüber der LVZ. Die Polizei, die schon den ganzen Tag in Gerichshain verstärkt vor Ort war, schritt nicht ein. Angemeldet hat diese Veranstaltung wahrscheinlich Peter GRÜNBERG aus Gerichshain. Er erklärte dem Bürgermeister an diesem Tag »*die Geburtstagsfeier eines Kumpels*« durchführen zu wollen. Nachdem sich einige Anwohner wegen Ruhestörung beschwerten, fand eine Woche später ein Treffen mit dem Bürgermeister des Ortes statt. Doch die Vertreter der Gemeinde haben kein Problem damit, daß in ihrem Ort Faschopartys stattfinden, sondern damit, daß so eine Massenansammlung nun mal nicht ohne Lärm abgeht und die Gaststätte nebenan Geschäftseinbußen hatte, weil sich ihre Gäste belästigt fühlten. Die Konsequenz aus diesem Vorfall: da die Lage des Jugendclubs mitten im Ort schlecht gewählt ist, denkt der Bürgermeister über einen besseren Ort für die Jugendlichen nach.

Am Himmelfahrtstag überfielen ca. 15 bis 20 betrunkene Faschos die »Bennewitzer Familientage« auf dem Sportplatz in Bennewitz und schlugen drei Personen brutal zusammen. Der Trainer einer hessischen Fußballmannschaft, die dort zu Gast war, mußte mit Kieferbruch und Verdacht auf Halswirbel- und Rippenbrüchen ins Krankenhaus eingeliefert werden. Zeugen sagten aus: » *Wir zeigten den Polizisten die Täter, aber die sagten nur, daß das für eine Festnahme nicht ausreiche*«[3]. Auch daß die Skinheads in Anwesenheit der Beamten Nazi-Parolen wie »*Hißt die rote Fahne mit dem Hakenkreuz*« oder »*Wir scheißen auf die Freiheit des Judenstaats*« gröhlten, habe die Polizei nicht zum Eingreifen bewegt. Gegenüber SZ kommentierte Bürgermeister Anton PAUSCH die Vorfälle: »*...es gebe doch wohl auch in Bayern bei jedem Volksfest eine Rauferei*«.

Am 6. Juni '96 fand eine Razzia der »Soko Rex« in Wurzen, Bennewitz und anderen kleineren Orten der Umgebung statt und es wurden elf Tatverdächtige wegen dieses Überfalls festgenommen. Bei Hausdurchsuchungen wurden Waffen und neonazistisches Propagandamaterial beschlagnahmt. Nach Presseberichten ermittelt das LKA auch gegen die Polizisten die damals Vorort waren.

Nachdem mehrere Medien über die Situation in Wurzen berichteten, sah irgendwann auch Bürgermeister Anton Pausch Handlungsbedarf in Sachen besetztes Faschohaus. Allerdings ging es um etwas anderes: der Besitzer müßte den Alkohol-Verkauf auf seinem Grundstück beantragen. Ansonsten käme er seiner Ordnungspflicht nicht nach. Da der Eigentümer des Grundstücks dieser Bitte offensichtlich nicht nachkam, führte das Bauaufsichtsamt eine Ortsbegehung durch. Nach dieser Besichtigung kam es zu einer Hausdurchsuchung am 10. Mai, bei der Anzeige wegen Verstoß gegen das Waffengesetz erstattet wurde. Die Polizei fand auf dem Dach des Hauses mehrere Molotow-Cocktails. Allerdings war die Durchsuchung den Faschos lange vorher bekannt. Auf diese Weise ist zu erklären, daß dort keine weiteren NPD-Materialien gefunden wurden. Nach Berichten der »Sächsischen Zeitung« vom 8. Juni '96 ermittelt die Polizei aus diesem Grund in ihren eigenen Reihen.

Offiziell ist das Haus mittlerweile gesperrt. Nur die Faschos halten sich nicht daran. ■

---

1) siehe Artikel zum Landhaus Almensee – Bundesparteitag der NPD
2) z.B. am 20. Januar '96 im Chaussehaus
3) LVZ vom 20. Mai '96

Landhaus Almensee

Tummelplatz für Rechtsradikale in Bad Dürkheim

Das Landhaus Almensee, ein beim pfälzischen Bad Dürkheim gelegenes Gasthaus, wurde in letzter Zeit immer wieder als Veranstaltungsort von rechtsextremen und neonazistischen Organisationen genutzt, so z.B. für die HNG-Jahreshauptversammlung und den NPD-Bundesparteitag. Jüngster Auftritt der Rechten sollte ein sogenannter »*2. Runder Tisch der Rechten in Rheinland-Pfalz*« werden; für den 13. April 96 wurden von Mitgliedern der DEUTSCHEN LIGA FÜR VOLK UND HEIMAT und der REPUBLIKANER verschiedene Parteien des rechten Spektrums ins Landhaus geladen. Daß das geplante Treffen dort nicht stattfand, sondern an einen andern Ort im Raum Ludwigshafen ausweichen mußte, lag an der Öffentlichkeitsarbeit regionaler Antifagruppen, die das dortige Treiben schon seit einiger Zeit aufmerksam verfolgen.

Bereits am 4. März '95 trafen sich millitante Neonazis aus dem Umfeld der verbotenen FAP im Landhaus Almensee. Etwa 100 organisierte Faschisten aus dem Südwesten der BRD nahmen teil. Es folgte ein Konzert mit Frank RENNICKE am 9. Dezember '95. Unter den BesucherInnen waren zahlreiche Skinheads, insgesamt wurde von ca. 250 BesucherInnen berichtet. Obwohl die Nazis mit Patrouillen das umliegende Gelände absicherten, mußten einige KonzertbesucherInnen nach Beendigung der Veranstaltung feststellen, daß ihre Autos zerstört wurden.

Ein weiteres Konzert u.a. mit den Gruppen STARKSTROM, 08/15, VOLLSTRECKER und erneut Frank Rennicke fand am 2. März '96 auf Einladung der NPD statt. Diesmal wurden über 90 Autos beobachtet, deren Insassen zu den KonzertbesucherInnen zählten. Die europaweit angereisten Nazis wurden von bewaffneten Schleusern zum Landhaus geleitet. In den angrenzenden Stadtgebieten patrouillierten Autostreifen bewaffneter und mit Funk und Mobiltelefonen ausgestatteter faschistischer Skinheads. Trotzdem wurden diverse Fahrzeuge der Faschisten angegriffen und zerstört. Das Konzert war als Wahlfest der NPD angekündigt.

Bei diesen Konzerten durfte Torsten LEMMER, ehemaliger Manager der Naziband STÖRKRAFT und Mitherausgeber des Skinzines MODERNE ZEITEN nicht fehlen. Einige der in Bad Dürkheim aufgetretenen Bands stehen bei Lemmer unter Vertrag. Moderne Zeiten wurde von dem ehemaligen FAP-Landesvorsitzenden NRW Axel ZEHNSDORF, Christian EITEL vom Plattenlabel DORFMUSIK und Manfred ROUHS von der DEUTSCHEN LIGA initiiert. Von Düsseldorf aus erscheint das Blatt mit einer Auflage von 10.000 Exemplaren (eigene Angabe). Zielgruppen sind die rechte Jugendbewegung und faschistische Skinheads. Aufgrund des Ausscheidens von Rouhs und antifaschistischer Aktionen steht Moderne Zeiten kurz vor dem finanziellen Ruin. So könnten die Konzerte in Bad Dürkheim auch zur finanziellen Rettungsspritze für die Rechtsrocker dienen.

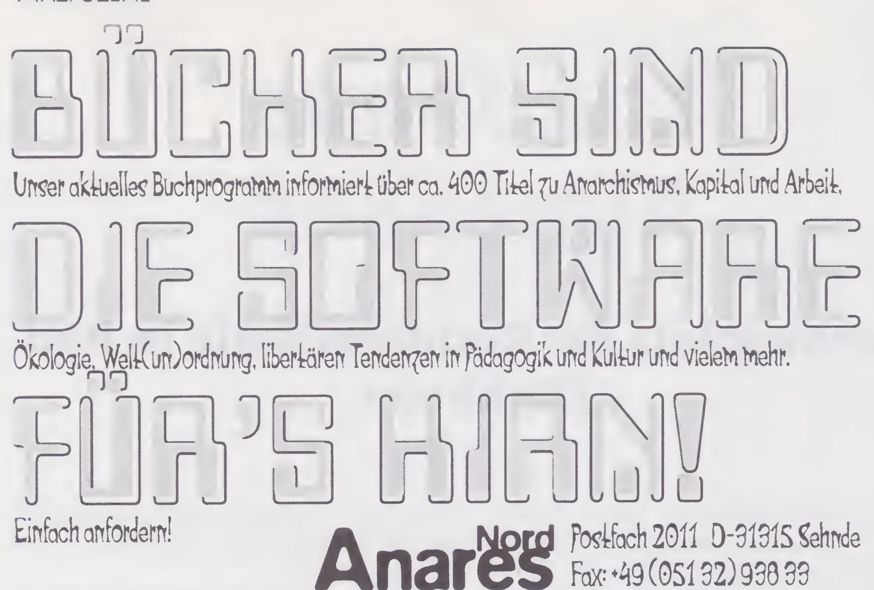
Ein weiteres Großereignis für organisierte Neo- und Altnazis fand am 9. März 96 ebenfalls in Bad Dürkheim-Almensee statt: die Jahreshauptversammlung der HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE POLITISCHE GEFANGENE (HNG) mit ca. 260 TeilnehmerInnen. Vom Autobahnrasthof »Wetterau« in Hessen wurden die BesucherInnen von Siggi BORCHARDT nach Dürkheim weitergeleitet. Die Eröffnungsrede wurde von der HNG-Vorsitzenden Ursula MÜLLER gehalten. Weitere Redner waren Wolfgang JUCHEM und der Rechtsanwalt Konrad HOFFMANN aus Frankfurt a.M., der Präsident der VEREINIGTEN LÄNDER DES DEUTSCHEN OSTENS IM DEUTSCHEN REICH (VLDO) und der NATIONALVERSAMMLUNG DES DEUTSCHEN OSTENS (NDO) ist. Hoffmann gilt als wichtige Kontaktperson ins bürgerliche Lager. Im Verlauf des Treffens, der als Sammelbecken der militanten Naziszene geltenden HNG, wurde ein neuer Bundesvorstand gewählt. Am Abend durfte erneut der Nazi-Liederbarde Frank Rennicke seine braunen Gesänge zum Besten geben. Ein Teil der Gäste übernachtete auch im »Landhaus Almensee«. Die HNG berichtete in ihrer Zeitung, den HNG-NACHRICHTEN, erfreut über die große Zahl junger TeilnehmerInnen, die auch das Bild bestimmten. Wie Augenzeugen berichteten, standen vor dem Anwesen 50 bis 60 Neonazis mit Glatzköpfen und Springerstiefeln.

Aus der Region Rhein-Neckar nahmen u.a. Christian HEHL aus Ludwigshafen, René RODRIGUEZ-TEUFER (beide seit Jahren Kader der HNG) und Gerd EISNER, der als Kontaktadresse für eine »KAMERADSCHAFT ODENWALD« fungiert, teil. Alle drei sind dem rechtsterroristischen Spektrum zuzurechnen: Hehl unterhielt zeitweise die sogenannte WEHRSPORTGRUPPE HEHL, Eisner war bereits im Januar 1988 an einem Überfall auf ein Flüchtlingsheim in Schriesheim beteiligt und führte zu dieser Zeit die Mannheimer Hooligan-Truppe »THE FIRM« an, die zum millitanten Kern der TAUNUSFRONT des Einblick-Machers Norman KEMPKEN (ebenfalls organisiert in der HNG und persönlicher Gefangenenbetreuer von Eisner) aus Rüsselsheim zählte. Auch Vertreter von Burschenschaften nahmen an dem

Neuer HNG-Vorstand

Auf der Jahreshauptversammlung der HILFSORGANISATION FÜR NATIONALE POLITISCHE GEFANGENE UND DEREN ANGEHÖRIGE E.V. am 9. März in Bad Dürkheim wurde über die Hälfte der Vorstandsämter neu besetzt.

Neuer Stellvertreter der Vorsitzenden Ursula MÜLLER ist jetzt Heinz STEINBRECHER aus Sprendlingen (bei Frankfurt). Er löste den GdNF'ler Detlef GLOCK aus Salzkotten ab. Aus dem Vorstand ausgeschieden sind weiterhin Waldemar NIKLAS (Mainz), Fritz CURTHS (Ketzin) und Norbert WEIDNER (Bonn). Wobei zu bemerken ist, daß der von den Medien seit längerer Zeit als »Aussteiger« präsentierte Norbert Weidner bis zu jenem 9. März 1996 Kassenwart der HNG war. Neu im Vorstand der HNG sind: Hildegard ILLIAN aus Wetzlar, Ehefrau der langgedienten Vorstandsmitglieds Friedrich ILLIAN, Andreas MARHAUER aus Hildesheim und Sylvia ENDRES aus dem schwäbischen Erolzheim.



Treffen teil und versorgten die Gäste mit Material der verbotenen NSDAP/AO.

Am 23./24. März 1996, nur zwei Wochen später, fand im Landhaus Almensee dann der Bundesparteitag der NPD statt. Die NPD hat sich im Gefolge der Parteienverbote von NF, FAP, DA, WJ etc. zu einem Sammelbecken der rechten Szene entwickelt. So hoffen die NPDler die nahezu bedeutungslose Stellung der NPD wenigstens in diesem Bereich ausbauen zu können. Dort können sich Neonazis erneut sammeln und neue Strukturen aufbauen. Vorantreibende Kraft ist hierbei u.a. Günter DECKERT. Der ehemalige Bundesvorsitzende der NPD sitzt zur Zeit im Gefängnis in Bruchsal. Auf dem Bundesparteitag trat Deckert in Abwesenheit erneut zur Wahl zum Bundesvorsitzenden an. Sein Kronprinz Udo VOIGT aus Moosburg trat als zweiter Kandidat an, und wurde mit knapper Mehrheit zum neuen Bundesvorsitzenden gewählt, Deckert wurde Stellvertreter. Daraufhin verließ ein Großteil der Delegierten den Parteitag. Eine Spaltung innerhalb der NPD zwischen »Deckert-Treuen« und »Parteierneuerern« zeichnet sich ab. Durch die Neuwahlen kam es zu einer Verjüngung der NPD-Führung, fast die Hälfte wurde ausgewechselt. Es wurde eine Stärkung der Zusammenarbeit mit den JUNGEN NATIONALDEMOKRATEN (JN) beschlossen, auch die Anpassung an neue Medien war Thema. Der ehemalige Fraktionsvorsitzende der Partei in Frankfurt /M., Winfried KRAUß, wurde unter dem Arbeitstitel »BÜNDNIS DEUTSCHLAND« mit der Aufgabe, informelle und personelle Kontakte auszubauen, beauftragt. Hintergedanke ist der alte Traum der NPD, mit den anderen Parteien eine Wahlplattform zu bilden und endlich einmal Einfluß zu gewinnen. Der Parteitag verlief leider ohne jegliche Störungen, nur die Polizei hielt sich in der näheren Umgebung auf.

Für den 13. April 96 luden dann, wie oben bereits erwähnt, Mitglieder der Deutschen Liga und der Republikaner zum Runden Tisch ein. Namentlich sind das Bernhard WEICHEL (ehem. Kreisvorsitzender der DVU Ludwigshafen, jetzt Landesvorsitzender der Deutschen Liga), Ernst Georg SCHLOSSER (Deutsche Liga), Hans RUSTEMEYER (ARBEITSKREIS DER ÖKOLOGISCHEN PATRIOTEN und Mitglied der REPs) und Rolf SCHNEIDER (REP). Als Stargast wurde der Mitherausgeber der Nazi-Postille NATION UND EUROPA, Harald NEUBAUER aus Coburg, angekündigt. Er sollte einen Beitrag zum Thema "*Das Elend und neue Chancen der politischen Rechten in Deutschland*" vortragen.

Das Treffen wurde abgesagt, nachdem es öffentlich bekannt wurde und die Grünen eine Presseerklärung dazu abgaben, in der sie von möglichen gewalttätigen Auseinandersetzungen sprachen. Die Rechten leiteten über Schleuser am Ludwigshafener Hauptbahnhof die anreisenden FaschistInnen in eine Ludwigshafener Gaststätte um, welche dann, wie auch das Landhaus Almensee, unter Polizeischutz stand. Das Treffen konnte ungehindert stattfinden, im Umfeld der Tagung tauchten immer wieder größere Gruppen von Neonazis auf, die der verbotenen FAP zuzuordnen sind. An dem Treffen nahmen nach eigenen Angaben rund 200 Personen teil und es sprach unter anderem der stellvertretende Landesvorsitzende der Republikaner im Saarland.

Die Geschehnisse um das Landhaus Almensee haben auf lokaler Ebene für einigen Wirbel gesorgt. Der Bürgermeister Dürkheims war entrüstet, daß er von den neonazistischen Umtrieben in seiner Gemeinde nicht informiert wurde, obwohl diese Treffen schon längere Zeit unter »*polizeilicher Beobachtung*« standen.

Die Polizei hielt es nicht für notwendig zu informieren, da sie keinen Wirbel um die Treffen machen wollte. Der Organisator einiger Veranstaltungen und NPD-Landesvorsitzende Rheinland-Pfalz Wilhelm HERBI (Niederotterbach) berichtete, die NPD habe einen guten Kontakt zur Polizei. Seit ca. eineinhalb Jahren sind außerdem immer wieder Mitarbeiter des Verfassungschutzes als V-Leute in rechten Zirkeln im Süden der BRD aktiv. Mehrere großangelegte Neonazi-Treffen wurden von VSlern organisiert, auch in der Rhein/Neckar-Region sind mehrere V-Leute in der rechten Szene aktiv.

Der Pächter des Landhauses Almensee, Wolfgang JESCHKE, von der NPD als guter Kamerad bezeichnet, ist sich momentan seiner Zukunft nicht mehr so sicher, da der Besitzer, die HELMUT KNAUS KG aus Bayern, sein Handeln nicht mehr dulden und den Pachtvertrag aufkündigen will. Außerdem sieht er sich in der letzten Zeit massiven Drohungen ausgesetzt, die bereits in einem versuchten Brandanschlag auf das von ihm und seiner Frau bewohnte Landhaus gipfelten. Antifaschistische Gruppen aus dem Rhein/Neckar Kreis informierten in einer Postwurfsendung ca. 500 Haushalte in Dürkheim, Almensee und Ungstein über die rechten Umtriebe.

Eine detailiertere Dokumentation der rechtsextremistischen Strukturen im Rhein/Neckar Kreis findet sich in der 72 seitigen Broschüre: »Hätte meine Mutter Fleisch gekocht statt Rüben, wäre ich daheim geblieben« (siehe Rezensionen). ■

Der neugewählte Parteivorstand der NPD

Vorsitzender:
Udo Voigt

Stellvertreter:
Günther Deckert
Jürgen Schön
Udo Holtmann

Schatzmeister:
Erwin Kemna

Beisitzer:
Lennart Aae
Holger Apfel
Achim Ezer
Wolfgang Frenz
Gerhard Bucka
Hartmut Hildebrandt
Winfried Krauß
Reinhard Kessow
Wolfgang Nahrath
Friedrich Preuß
Axel Schunk
Karl-H. Sendbühler
Michael Wendland
Doris Zutt

In den Parteivorstand berufen:
Jürgen Distler
Ullrich Eigenfeld
Siegfried Stiegelmeier



Hamburg

Antifaschistischer Auftakt vom Lauck-Prozeß

Am 9. Mai begann der Prozeß gegen Gary LAUCK vor dem Hamburger Gericht. Lauck, der Vertriebsleiter der NSDAP/AO ist, werden 38 Einzelstraftaten zur Last gelegt, hauptsächlich aus den Bereichen Volksverhetzung und Verbreitung von Schriften einer verbotenen Organisation. Der Prozeß ist auf insgesamt 15 Verhandlungstage angesetzt. An den ersten beiden Verhandlungstagen wurden die Anklageschrift verlesen, ein Antrag von Laucks Wahlverteidiger SIEG, das Verfahren einzustellen, abgelehnt und zwei Tagebücher, die Lauck in der U-Haft verfaßte, vorgelesen.

Den Neonazis gelang keine größere Mobilisierung, trotzdem die »NATIONALEN INFOTELEFONE« und das »THULE-NETZ« mobilisiert hatten.

Stattdessen fand eine Antifa-Demo mit über 100 Personen, die vor dem Gericht endete, statt. Ein Teil der Antifas beobachtete den Prozeß, andere hielten vor dem Gericht eine Kundgebung ab. Schließlich tauchten doch noch 30 Nazis auf, die wahrscheinlich von einer Kurzkundgebung vor dem Knast Fuhlsbüttel, in dem Christian WORCH einsitzt, kamen, die dann aber in der Mittagspause wieder schnell verschwanden und erst am nächsten Verhandlungstag wiederkehrten. Unter diesen Nazis waren verhältnismäßig wenige Hamburger, dafür aber welche aus Dänemark, den Niederlanden und Großbritannien – bekannteste Gestalt war Roy ARMSTRONG-GODENAU.

Für Lauck muß diese »Solidarität« seiner Kameraden ein ziemlich entmutigendes Bild abgeben.

Trotz der internationalen Pressevertreter und einem von AntifaschistInnen geprägten Verhandlungsauftakt konnte nicht die kompakte Struktur der NSDAP/AO in Deutschland und die Funktion Laucks als kleines Rädchen innerhalb dieser verdeutlicht werden.

Lütjensee

Buttersäure gegen Kriegsverbrecher

Das Haus des Nazi-Kriegsverbrechers Claus VOLKMANN alias Peter GRUBBE in Lütjensee bei Hamburg beschädigten AntifaschistInnen am 17. 5. 1996 mit Buttersäure und Farbflaschen und zerstörten einige Fensterscheiben. In der Nachkriegszeit hatte Volkmann unter seinem Falschnamen eine Karriere als »linksliberaler« Journalist gemacht. Dabei hatte er seine Vergangenheit als Kommissarischer Kreishauptmann in Kolomyia im »Generalgouvernement« vertuscht. In dieser Position als höchster Zivilbeamter des beim deutschen Überfall auf die Sowjetunion besetzten ostgalizischen Verwaltungsgebietes ist Volkmann/Grubbe unmittelbar verantwortlich für die Ausplünderung, Aushungerung, Erschießung und Selektion (zur Vernichtung) der Juden der »Kreishauptmannschaft«. Er verordnet u.a. die Kennzeichnungspflicht (»Judenstern«) und die Schaffung eines Ghettos in Kolomyia. Im Sinne eines reibungslosen und »sauberen« Ablaufes der rassistischen Vernichtungspolitik wird der junge Jurist aber bereits im Juli 1942 wegen Korruption entlassen, weil er geraubte Wertsachen unterschlägt, die sich das Reich selbst einverleiben will. Später ist er dann tätig bei der Rekrutierung polnischer ZwangsarbeiterInnen für die deutsche Kriegswirtschaft.

Nach dem Krieg kann Volkmann unter dem Alibi »Peter Grubbe« eine Karriere als »progressiver, linker« Sachbuchautor, Zeitungs- und Fernsehjournalist beginnen, die erst durch Volkmanns Enttarnung in Mitleidenschaft gezogen wird. Der Schriftsteller Günther Steinberg bemüht sich seit den 40er Jahren darum, Grubbes Vergangenheit als Claus Volkmann öffentlich zu machen. Von 1963 bis 1969 wird gegen diesen ermittelt; das Verfahren aber eingestellt. Steinberg weist seitdem wiederholt auf den Fall hin, u.a. durch einen Kriminalroman unter dem Titel »Und nebenbei ein Mord«.

Neuerdings ist Grubbes Vergangenheit durch einen taz-Artikel und neue Anschuldigungen von Simon Wiesenthal wieder ins Licht der Öffentlichkeit gerückt worden.

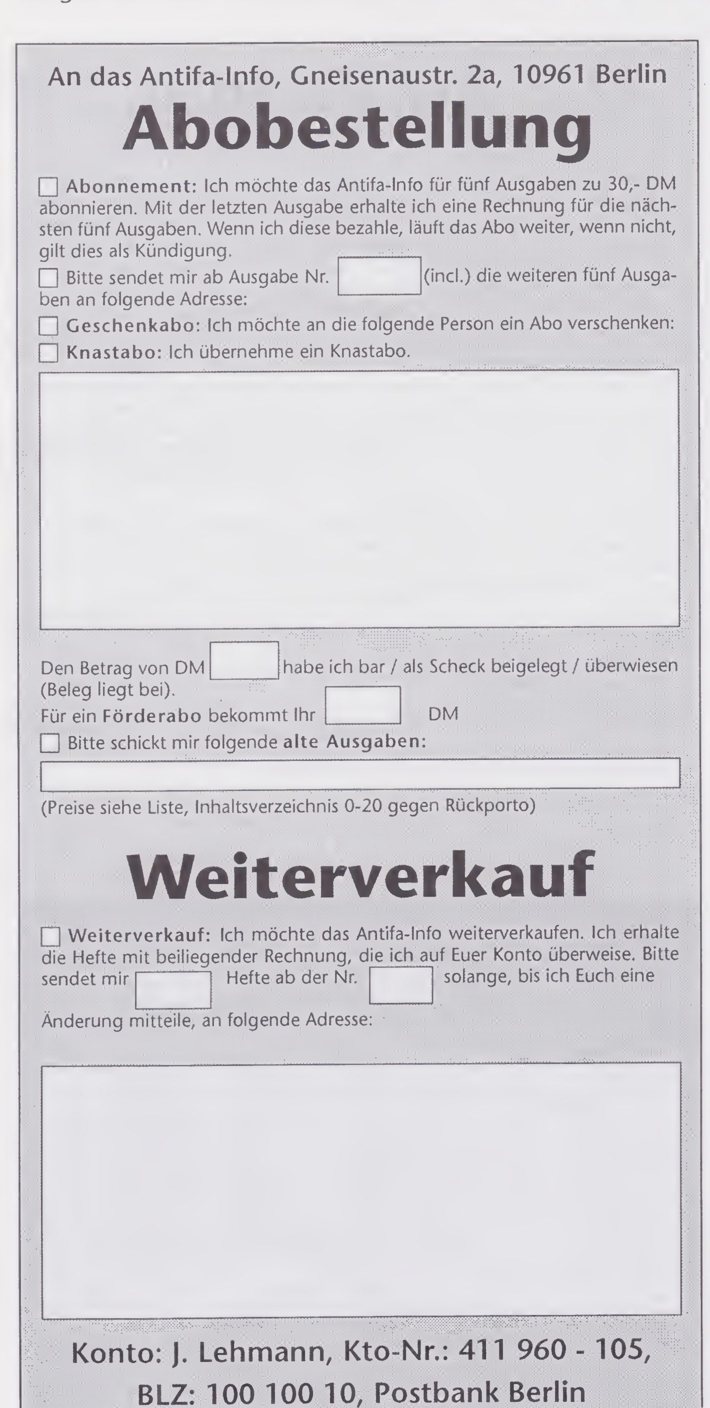
Nun reagierte die »Antifaschistische Zelle 'Kein Vergeben – kein Vergessen'« mit ihrer spektakulären Aktion: »*Diese Aktion kann keine angemessene Bestrafung sein für die Verbrechen, die Volkmann/Grubbe zu verantworten hat*« heißt es in der außergewöhnlich ausführlichen Kommando-Erklärung, der wir auch die Informationen für diese Meldung entnehmen. Der Zelle geht es darum, daß sich die radikale Linke mit dem Thema Nazi-Kriegsverbrecher auseinanderzusetzen habe. Angesichts der Tatsache, daß die zuständige Staatsanwaltschaft in Darmstadt aussagt, eine Wiederaufnahme des Verfahrens gegen Volkmann habe wenig Aussicht auf Erfolg, fordern die Antifas: »*Aber es darf auch keine Ruhe mehr für ihn geben...*«

Berlin

Nazis liefern peinliche Vorstellung

Am 8. Juni wollten Nazis von der KAMERADSCHAFT BEUSSELKIEZ und Umfeld eine Kundgebung vor dem Amtsgericht Tiergarten durchführen. Sie galt dem wegen Verbreitung der Werwolfzeitung »NS-DENKZETTEL« einsitzenden Marcus BISCHOFF. Zum angemeldeten Termin befanden sich genau 4 (in Worten vier) Nazis vor dem Gericht und wurden von der Polizei eifrig beschützt. Im Laufe einer Stunde kamen dann noch ein paar Kameraden und so stand man zu zwanzigst auf dem Bürgersteig vor dem Gericht. Des weiteren bewegten sich noch einige Kader, u.a. Lars BURMEISTER, Christian WENDT und Kim KURLBAUM, mit Auto oder zu Fuß in der Gegend. Den anwesenden AntifaschistInnen wurde es irgendwann zu bunt und so standen etwas 15 von ihnen von ihren Stühlen im (dem Gericht gegenüberliegenden) Café auf, und riefen einige Parolen. Daraufhin fuhren die Autos der Nazis vor und selbige sprangen panisch hinein, eine Kundgebung gab es nicht.

Ein Auto der Nazis wurde beschädigt.



An das Antifa-Info, Gneisenaustr. 2a, 10961 Berlin

Abobestellung

☐ **Abonnement:** Ich möchte das Antifa-Info für fünf Ausgaben zu 30,- DM abonnieren. Mit der letzten Ausgabe erhalte ich eine Rechnung für die nächsten fünf Ausgaben. Wenn ich diese bezahle, läuft das Abo weiter, wenn nicht, gilt dies als Kündigung.

☐ Bitte sendet mir ab Ausgabe Nr. ____ (incl.) die weiteren fünf Ausgaben an folgende Adresse:

☐ **Geschenkabo:** Ich möchte an die folgende Person ein Abo verschenken:

☐ **Knastabo:** Ich übernehme ein Knastabo.

Den Betrag von DM ____ habe ich bar / als Scheck beigelegt / überwiesen (Beleg liegt bei).

Für ein **Förderabo** bekommt Ihr ____ DM

☐ Bitte schickt mir folgende **alte Ausgaben:**

(Preise siehe Liste, Inhaltsverzeichnis 0-20 gegen Rückporto)

Weiterverkauf

☐ **Weiterverkauf:** Ich möchte das Antifa-Info weiterverkaufen. Ich erhalte die Hefte mit beiliegender Rechnung, die ich auf Euer Konto überweise. Bitte sendet mir ____ Hefte ab der Nr. ____ solange, bis ich Euch eine Änderung mitteile, an folgende Adresse:

Konto: J. Lehmann, Kto-Nr.: 411 960 - 105, BLZ: 100 100 10, Postbank Berlin

Hamburg

Faschistentreffen in der Feldstraße angegriffen

Als sich am 4. Juni um 19.00 Uhr etwa 20 Nazis in den Räumen der FREIEN SOZIALEN UNION (FSU) in der Hamburger Feldstraße 46 trafen, wußten AntifaschistInnen bereits Bescheid.

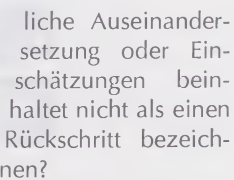


Unter den anwesenden Nazis befanden sich unter anderem Jan ZOBEL (Bundespressesprecher der JN, Herausgeber von EINHEIT & KAMPF) und André GOERTZ (ex-FAP, jetzt JN).

Nach dem Treffen griffen ca. 40 entschlossene Antifas die Nazis an.

In einer Erklärung heißt es: »*Dabei wurden die Fensterscheiben der FSU zerstört, das Auto v. A. Goertz tiefergelegt und einige Neo-Nazis attackiert. Nach ca. 15 Minuten kam die Ordnungsmacht, die jedoch keine Festnahmen erreichte. Kein Fußbreit den Faschisten im Karo-Viertel und überall.*«





»Was geht ab?«

Die »Was geht ab?« (WGA) erscheint seit Januar 1995 monatlich und versteht sich als eine Zeitung, die Nachrichten bzw. Informationen über Aktivitäten sowohl von FaschistInnen als auch AntifaschistInnen sammelt und veröffentlicht. Wir wollen durch dieses Interview die Zeitung, ihre Entstehung, ihr Konzept und ihre Arbeitsziele etwas genauer vorstellen.

AIB: Wie ist die Idee für diese Zeitung entstanden?

WGA: Wir haben bei unserer Arbeit oft gemerkt, daß Informationen über Faschoaktivitäten nur unvollständig bekannt sind und immer wieder hängenbleiben. Das behindert natürlich die Arbeit und macht es schwer einen Gesamtüberblick zu bekommen oder schnell an Infos heranzukommen. Dazu kommt noch, daß das Antifa Jugendinfo (AJI) nicht mehr richtig lief, da es mittlerweile viele Antifa-Publikationen dieser Art gibt und wir so unsere Arbeit auf ein uns sinnvolleres Projekt konzentrieren wollten. Die Redaktionen beider Zeitungen sind im übrigen nicht identisch.

AIB: Das Ziel Eurer Publikation ist es also ein guten Informationsfluß zu ermöglichen?

WGA: Ja, wir haben oft Anfragen zu verschiedenen Personen oder Ereignissen bekommen, da haben wir mitgekriegt, daß eine Notwendigkeit besteht, solche Dinge zu veröffentlichen. Es geht uns darum auch die Menschen, die sich nicht regelmäßig mit diesem Thema beschäftigen und denen dann auch die entsprechenden Verbindungen fehlen, um die für sie wichtigen Infos zu erhalten, zu erreichen. Wenn jemand z.B. über den aktuellen Rechtsextremismus berichten möchte, kann er hier schnell viele Informationen zusammmenkriegen. Deshalb haben wir auch den Index drin, den es übrigens auch auf Diskette gibt, denn mit dem geht die Suche nach Personen, Organisationen und Orten, die in der WGA erwähnt werden noch schneller und übersichtlicher.

AIB: Ist Eure Arbeit nicht dennoch sehr speziell für Antifas und weniger für Menschen, die sich nur nebenbei für dieses Thema interessieren?

WGA: Sicherlich bewegt sich die Auflage in einem relativ festen Rahmen von 600 bis 700 Stück, dennoch kann jeder, der Lust hat, reinschauen. Und die WGA stellt vor allem einen Multiplikator für die Leute, die sonst nicht die Möglichkeiten haben ihre Infos zu veröffentlichen, dar und wir können aus Regionen berichten aus denen man sonst nichts hört.

AIB: Wie versucht ihr die Infos zu erhalten und zu verarbeiten?

WGA: Wir haben die Arbeit in verschiedene Bereiche eingeteilt für die jeweils Einer verantwortlich ist. Dadurch verbessern sich die Kontakte zu den jeweiligen Personen und in die Regionen. So können wir einen besseren Einblick in die dort ablaufenden Prozesse gewinnen, uns mit den Leuten vor Ort kurzschließen, genauere Infos erhalten und diese besser einordnen. Die von dort ankommenden Infos bilden dann erstmal nur das Gerüst. Wir werten die Sachen aus und schauen, daß wir sie durch unser Eigenwissen ergänzen. Wir recherchieren bei einigen Dingen natürlich auch selbst nach.

AIB: Diese Art von Arbeit gibt es anderswärtig auch schon, leistet Ihr da nicht eine doppelte Arbeit?

WGA: Nein, denn wie anfangs schon kurz gesagt, geht es uns darum die Infos nicht nur zu sammeln und auszuwerten, sondern monatlich zu veröffentlichen, um nicht nur einigen, die wissen wo was ab geht, die Möglichkeit zu geben, Einblicke in dieses Thema zu nehmen.

AIB: Ihr würdet eure Arbeit, die sich ausschließlich auf das Bekanntgeben von Ereignissen beschränkt und keine inhaltliche Auseinandersetzung oder Einschätzungen beinhaltet nicht als einen Rückschritt bezeichnen?

WGA: Nein, denn für uns treffen wir Einschätzungen, dies ist u.a. daran zu sehen, daß wir auch bei den Veröffentlichungen gezielt auswählen, um bestimmte Ereignisse oder Personen in den Vordergrund zu heben und die Kontinuität von bestimmten Vorgängen aufzuzeigen. Außerdem gibt es Zeitungen, die Einschätzungen abgeben und mehr inhaltlich arbeiten.

AIB: Wie sieht Eure Perspektive mit diesem Projekt aus und seht Ihr die Gefahr, daß Ihr beginnt Euch mit Eurer Berichterstattung im Kreis zu drehen?

WGA: Nun ja, so lange es noch Menschen und Gruppen gibt, die unsere Zeitung beziehen, um damit zu arbeiten und wir positive Reaktionen erhalten, haben wir ein Feedback, daß unsere Arbeit sinnvoll erscheinen läßt. Wenn mal der Punkt erreicht ist, daß sich die Zeitung nicht mehr verkauft oder nur noch Berichte über Naziaktivitäten eingehen und nichts mehr über Antifa-Aktionen ankommt, werden wir wohl die Sache aufgeben und dann Wichtigeres tun, aber bis dahin machen wir weiter.

Zum zweiten Punkt ist zu sagen, daß wir die Gefahr schon sehen, aber durch eine gute Auswahl darauf achten nicht immer über die gleichen Ereignisse und Personen zu berichten und anfangen jede Kleinigkeit zu beachten. Andererseits aber auch kontinuierlich an wichtigen Sachen dran zu bleiben, um einen Eindruck über einen längeren Zeitraum vermitteln zu können. Und die Zeitung ist noch ausbaufähig, vor allem unser Informationsnetz, da sind wir noch lange nicht am Ende. Wir sind natürlich aber auch auf die Leute angewiesen, die uns möglichst viele Informationen zusenden sollen, dann können wir auch die Zeitung besser gestalten.

AIB: Na dann, viel Glück. ■

Kippen die »Grufties« nach rechts?

Die »Gothic-Szene«, eine an sich unpolitische Jugendsubkultur, ist neuerdings durch ihre offene Flanke zum Rechtsextremismus ins Blickfeld von AntifaschistInnen geraten. In »Analyse & Kritik« vom 4. 4. 1996 macht Jean Cremet bestimmte Elemente dieser Kultur für den bemerkbaren Rechtsruck verantwortlich. Andernorts sind die Kontakte des größten Fanzines der Szene, der »ZILLO«, zu Roland BUBIK und Peter BOßDORF von der »JUNGEN FREIHEIT« bekannt geworden. Kippen die »Grufties« nach rechts?

Grundsätzlich haben die meisten Jugendsubkulturen zunächst ein »unpolitisches« Selbstverständnis. Sie enthalten immer Elemente, die eher reaktionär sind, aber gleichzeitig auch solche, die in eine emanzipatorische Richtung weisen. Manche Subkulturen entwickeln sich nach links, politisieren sich. Andere werden durch ähnliche Prozesse, z.T. auch durch gezielte Unterwanderung, zum Objekt der extremen Rechten – wie zum Beispiel in den 80ern die Skin-Kultur.

Die Gothics und die »Dark-Wave«-Musik haben ihre Wurzeln in der »Independent«-Musik. Ende der 70er/Anfang der 80er versuchten Punk-, New Wave- und Industrial-Gruppen Strukturen aufzubauen, die Alternativen zur Vermarktung der Rockmusik schaffen sollten: unabhängige Labels, Veranstaltungsorte, Plattenläden und Musikzeitschriften (»Fanzines«).

Die Gothic-Szene zeigt tatsächlich bestimmte Ansatzpunkte für rechte Beeinflussung. Sie orientiert sich an der irrationalen Romantik, verwendet eine rückwärtsgewandte Symbolik (Fraktur-Schrift, Runen etc.), liebäugelt mit esoterischem »Wissen« und hat eine offene Flanke zu Okkultismus und Satanismus. Einige Protagonisten sind klar im rechtsextremen Lager anzusiedeln (s. Kasten). Inwieweit es sich um eine gezielte Unterwanderung handelt bzw. um eine Entwicklung aus der Szene heraus, ist derzeit noch unklar.

In unseren Augen besteht jedenfalls die Gefahr, daß nach Rocker- und Skin-Kultur nunmehr die Gothics zum Objekt faschistischer Propaganda werden. Allerdings besteht auch die Gefahr, sie unsererseits dazu zu machen. So nahmen Antifas in den 80ern die Skins nur als Nazis wahr. Dadurch übersahen sie die vielen Gegentendenzen und Spaltungen in der Szene. Ähnlich differenziert stellt sich auch die Gothic-Szene dar. Die Mehrheit der Bands und mehr noch ihrer HörerInnen ist unpolitisch und nicht rechts.

Wir dokumentieren im folgenden ein bereits im März geführtes Interview mit dem Musik-Projekt »DEINE LAKAIEN« (DL), das zu den bekanntesten deutschen Bands dieser Szene gehört. DL haben sich immer zu ihrem antirassistischen Standpunkt bekannt. Auftritte auf einer antifaschistischen Konzertreihe kamen leider bisher nicht zustande – daran waren aber die Veranstalter schuld. Es ist uns wichtig, die internen Auseinandersetzungen in der Szene zu sehen und ernst zu nehmen, statt nur die offen rechten Tendenzen hervorzuheben, darum dieses Interview. In einer der kommenden Ausgaben soll ein Artikel folgen, der die rechten Tendenzen in der Gruft-, Gothic- und Dark-Wave-Szene eingehender beleuchtet.



... mit »DEINE LAKAIEN«



AIB: Hallo Alexander, hallo Ernst. Was für Musik macht Ihr mit der Gruppe »Deine Lakaien«?

A: Tja, grundsätzlich: elektronische Musik mit experimentellem Charakter, also, ungewöhnliche Pop-Musik möcht' ich mal sagen...

AIB: Wie lange spielt Ihr schon in dieser Zusammensetzung, und wo liegen musikalisch Eure Wurzeln?

A: Schon sehr lange...

E: Ja, schon seit '85. Wo ich angefangen habe, Musik zu machen: auf jeden Fall Punk, New Wave. Ich habe damals in Hamburg gewohnt und es war für mich schon

alles sehr befreiend. Es hat mir einfach Mut gegeben, mich mit sehr einfachen Geräten hinzusetzen und loszulegen. In den 60ern hatte ich schon eine klassische Musikausbildung, aber so richtig Mut bekommen habe ich durch Wave und Punk.

A: Bei mir ist es ähnlich: Ende der 70er, Anfang der 80er, quasi als die Rock- und Popmusik aufgemischt wurde durch diese neuen Punk- und Wave-Bands – wie immer man sie auch heute bezeichnen will.

AIB: Was bedeutet es für Euch, Gruft oder Dark-Wave zu sein?

»... Punk, New Wave war für mich sehr befreiend... quasi als die Rock- und Popmusik aufgemischt wurde...«

A: Ich würde doch mal sagen, diese beiden Begriffe sind doch sehr abgedroschen, nichtssagend. In den frühen 80ern, als zum ersten mal Begriffe wie »Gothic« aufkamen, hieß das einfach nur, daß Leute ziemlich dunkel gefärbte Musik gemacht haben. Ich denke, daß heutzutage Bands nur noch nach ihrem äußeren Auftreten in diese Scene zusammengebündelt werden, wenn sie eine vorwiegend düstere Bühnenshow machen. Die werden dann sofort in diese Richtung gestopft, da kippt dann auch noch Death Metal mit rein, das dann ja extra abgehandelt wird... Musikalisch gesehen kann man das überhaupt nicht zusammenfassen, und deswegen bedeutet das für uns auch nichts. Wir sehen uns nicht als Darkwaver oder Grufties.

E: Ich persönlich lebe auch gar nicht in der Szene.

A: Man sieht heutzutage auch, daß diese Szene sehr aufgespalten ist. Es ist eigentlich schwierig, von einer Szene zu reden.

AIB: Wie würdet Ihr Euer Verhältnis zu Esoterik und Okkultismus beschreiben?

E: Ich persönlich bin überhaupt nicht esoterisch...

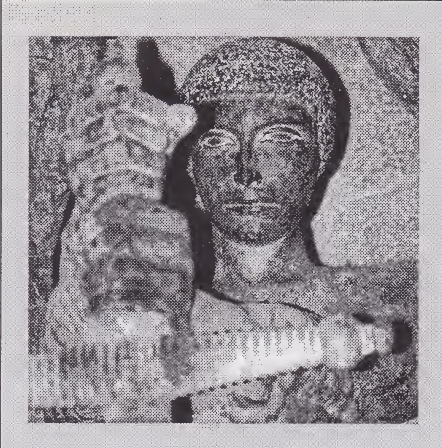
A: ...das gilt für mich auch...

E: ...ich bin eher Agnostiker: Einer der nicht weiß, was er glauben könnte.

AIB: Welche Symbolik benutzt Ihr in Eurer Musik, auf Covern etc. – und welche würdet Ihr nicht verwenden?

E: Wir haben bisher keine »Symbole« benutzt, auch auf Covern nicht. Und welche wir nicht verwenden würden? Naja, Gott, das ist klar: Natürlich nie was nazistisches – oder esoterische Symbole, weil wir einfach nicht so drauf sind.

AIB: Das ist ja in großen Teilen der Gothic-Szene ganz anders. Deren Symbolik ist für Außenstehende schwer zu verstehen. Welche Bedeutung haben diese Sym-



»Märtyrerbilder« aus dem Cover der CD »The Cathedral of Tears«

»Death in June«

Von Douglas PEARCE, Patrik O'KILL und Toni WAKEFORD 1981 gegründete englische Kultband der Dark-Wave Szene. Der Name bezieht sich auf den Todesmonat des SA-Führers Ernst RÖHM, welchen PEARCE als Sozialistisches Element im Nationalsozialismus sieht. Damit belebt er den Mythos des »linken« (Arbeiter)-Flügels in der NSDAP. Bandsymbol ist der SS-Totenkopf. Die Band trat in SS-Tarnuniformen auf, veröffentlichte auf ihrer LP «Brown Book« das Horst-Wessel-Lied und umgibt sich mit NS-bekannten Runen. Pearce, Kopf der Gruppe distanziert sich zwar dauernd vom Nationalsozialismus, in seinen Interviews finden sich allerdings immer wieder eindeutige inhaltliche Aussagen. So ist er der Meinung, daß im 2. Weltkrieg die Guten getötet worden sein und er jetzt nur noch von überflüssigen »Untermenschen« umgeben sei. Der ideologische Hintergrund der Gruppe hinter Douglas Pearce ist eine Mischung aus »Nationalbolschewismus« und Männerbund. Durch Auftritte unterstützte »Death in June« bei der letzten Wahl die russische »Nationalbolschewistische Front«. Über das eigentliche Wirken hinaus war »Death in June« Ausgangspunkt für verschiedene weitere Gruppen, so z.B. »SIXTH COMM«, »SÖL INVICTUS«, »FIRE & ICE« und »CURRENT 93«. Zusammen mit Pearce, dem alleinigen Kopf, spielen z.B. David Tibet (»Current 93«) oder Ian Read (»Sol Invictus«). Patrik O'Kill ex-Sith Comm distanzierte sich inzwischen unter Hinweis auf Rassismus und Intoleranz von der Gruppe.

»Because of him«

(Wegen Ihm)

wegen ihm
kann diese welt wieder hoffen
wegen ihm
hat diese welt einen freund
der die menschlichkeit in allen leben
auslöschen wird und einer rasse hilft,
einem glaubensbekenntnis
ihre bedürfnisse zu erfüllen
so daß alle sehen können
daß es so wunderbar ist
sich für etwas einzusetzen
zu lieben, auszuwählen, zu teilen
zu lieben, auszuwählen, zu teilen
oh, beginnen wir doch heute
zu leben und dafür zu sterben..........

aus der CD »Death in June«, »But What Ends When The Symbols Shatter?«





»Wenn die Zillo nicht in nächster Zeit Klarheit schafft, schneidet sie sich ins eigene Fleisch.«

bole denn Eurer Meinung nach für die Szene, warum wird dort so viel mit Symbolik gearbeitet?

E: Gute Frage! Das ist natürlich wegen Esoterik und Mystik... – also Symbole, die irgendwie die Phantasie anregen... Ich kann eigentlich gar nichts damit anfangen. Vielleicht weißt Du da mehr?

A: Szene beinhaltet schon mal »Underground«. und Underground heißt ja immer in der Jugend- und Musikkultur: Fern von dem, was normal mainstream ist. Was reizt die Leute, in die Szene zu gehen und sich gewissen Regeln unterzuordnen und einer Kleiderordnung anzupassen? Natürlich der Drang, zu einem verschworenen Zirkel dazuzugehören, einer Jugendkultur, die sich gegen gesellschaftliche Zwänge wehrt und gegen Erwartungen, die aus dem Elternhaus kommen, und aus der Schule, und natürlich vom Staat, von der Kirche und so weiter. Der Hauptantrieb für junge Menschen ist ja immer die Provokation. Das war schon immer so.

E: Es ist dann die Geheimsprache...

A: Genau: Man ist stolz darauf, von Außenstehenden nicht verstanden zu werden. Das bringt natürlich Gefahren mit sich, wenn sich dann Leute dem Okkultismus verschreiben und völlig abdriften, und wenn das ganze dann noch politisiert wird, wie das versucht wird. Da muß man dann auch als Band aufpassen, daß man nicht passiv mit reingeschleudert wird.

»...es bringt Gefahren mit sich, wenn Leute sich dem Okkultismus verschreiben und das ganze dann noch politisiert wird...«

AIB: Es gibt in der Szene heute eine Tendenz zum sog. »Neokonservatismus«. Es treten Leute auf, die scheinbar Faschisten sind, oder damit sympathisieren. Einige Antifaschisten sehen sich jetzt in dem Urteil bestätigt, daß diese Musik an sich reaktionär und faschistisch ist. Wie schätzt ihr diese aktuelle Tendenz ein?

E: Vielleicht gibt es da eine gewisse Offenheit solchen Gedanken gegenüber. Gerade durch eine bestimmte Esoterik, ein Elitedenken... könnte sein. Unter den Musikern, die ich kenne, ist kein einziger Konservativer dabei, also das kann ich wirklich sagen.

A: Zumindest kein Bekennender – man weiß ja nie...

E: Die Leute, die ich persönlich kenne, da ist kein einziger dabei.

A: Ja.

E: 1993 haben eigentlich alle maßgeblichen Leute der deutschen Gothic-Szene ein Statement gegen Rassismus unterschrieben. Das ist auch nicht so labrig wie sonst üblich, das drückt sich durchaus sehr politisch aus.

A: Wenn Ihr das so sagt: »In der Gruftszene gibt es eine Tendenz zum Neokonservatismus« - das ist natürlich ein bißchen weit gefaßt. Was heißt »Neokonservatismus«? Es gibt viele Leute, die sich von dieser Musik angezogen fühlen. Das liegt einerseits an vielen Bands, die deutsche Texte machen, die nicht auf amerikanische Musikvorgaben zurückgreifen und versuchen, eine eigenständige Musikrichtung zu machen, die keine Wurzeln in amerikanischer oder sonstiger Musik hat. Da wird dann auch oft mit Komponisten aus vergangenen Jahrhunderten herumgeworfen. Das geht meiner Meinung nach schon etwas zu weit: Viele Bands, die sich mit Orchestersamples ihre Platten zusammenbauen, haben deswegen noch lange keinen Bezug zu Wagner oder Mozart. Das ist oft haarsträubend, oberflächlich... Aber unter Gruftmusik gibt es, wie gesagt, die unterschiedlichsten Bands. Ja, es gibt auch einige, die schon mehr oder weniger lange mit okkulten und auch mit diesen geschichtlich belegten Symbolen und Figuren hantieren, kokettieren, was auch immer. Diese Bands sollte man natürlich ganz genau abklopfen, aber selbst wenn sich nicht alle von ihnen solchen Vorwürfen stellen, sollte man vorsichtig sein und sie nicht sofort in eine rechte, faschistische Ecke drücken.

Es gibt auch einen gesunden Konservatismus, und nicht nur einen rassistischen und faschistoiden. Da verwischen immer sehr schnell die Grenzen. Warum sollen



sich Leute nicht über die Amerikanisierung der Gesellschaft aufregen, der Jugendkultur? Viele Leute haben ja auch die Schnauze voll von Viva und M-TV, von dieser Art Musik, mainstream sozusagen. Das ist eine ganz heikle Frage.

»...warum sollen sich Leute nicht über die Amerikanisierung der Jugendkultur aufregen... ?«

AIB: Die Zeitung »JUNGE FREIHEIT« und andere rechte Zirkel beobachten aber ihrerseits die Gothic-Szene. Sie hoffen, hier politisch Punkte machen zu können. Könnt Ihr Euch vorstellen, daß die Gruft-Szene, so wie früher die Skins, politisch unterwandert wird, oder kommen diese »neokonservativen« Tendenzen aus der Szene sebst?

E: Die »JF« fällt ja zumindest einem geschulten Menschen ziemlich schnell auf. Daß das wirklich das Organ der Rechten ist, die einen Marsch durch die Institutionen will – das heißt natürlich, auf dem politischen Sektor die FDP aufrollen.

Was die Jugendszene betrifft, versuchen sie natürlich, sich an alle ranzuschmeißen. Es hat da in Amerika bestimmte Rechtstendenzen gegeben – Stichwort »DEATH IN JUNE« (DiJ). Das ist für die sicher ein Aufhänger gewesen. Inwieweit das ankommt... ich bin da eigentlich skeptisch, weil diese Szene doch sehr unpolitisch ist...

A: Jede Musikszene ist irgendwo unpolitisch. Bei einigen Richtungen wird so eine »political-correctness« nach vorn geschoben, aber die meisten Konsumenten sind genauso unpolitisch, nehm' ich mal an.

E: Die sehen halt eine zeimlich große Jugendkultur von Leuten, die sich wieder für Goethe, Caspar David Friedrich, Wagner usw. begeistern können – Carmina Burana... das ist ein Versuch, die deutsche Geschichte auf solche Schlagwörter zusammenzustreichen.

A: Diese Vorstellung von Romantik ist einfach Schwachsinn. Wobei – wenn man sich in der Geschichte etwas auskennt muß man wirklich sagen, daß die deutsche Romantik eine ganz fortschrittliche Bewegung war.

Gerade gegen die Metternichzeit eingestellt, und – nach der Französischen Revolution – für die Demokratie.

E: Auch der Teil, der damals den deutschen Einheitsstaat wollte, der wollte ja letzten Endes einen demokratisch geführten Staat haben und nicht mehr die Fürstentümer.

AIB: Habt Ihr eine Erklärung für die aktuelle Rechtstendenz...

A: Ich sehe keine aktuelle Rechtstendenz. Es gibt ein paar Leute, die versuchen, über die intellektuelle Feuilleton-Kultur-Schiene an die Jugendlichen heranzukommen, den Hang zum Elitären auszunutzen für ihre politischen Interessen. Ich denke, da wird nichts draus. Da ist kein Boden für da. Viele Goth's fühlen sich auch verarscht und versuchen, sich anders darzustellen, als es die Medien immer getan haben: so als die »unpolitischen okkulten Friedhofsschänder«.

Vielleicht klappt ja der Versuch mit einer »IG Gothic« und »Goth-Parade«, die soll glaub' ich, dieses Jahr in Düsseldorf sein. Da gehen dann auch mal Gothics auf die Straße, zeigen sich und wehren sich gegen Vorurteile und Versuche, sie in die rechte Ecke zu schieben. Kann man ja unterstützen.

»...die Rechten sehen eine große Jugendkultur, die sich wieder für Goethe, Caspar David Friedrich und Wagner interessiert...«

AIB: Das Fanzine »SIGILL« hat Euch ein »goldenes Bienchen« verliehen, weil Ihr DiJ kritisiert habt. Worum ging es dabei?

E: Das war ein Gespräch, das in der ZILLO veröffentlicht wurde. Es ging um das »Festival of Darkness« vor zwei Jahren, wo dieses gemeinsame Flugblatt gegen Rassismus verfaßt wurde, hab' ich ja schon angesprochen.

DiJ sollte auch spielen. Weil sie das Flugblatt selber nicht unterschreiben wollten, haben sie sich in dieser typischen Wischiwaschi-Art rumgewunden. Am Schluß waren sie dann so genervt, daß sie da nicht gespielt haben und sind jetzt beleidigt. Ich hab' dann in diesem Zillo-Gespräch versucht, ein bißchen zu analysieren, was so Leute wie DiJ dazu bringt, neofaschistisch zu sein. In Deutschland kommt das bei denen ja nicht so raus, aber in ausländischen Magazinen dann doch. Das Fanzine »Sigill« hat uns dann vorgeworfen, wir würden das überhaupt nicht verstehen - auf der anderen Seite wissen die ja ganz genau, wo DiJ stehen.

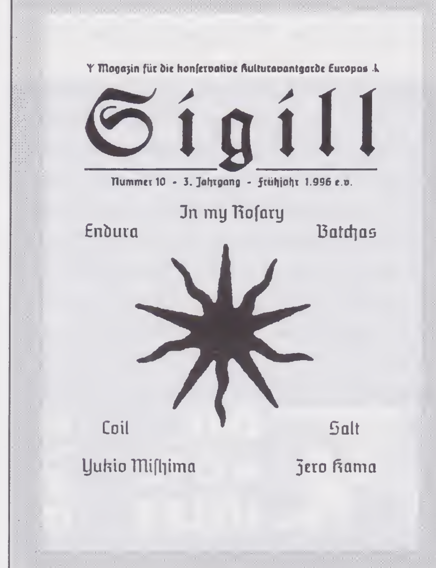
AIB: Sind die Leute von »Sigill« Kumpels von DiJ, oder warum ergreifen die so für die Partei? Das heißt - kanntet Ihr das Fanzine überhaupt vorher schon? Sind das Leute, die schon länger in der Szene aktiv sind?

A: Ich habe von denen noch nie was gehört gehabt.

E: Ein Freund hat mir das gegeben – das ist für mich ganz klar eine neofaschistische Zeitung. Da gibt es für mich gar keine Diskussion. Mit diesem ganzen Rumgerede, was man heute machen muß, wenn man in Deutschland etwas legal veröffentlichen will. Dann gibt es Bezüge zur »linken« NSDAP, also die Leute um STRASSER. Da ist dann auch ein ganz deftiges Interview mit einem amerikanischen Country-Sänger. Da kommts dann ziem-

»Sigill«

Das seit 1993 vierteljährlich in bislang elf Ausgaben erschienene Fanzine – Nr.1 hieß noch »BIZARR« – mit dem Untertitel »Magazin für die konservative Kulturavantgarde Europas« begreift sich nicht allein als Gothic- oder Musikmagazin, obwohl Interviews und Plattenbesprechungen aus diesem Bereich einen Gutteil des Heftes füllen. Musikalisch kommt der Kern der rechten Dark-Wave Scene wie BLOOD AXIS, ALLERSEELEN, NON, DEATH IN JUNE oder RADIO WERWOLF zu Wort. Daneben steht mit SS-Totenköpf und von zwei maskierten, schwerbewaffneten geschützt der »Blood & Honour« Folksänger Eric OWENS oder ein Interview mit dem »neurechten« Stefan ULBRICH vom ARUN-VERLAG. Dessen ideologieschwere Bücher, z.B. von Julius EVOLA, gehören zur spirituell unterfütterten Elitetheorie der Sigill-Redaktion um Stephan POCKRANDT. Dabei wird an die italienische Avantgarde und an das germanisch-keltischen Heidentum angeknüpft. Auch vor direkten Bezügen zum NS schreckt Sigill nicht zurück. So warben sie mit dem Bild der Wewelsburg und unter dem Namen »AHNENERBE KULTURZIRKEL« für ein Konzert in Dresden. Die Wewelsburg war die Ordensburg, das Ahnenerbe die Forschungsorganisation der SS. Durch die ausgesuchten Bands und die rechten Ideologiefragmente ist Sigill wohl derzeit das wichtigste Fanzine, um rechte Inhalte in die Gothic-Szene einzubringen.



lich klar raus, mit »Totenkopfarmee« und so....

A: Das erschreckende ist ihre »Mailorder«, so ein Katalog mit Büchern und Platten. Was da an Literatur geboten wird ist an der Grenze vorbei. Völlig indiskutabel, eindeutig rechtsradikale Literatur. Wenn da jetzt gleichzeitig Platten von uns angeboten werden würden, würde ich mich ganz vehement dagegen wehren. Ich hoffe, daß das auch unsere Kollegen tun werden.

E: Viele Bands sind schon hellhörig geworden und beliefern diese Verlage nicht mehr. Die Reaktion der Musiker, der DJs und Journalisten aus der Szene, die ich mitbekommen habe, ist eindeutig. Ich würde mal sagen, 99 % distanzieren sich absolut von diesen Versuchen der Rechten, die Szene für sich zu vereinnahmen.

AIB: Wie werdet Ihr selber Euch in Zukunft verhalten?

A: Natürlich wachbleiben. Alle Vorwürfe parieren und natürlich informieren. Ich möchte nicht unbedingt, daß ich in einer dieser Fanzines als Leitfigur der Gruftszene hingestellt werde, was anderen schon passiert ist. Man muß auch vorsichtig sein, wem man eigentlich ein Interview gibt. Man hat natürlich nicht die Chance, sich über hunderte von Fanzines zu informieren – ich bin da natürlich angewiesen auf Informationen meines Labels und anderer Leute. Ja, und natürlich klare Aussagen, und Standpunkte beziehen. Man kann nicht jedem Versand erlauben, Platten von »DL« zu vertreiben. Also muß man Kataloge duchgucken. Dann muß man eindeutig reagieren, wenn Literatur oder Platten von dubiosen oder eindeutig rechten Leuten angeboten werden.

AIB: Haben die Leute vom Musikbusiness eine Mitverantwortung für rechte Tendenzen? Ist es denen egal, welche Sachen sie veröffentlichen, Hauptsache, sie verkaufen sich?

»...man muß wachbleiben, klare Aussagen, und Standpunkte beziehen...«

A: Es gibt Labels die auch zweifelhafte Sachen veröffentlichen. Diejenigen, die ich kenne, sind da sehr vorsichtig und haben auch Stellung bezogen. Man hat das gesehen an dem Boykottaufruf nach der »Junge Freiheit«-Anzeige in der Zillo, wo sich alle Labels...

E: ...da haben sofort alle Labels auf der Matte gestanden...

A: ... auch DJs und Journalisten. Das war in dem Zeitraum, wo ich durch Deutschland gefahren bin und Interviews für die neue Lakaien-Platte gegeben habe. Ich habe gemerkt, daß die Journalisten und Fanzine-Schreiber sehr deutlich und positiv reagiert haben: Daß eine Rechtstendenz überhaupt nicht in Frage kommt und man dagegen arbeiten muß. Und auch Leute zur Rede stellen, die dafür verantwortlich sind. Wenn die Zillo nicht in nächster Zeit Klarheit schafft schneidet sie sich da ins eigene Fleisch. Ich glaube, die Mehrheit der Leserschaft, wie die überwiegende Mehrheit der Künstler und Medienleute...

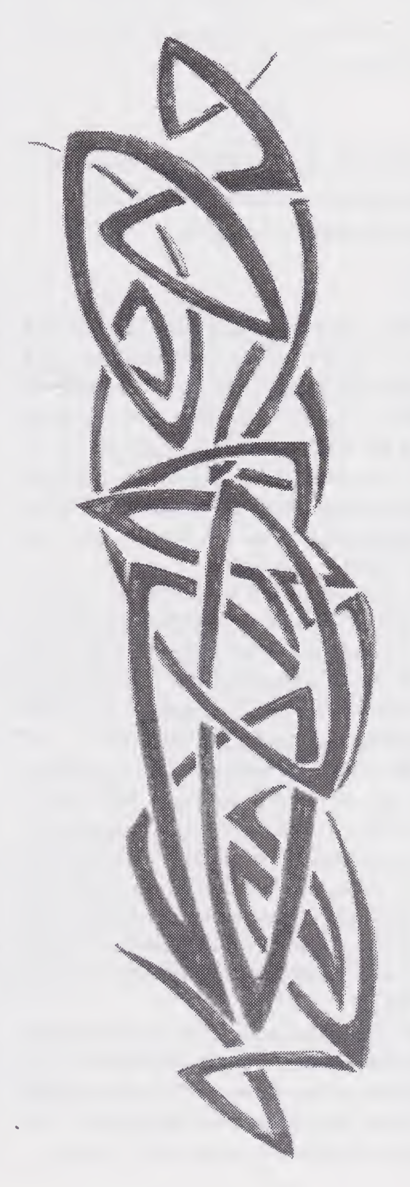
E: ...und die Mehrheit der Redaktion!

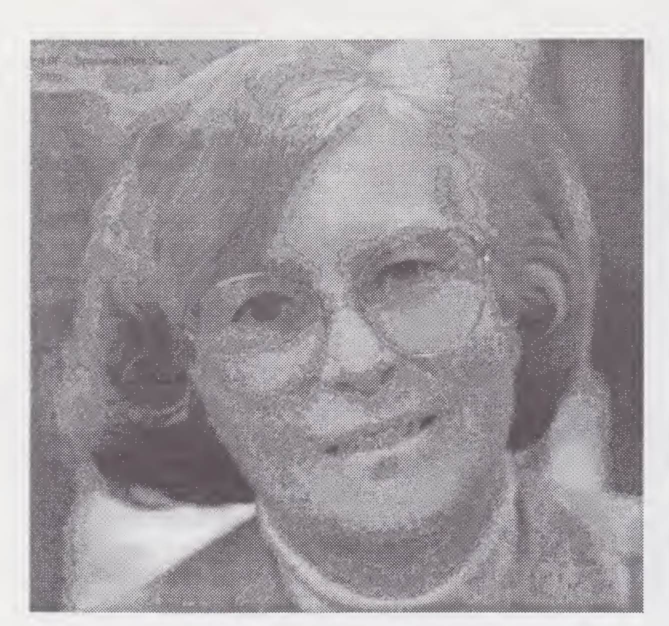
A: ...war da auch sehr entrüstet. Ich denke, daß das sehr schnell wieder ins Lot gerät und keine Gefahr besteht, daß sich die Leute aus der JF da reinbohren können.

AIB: Wie gehts mit »Deine Lakaien« weiter?

A: Wir haben im Februar eine CD »Winter Fisch Testeron« herausgebracht. Nach der Tour im März gibts Konzerte in Europa, im Sommer ein paar Festivals – ansonsten keine weiteren Pläne.

AIB: Danke für das Gespräch. ■





»Wir brauchen eine Emanzipation von der Emanzipation«

Seit einigen Jahren erlebt die in ultrarechten Kreisen aktive Psychagogin Christa Meves ein Come Back und bekämpft bevorzugt die Errungenschaften der neuen Frauenbewegung.

Mai 1996: Rund 80 ZuhörerInnen haben sich im Gemeindesaal der Bremer Martini-Kirche eingefunden, um der 71jährigen Christa Meves zu lauschen und zu applaudieren. »*Halten Sie Ihre Kinder davon ab, die Diskothek zu besuchen*«, ruft die geübte Rednerin und Demagogin im beschwörenden Tonfall ins Publikum, und erntet beifälliges Raunen.

Pfarrer der Gemeinde ist JENS MOTSCHMANN, der ebenso wie seine Frau und Bremer stellvertretende CDU-Vorsitzende ELISABETH MOTSCHMANN und seine Brüder Klaus und Bernd in der Evangelischen Notgemeinschaft in Deutschland (ENID) aktiv ist.

Die ENID gehört zu einem Konglomerat ultrarechter Organisationen, die sich besonders in den 70er und 80er Jahren durch einen verbal-militanten Antikommunismus auszeichneten und den »modernistischen Pluralismus« der Kirchen kritisiert. (Zur ENiD siehe Antifa-Infoblatt Nr.30)

Auf ca. 2500 Vorträge hat es Meves bereits gebracht, durchschnittlich drei pro Woche, bei dem das Veranstalterspektrum vom Deutschen Roten Kreuz über das Studienzentrum Weikersheim bis zu JÜRGEN RIEGERS Artgemeinschaft denkbar weit gefächert ist. Sie ist Mitherausgeberin des Rheinischen Merkur – Christ und Welt und ständige Mitarbeiterin des Deutschlandmagazins (DM), das monatlich ein Publikum rechts von und in der CDU/CSU bedient.

Getragen wird das DM von der Deutschlandstiftung, die seit 1969 den Konrad-Adenauer-Preis vergibt. Erster Preisträger war ARMIN MOHLER, es folgten u.a. GERD-KLAUS KALTENBRUNNER, Meves und 1994 HELMUT KOHL, der allerdings laut der Zeitschrift Nation und Europa dafür verlangte, den Scharfmacher und langjährigen Moderator des ZDF-Magazins GERHARD LÖWENTHAL aus den Strukturen der Stiftung und Zeitschrift zu entfernen.

Mit über 4 Millionen verkauften Exemplaren ihrer über 70 Buchtitel ist Meves eine der erfolgreichsten Sachbuchautorinnen in Deutschland. Über 3 Millionen Exemplare legte der katholische Herder-Verlag auf. Am bekanntesten wurde ihr mittlerweile in der 35. Auflage erscheinendes »Ehe-Alphabet«, in der sie über weibliche Sexualität schreibt, daß »der Orgasmus der Frau ... Rückschritt in die infantile Sexualität« sei.

Meves Gedankengebäude ist denkbar simpel: Kinder müssen »nach dem Gesetz der Brutpflege« erzogen werden und »muttersatt« sein, denn »ungepflegt oder biologisch falsch gepflegt, unerzogen oder falsch erzogen kann der Mensch entarten.« Frauen gehören an Heim und Herd, die »Schöpfungsordnung ... nach eigener Maßgabe umzumodeln bedeutet Verfall und Untergang des so handelnden Volkes.«

Meves' Texte bieten Sexismus pur. Frauen seien nicht nur körperlich, sondern auch geistig das schwache Geschlecht, für die »Brutpflege« vorprogrammiert und besäßen eine »eingeborenen Dienstwilligkeit«.

Ihre höchste Sinnerfüllung sei die »freiwillige Hingabe, ihre Selbstaufgabe an den geliebten Mann«. Um den drohenden Untergang des deutschen Volkes aufzuhalten fordert Meves ein staatliches Müttergehalt und die Erhebung der Mütter zum höchsten Stand des Volkes, was sie bereits 1978 in HERBERT GRUHLS »Grünen Manifest« formulierte.

Meves fordert den starken elitären Staat in einer hierarchischen Gesellschaft mit Rangkennzeichnung, denn »bereits an den Rangsystemen im Tierkollektiv läßt sich ablesen, daß sie eine sinnvolle Funktion haben« und ein »optimales Prinzip zur Erhaltung einer Art« seien.

Diskotheken sollten verboten und Berufsverbote verhängt werden, um die bereits durch den »Niedergang der Familie« arbeitsunlustige und kranke Jugend zu schützen. »Hysterie« lautet folgerichtig die zweithäufigste Diagnose in ihrer Praxis für Kinder- und Jugendliche, die sie seit 1962 in Uelzen betreibt und in der sie von sich behauptet, »vielen Mädchen (dabei geholfen zu haben), die technisierte, intellektualisierte und sexualisierte Lebenswelt als eine Gefahr für ihre Seele (zu erkennen)«. Vom Jugendgericht für kompetent befunden, erstellte sie zahlreiche unabhängige Gutachten.

Bevorzugtes Feindbild ist die Neue Frauenbewegung, gegen die Meves wortgewaltige Haßtiraden fährt: Der Feminismus habe die Frau häßlich gemacht und »ihren inneren Hang zur Machtanmaßung und spitzzüngigen Rechthaberei« zutage gefördert. Die Angst, sich diesem Zeitgeist zu widersetzen, »läßt den Geist der Frau zu rotierenden Brandbomben entarten«.

Nachdem es ab Mitte der 80er Jahre trotz ihrer vielen Aktivitäten, insbesondere in sogenannten Lebensschutzorganisationen in der Öffentlichkeit still um sie geworden war, erlebte sie nach der Wiedervereinigung ein Come Back: Nicht nur der zu guten Zeiten ca. 6000 Mitglieder zählende Christa-Meves-Freundeskreis wurde wiederbelebt und von Herder ein Jubiläums-

band mit ihren meistbeachtesten Aufsätzen herausgebracht, sondern Texte von ihr werden neuerdings auch außerhalb des Religionsunterrichts in Abiturklausuren zur Diskussion gestellt, wie jüngst in Hessen und Brandenburg geschehen. Die Junge Freiheit unterstützte Meves durch einen Kommentar in der Startausgabe zur Wochenzeitung und erregte Aufsehen mit ihrer Forderung nach einem Mütter-Diplom.

Sie ist Kuratoriumsmitglied des Ende 1991 gegründeten Fördervereins »Konservative Kultur und Bildung«, kurz »Konservatives Büro« genannt, dessen Ziel »eine Art Agentur im Dienst der Rekonstruktion konservativer Ideale und Strukturen« ist. Neben Meves bieten dort Gerhard Löwenthal, der Ex-REPler KARL STEINBRUCH, der Großaktionär und Criticón-Herausgeber CASPAR VON SCHRENCK-NOTZING und der langjährige CSU-MdB HANS GRAF HUYN »Service-Leistungen für Multiplikatoren« und Referentendienste an. Das »Konservative Büro« unterstützt gemeinsam mit der Ulmer Europäischen Ärzteaktion von Deutschland aus die militante Schweizer Sekte »Verein zur Förderung der psychologischen Menschenkenntnis« (VPM), mit der sie seit 1993 jährlich im September einen großangelegten Kongreß »Mut zur Ethik« organisieren. Ehrenvorsitzender dieser »Europäischen Arbeitsgemeinschaft Mut zur Ethik« ist Gerhard Löwenthal.

Meves fundamental-christliches Frauenbild findet in vielen Theorieorganen und programmatischen Aussagen neurechter Parteien und Gruppierungen seine Entsprechung[1]. Auch bei den »Christdemokraten für das Leben« (CDL), einer 1985 innerhalb der CDU/CSU gegründete Initiative, finden Meves Thesen, die sie hier in Vorträgen referiert, Anklang.

Besonders während der Debatten um den § 218 war in den letzten Jahren der Übergang von wertkonservativen Anschauungen zu rechtsextremen Positionen fließend. Beispielsweise forderte die Familienministerin und CDL-Mitglied Claudia Nolte 1990 im CDL-Organ »Leitbild« eine Bestrafung für Abtreibung, die in der Ableistung eines sozialen Jahres im Krankenhaus bestehen soll.

Interessanterweise sah Meves 1987 in einem Gespräch, wenngleich »ideologisch überfrachtet«, aber doch auch »bei den Grünen ... ein wenig neue Mütterlichkeit auf(schimmern)«. Im Blick hatte sie das Mütter-Manifest der Grünen und die Positionen Erlers.

> sind Sie auch so gut durch den Winter gekommen wie ich? Sind Sie auch so voller Schaffenskraft? Ich ziehe nun wieder von Vortrag zu Vortrag durch die Lande, und mehr denn je bin ich davon überzeugt, daß das nötig ist; denn immer weiter klafft die Schere auseinander zwischen gewissermaßen erlaubten Meinungen innerhalb der Öffentlichkeit und dem Unterdrücken von heilsamer Wahrheit.
>
> Sich für diesen Stand ohne Lobby einzusetzen – das bedeutet, sich für unser aller Zukunft einzusetzen. Weder mit «rechts» noch mit «konservativ» hat das etwas zu tun, sondern mit Wissen auf dem Boden von Praxiserfahrung. Aus ihr lassen sich ebenfalls stichhaltige Gründe für die Wahrheit des Christentums ableiten – für das Heil durch die Liebe in einer Welt der verrohenden Entsittlichung, die unendliches Elend produziert. Deshalb kann es für mich keinen Ruhestand geben.

Für die Neue Rechte ist Meves' große Popularität in der Öffentlichkeit entscheidend. Mit einfachen Worten, drastischen Beispielen und ihrer scheinbaren Glaubwürdigkeit als frei praktizierende Psychagogin trägt sie neurechtes Gedankengut in Bevölkerungskreise, die sonst nicht erreicht werden könnten. Dazu kommt ihre Bereitschaft, sowohl in Talkshows ihre Meinung zu vertreten, als auch vor einem über das konservative Spektrum nach rechts hinausgehenden Publikum zu sprechen oder dafür zu schreiben. Letztere Aktivitäten scheinen kein Hindernis zu sein, mit Ehrungen und Medaillen bedacht zu werden. Gerät sie aufgrund ihrer Verbindungen ins rechtsextreme Lager in die Schlagzeilen, wie zum Beispiel durch das Buch »Vorsicht Lebensschützer!« oder den 1993 gesendeten Radiobeitrag von Elke Amberg im Bayerischen Rundfunk, (wo so unangenehme Details wie zwei Vorträge von Meves für Jürgen Riegers Gesellschaft für Neue Anthropologie in den 70er Jahren oder ein Interview, das sie GERHARD FREYS Nationalzeitung gab, öffentlich gemacht wurden) so verwertet sie dies, um sich als Opfer einer angeblich linken Medienmafia zu präsentieren. Mit Stasimethoden würden rufmörderische Verleumdungen verbreitet, schrieb Meves in einem Kommentar für den Münchner Merkur im Februar 1993 über die Affäre. Angeblich 16 Falschaussagen befänden sich in dem dreiseitigen Abschnitt, gegen die sie jedoch aus zeitlichen Gründen nicht vorgehe.

In der Fachwelt fand Meves mit ihrem »praxisnahen, empirischen Ansatz« bisher wenig Anklang. In Regierungskreisen jedoch scheint das anders zu sein: Bundeskanzler Kohl bestellte sie zu einer Audienz und ließ sich in einem langen Gespräch persönlich beraten. Die aktuelle Besetzung des Ministeriums für Jugend, Frauen und Familie mit der »Lebensschützerin« CLAUDIA NOLTE dürfte Meves wohl zufriedengestellt haben, nachdem ihre Vorgängerinnen ihre »CDU-Seele ausgekippt (haben) und zu kämpferischen Feministinnen geworden« seien. ■

1) Zwar vertritt Meves eine Mainstream-Position, aber dennoch darf nicht vergessen werden, daß selbst im christlichen neurechten Lager von Frauen auch kontrare Positionen vertreten werden.

Weitere Literatur:
Bamberg, Hans-Dieter: Die Deutschland-Stiftung e.V. Hain 1978
Efler, Ingolf und Reile, Holger (Hg.): VPM – Die Psychosekte, rororo 1995
Frauen gegen den § 218 (Hg.): Vorsicht »Lebensschützer«! Die Macht der organisierten Abtreibungsgegner, Konkret-Verl. 1991
Meves, Christa: Ehealphabet, Herder 1.Aufl. 1973
dies.: Kurswechsel. Aus Irrtümern Lernen, Herder 1992

Zwangsprostitution im Nationalsozialismus - Teil 3

Keine Anerkennung

Tabuisierung und Intoleranz bestimmen noch heute die Auseinandersetzung mit Zwangsprostitution. Auch mitinhaftierte Frauen waren oftmals in ihren Meinungen geprägt durch gesellschaftliche Vorurteile mit teilweise krassen Stellungnahmen, die aber trotzdem nicht verschwiegen werden sollen. Schließlich berichten wir im letzten Teil unserer dreiteiligen Serie über die Nichtanerkennung von Zwangsprostituierten als Verfolgte des Naziregimes.

Die Frauen seien selbst an ihrem Schicksal Schuld gewesen, unterstellen ihnen weibliche Mithäftlinge. Für die Prostitution seien nur Frauen ausgesucht worden, die schon vorher als solche gearbeitet hätten. Daß Selektionen zwangsweise stattfanden war scheinbar kein Thema: *»Aus dem Nachlaß der Vergasten von Auschwitz erhielten diese Frauen Seidenwäsche und gute Kleider, Seifen und Parfüms. Natürlich erlag manche Kriminelle diesen Verlockungen, und die SS hatte nie Nachschubschwierigkeiten.«*[1]

Die mit dem schwarzen Winkel[2] hätten auch nach ihrer Zeit im Lagerbordell als Prostituierte weitergearbeitet, also wäre an dem schwarzen Winkel schon was dran gewesen, sagen manche. Sogenannte »Bettpolitische«, d.h. Frauen, die aufgrund von »Rassenschande« verhaftet worden waren, seien doch keine politischen Häftlinge gewesen. Und mit den »Asozialen« hätte frau sowieso nichts zu tun haben wollen[3].

Die Katholikin Nanda Hebermann, Blockälteste im Ravensbrücker sogenannten »Dirnenblock« schildert in drastischer Sprache ihre Meinung: *»Es waren meist alte und junge Dirnen, von siebzehn bis zu siebzig Jahren. Man kann es sich nicht vorstellen, was das heißt, diese zum Teil völlig verderbten Menschen in Schach zu halten und zu betreuen. (...) Dazu kamen der Unfriede, der Haß die Eifersucht und die Mißgunst, die gegenseitigen Verleumdungen und Beschimpfungen übelster Art. Leider ging es bei diesen teils minderwertigen Naturen oft bis zum Verrat.«*[4]. Diese krasse Stellungnahme ist zwar nicht repräsentativ, aber sie zeigt, wie tief die sozialen und gesellschaftlichen Vorurteile im Denken und Handeln auch der mitgefangenen Frauen verankert waren (und sind). Da wundert es nicht, daß die wenigen noch lebenden, betroffenen Frauen bis heute nicht über die an ihnen verübten Verbrechen reden.

Die positive Äußerung der politischen Gefangenen Irma Trksak stellt eine wohltuende Ausnahme dar: *»Das waren prima Frauen, prima Kumpel – freundlich, kameradschaftlich, haben nichts verraten.«*[5]

Keine Anerkennung als Verfolgte des Naziregimes

Gesellschaftliche Vorurteile bestimmen auch heute die Nichtanerkennung Zwangsprostituierter als Verfolgte des Naziregimes. Die meisten erhalten bis heute keine Entschädigung, da Prostitution damals wie heute nicht als Arbeit gilt und somit der Tatbestand der Zwangsarbeit nicht erfüllt sei. Oftmals mußten sie bei ihrem Versuch, Entschädigungsansprüche geltend zu machen, einen zweiten Leidensweg durchschreiten. Selbst vielfältige Widerstandsversuche von Zwangsprostituierten werden als solche nicht anerkannt. So versuchten Rumäninnen, Polinnen und Französinnen deutsche Soldaten absichtlich mit Geschlechtskrankheiten anzustecken, um sie außer Gefecht zu setzen[6]. Erst 1988 wurde in der BRD auf Druck der Verfolgtenverbände ein Bundeshärtefonds eingerichtet, der auch Verfolgten aufgrund »asozialen Verhaltens« eine geringe finanzielle Beihilfe gewährte.

Nach Christa Schulz wurden in der DDR Opfer nur anerkannt, wenn sie nachweislich aktiv im Widerstandskampf tätig gewesen waren oder aus »rassischen« Gründen verfolgt worden waren[7]. Für Zwangsprostituierte traf dies nicht zu.

Frau W. lebte nach der Befreiung in der DDR. Dort wurde sie als Opfer des Faschismus anerkannt. Nach ihrem Umzug in die BRD stellte sie einen Antrag auf Anerkennung als politisch Verfolgte nach dem Bundesentschädigungsgesetz. Dieser Antrag wurde mit der Begründung abgelehnt, sie sei aufgrund »asozialen Verhaltens« verhaftet worden und somit nicht politisch verfolgt. Nach jahrelangem, demütigendem Kampf verschwieg sie die Zwangsprostitution um weitere Diskriminierungen zu verhindern. Schließlich erhielt sie eine einmalige Zahlung als »Entschädigung«. Erst 1988 wurde ihr eine laufende finanzielle Unterstützung gewährt, die aufgrund einer Rentenerhöhung später wieder gestrichen wurde. Frau W. starb 1990 an einem Schlaganfall. Einen Tag nach ihrem Tod wurde ihr ein Bescheid zugestellt, daß ihr Widerspruch gegen diese Streichung abgewiesen worden sei[8].

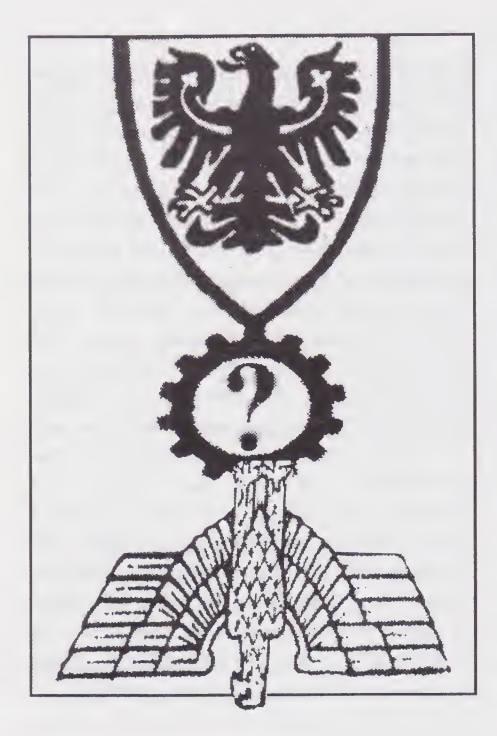
Frau B., als Zwangsprostituierte in Bergen-Belsen, zog nach dem Krieg nach Hamburg und lernte dort ihren späteren Mann kennen, mit dem sie 20 Jahre verheiratet war. Ihr Ehemann schlug sie und warf ihr vor, daß sie zu Recht im KZ gewesen sei. Erst 1991 hatte sie den Mut eine finanzielle Beihilfe zu beantragen. Diese wurde vom Bundeshärtefond gewährt. Im Herbst 1992 verstarb Frau B. nach schwerer Krankheit[9].

Eine Überlebende erhielt nach Jahren 5000 DM Entschädigung – für die Zwangssterilisation, die an ihr vorgenommen wurde, nicht für ihre Zwangsarbeit im Bordell. Seit damals hat die Frau, die im Sonderbau den Perversionen der SS-Aufseher ausgeliefert war, nie wieder einen Mann angefaßt. ■

---

1) Christa Paul: »Zwangsprostitution. Staatlich errichtete Bordelle im Nationalsozialismus.« Edition Hentrich 1994, S.88
2) Anmerkung: Der schwarze Winkel stand in der KZ-Struktur für »Asozial«, in der Lagerhierarchie eine niedrige Stufe. Wie schnell eine Frau im Nationalsozialismus zur »Asozialen« wurde, siehe Antifa-Infoblatt Nr. 33, S.23
3) Christa Schulz: »Weibliche Häftlinge aus Ravensbrück in Bordellen der Männerkonzentrationslager«. In: C.Füllberg-Stolberg u.a. (Hrg): »Frauen in Konzentrationslagern« Bergen-Belsen Ravensbrück. 1994, S. 140
4) ebd.
5) ebd.
6) Biermann, Pieke, Wir sind Frauen wie andere auch! Prostituierte und ihre Kämpfe. Reinbek 1980, S.105
7) Christa Schulz S. 146
8) Christa Paul S.57
9) Christa Paul S.48

Die Maulwurffunktion des Ostpreußenblattes



Das Ostpreußenblatt, Organ der Landsmannschaft Ostpreußen (LMO), ist eine zentrale Publikation im rechten Blätterwald. Sie ist mit nach eigener Angabe 50.000 AbonenntInnen die auflagenstärkste Veröffentlichung im Vertriebenenbereich. Die mit 200. 000 Exemplaren erscheinende Wochenzeitung widmet sich aber nicht ausschließlich den Anliegen der Vertriebenen. Ihr kommt eine Brückenfunktion zwischen Rechtskonservatismus und der extremen Rechten zu. Das inhaltliche Konzept der im April 1950 zum ersten Mal erschienenen Zeitung umfaßt mittlerweile auch die zentralen Themenbereiche des neonazistischen Lagers: von Revanchismus, Rassismus, Nationalismus bis zur Relativierung und Fälschung der Geschichte des Dritten Reiches.

So schreibt der neu-rechte Historiker Walter Post (Uni München) fröhlich neben dem ehemaligen Autor der Jungen Freiheit (JF) Markus Zehme, der durch seine rassistischen Artikel sattsam bekannt ist. Die inhaltliche Ausrichtung des Ostpreußenblattes sieht vor, nach allen Seiten des rechten Spektrums offen zu sein. Mit Erfolg. Neben Werbeanzeigen von rechtskonservativen Buchverlagen findet man hier auch die rechtsextremistischer Organisationen: Republikaner, Heimattreue Jugend, der Deutsche Bund etc. Mehrfach ist das Ostpreußenblatt wegen seiner Werbung für rechtsextremistische Organisationen in die Medien gelangt.

Tradition pflegen

Begriffe wie »*deutsches Volkstum*«, »*Treue*« und »*Ehre des Soldatentums*« oder »*die ruhmvolle Ära des Kaiserreichs*«, gehören zum regulären Vokabular. Aber auch die »*verlorenen Gebiete*« werden neben den ständigen gegen die polnische Regierung gerichteten Beleidigungen schon mal ideologisch zurückgeholt. So heißt es in einer Artikelserie über den Wiederaufbau der »*Hauptstadt Königsberg*« und die Wiederherstellung der Infrastruktur Ostpreußens bei Eleonore Kutschke: »*Als 1988 Saalfeld von der polnischen Verwaltung wieder Stadtrechte erhielt, (...) kamen Stimmen auf, daß es schön wäre, die Häuser der Altstadt zu rekonstruieren.*« Unter dem Deckmantel der »*Pflege des deutschen Kulturgutes*« wird eine erneute Ostkolonisation betrieben. Und weiter heißt es: »*Das erste Haus steht bereits. Es (...) warten noch etliche Parzellen (Grundstücke) auf bereitwillige Bauherren.*«

Innerhalb des Bereiches Revanchismus bestehen in der Argumentation Parallelen zur extremen Rechten. Die Vertreibungsgeschichte im ehemaligen Jugoslawien wird von den Vertriebenverbänden als Kernaussage zur Aktualität ihrer eigenen Politik stilisiert. In einem Artikel von Michael Paulwitz über den »*Sieg Kroatiens über die Serben*« wird eine Verbindung zur deutschen Vertreibungsgeschichte gezogen. » *(...) eine Ansiedlung von Vertriebenen aus anderen Landesteilen, (...) käme einer unterschiedslosen Enteignung gleich.*« » *(...) die Verbitterung sitzt tief bei vielen Vertriebenen, (...) denen die Leiden (...) noch frisch im Gedächtnis sitzen.*« Dieses Bild der Vertreibung und des darauffolgenden Krieges wird wiederum in der extremen Rechten mit dem Punkt der »*nicht gesellschaftsfähigen Durchrassung*«, die »*natürlicher Weise*« Haß hervorruft, weitergesponnen.

Doch die Konzeption des Ostpreußenblattes ist nicht nur auf ideologische Arbeit innerhalb des rechten Spektrums ausgerichtet. Die Zeitung ist ein Scharnier zwischen den Interessen der Bundesregierung und den Aktivitäten der Vertriebenverbände. In den verschiedenen Arbeitsgemeinschaften und Zusammenschlüssen werden Gelder der Landsmannschaften aus dem Bundeshaushalt für konkrete Projekte zur Wühlarbeit verwendet. 1991 noch kassierte das Ostpreußenblatt Gelder in Höhe von 18.580 DM aus dem Bundeshaushalt. Insgesamt wurden vom Bund für den gesamten Vertriebenenbereich bis zum 31. März 1996 rund 1, 43 Milliarden Mark bereitgestellt. So ist es auch nicht verwunderlich, daß es in einigen Fällen eine personelle Überschneidung gibt. Zum Beispiel im »Berliner Landesverband der Vertriebenen« (BLV), der Zusammenschluß sämtlicher Lanndsmannschaften in Berlin, werden Veranstaltungen nicht selten mit der Bundeszentrale für politische Bildung abgehalten.

Vom Scheitel bis zur Sohle antikommunistisch

Der Antikommunismus gehört auch zum Selbstverständnis des Ostpreußenblattes. Bei Harry Poley heißt es hier carakteristisch: die Blutspur der Roten Armee dürfe nicht verschwiegen werden, weil das mit einer Schmähung der Soldaten der Wehrmacht einhergehe. Geredet wird in diesem Fall ausschließlich von den »*Massenerschießungen von Titos Partisanen*« oder den »*Mädchen und Frauen (...), die als Sklavenarbeiter in die Sowjetunion verschleppt wurden.*« Der Antikommunismus beinhaltet hier durch das Ausklammern historischer Vorgänge eine massive Geschichtsfälschung. Doch es geht auch noch anders. Durch das Anzweifeln bestimmter Fakten wird der Geschichtsfälschung eine andere Dimension verliehen. Walter Post erbringt hierzu »*den indizienreichen Nachweis, daß die sowjetischen Truppen im Frühsommer 1941 plangemäß zu einem Überfall auf das Reich bereitgestellt waren (...)*«.

Unter der Rubrik »*Aus den Heimatkreisen*« gibt es ständige Berichte von den Aktivitäten der LM Ostpreußen im ehemaligen



Chefredakteur Horst Stein

»Heimatland«. Wenn dann, wie im April 96 geschehen, eine »HORST-WESSEL-SCHULE« in *»Königsberg«* gegründet wird, bedarf die *»Landsmannschaftliche Arbeit«* keiner weiteren Erklärung.

Neben den verschiedenen Freizeitangeboten in den Heimatkreisgemeinschaften und den Reiseangeboten in das *»Heimatland«* gibt es im Ostpreußenblatt auch verschiedene Funktionäre, die in das kolonialisierende Reisegeschäft verstrickt sind. So z.B. Hans-Joachim WOLF, Landesvorsitzender der LMO in Berlin und Geschäftsführer der WGR-Reisen. Zusammen mit der West- und Ostpreußengruppe »WINDHUK« lädt er im Januar 96 *»zur Pflege des ostdeutschen Kulturgutes«* nach Südafrika ein, um den *»Reiz der deutschen Kolonialzeit«* nachzuempfinden. Mit *»Reiz«* ist hier die Geschichte Windhuks am Anfang des 20. Jhdts. gemeint, in dem die Schutztruppen des Kaisers den Genozid an den Hereros begingen.

Ein Brei von Autoren ergibt das klare Konzept

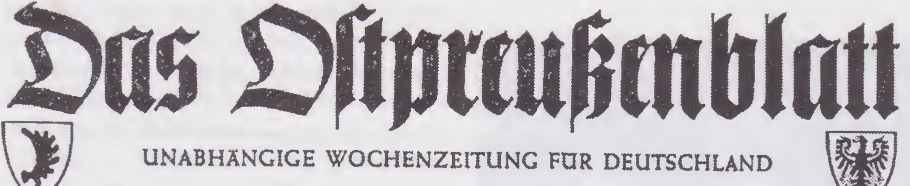
Nicht nur zu den blutigen Kapiteln der Geschichte gibt es klare Aussagen des Redaktionsstabes, zu aktuellen Themenbereichen, wie dem Streit um die »Propyläen-Geschichte Deutschlands« von dem neurechten Historiker Karlheinz WEIßMANN, der hart an der Grenze der Holocaust-Leugnung vorbeischliddert, nimmt das Ospreußenblatt auch eindeutig Stellung. In einer fast monumentalen Artikelserie von Olaf HÜRTGEN wird die Unschuldigkeit Weißmanns vor den sogenannten *»Gesinnungshütern«* aufgedeckt. Die Palette der rechten Autoren ist weit gefächert und ergibt letztenendes ein klares Bild über die Zielrichtung des Ostpreußenblattes: Manfred BRUNNER (BFB), Fritjof BERG, Martin SCHMIDT (JF), Reinhard UHLE-WETTLER oder Alfred SCHICKEL (ZFI) sind nur einige, die mit Artikeln wie *»nationales EU-Verständnis«*, *»Aufbau Königsbergs«* oder zur *»Kriegsschuldfrage«* die Stoßrichtung erläutern.

Die Frauen und die Soldaten

Ein wesentlicher Punkt des weltanschaulichen Verständnisses des Redaktionsstabes macht sich auch an ihrer erzkonservativen »Heimchen- und Herd-Politik« fest. Die Rolle der Frau im Ostpreußenblatt ist ausschließlich auf Bereiche wie Mode, Familie, Unterhaltung und Tips zur Führung des Haushaltes festgelegt. Daß hinzu eine große Zahl der Autoren im Ostpreußenblatt ehemalige Generäle oder ehemalige Bundeswehrsoldaten sind, gibt ein scharfes Bild von dem Rollenverständnis.

»hart und unermüdlich am Aufbau Deutschlands arbeiten«

Daß das Ostpreußenblatt wegen der Auflagenstärke und der gesellschaftlichen Verankerung mittlerweile ein bedeutender politischer Faktor geworden ist, der bestimmte Diskussionsprozesse lenkt und in Gang setzt, ist auch an den außenpolitischen Forderungen zu bemerken, die in immer aggressiveren Tönen gestellt werden. So zum Beispiel von Paul LATUSSEK, stellvertretender Vorsitzender des BdV und Autor im rechtsextremistischen Monatsheft NATION UND EUROPA: *»Polnische Politik wird erst dann europäischen Ansprüchen genügen können, wenn (...) Deutsche (...) in ihrer Heimat Schlesien, Ost- und Westpreußen oder Pommern auch als Deutsche leben können.«* Einer Aufnahme Polens in die EU müsse eine offizielle Entschuldigung und Eigentumsentschädigung vorangehen. Der Revanchismus, der Nationalchauvinismus, der Militarismus und die Geschichtsklitterung; kurz: die Ziele, die hier immer offener vertreten werden, gehören einer bekannten Tradition an, sind bis jetzt aber kaum gesellschaftlich geächtet worden. Sogar Bundespräsident HERZOG bescheinigt den Vertriebenverbänden ihre einwandfreie *»seriöse«* Arbeit. Der im August 1950 festgelegte *»Verzicht auf Rache und Vergeltung«* in der *»Charta der Heimatvertriebenen«* wird nicht im Ansatz eingehalten, sondern mit fadenscheinigen Begründungen ständig unterlaufen. Bestes Beispiel hierfür sind die Maulwurfaktivitäten des Ostpreußenblattes. Denn trotz des Versuchs, durch das erneuerte Layout den Inhalt des Ostpreußenblattes attraktiver zu machen, zu dem Dieter STEIN, Chefredakteur der JF, *»Gratulationswünsche an die ganze (...) Redaktion des Ostpreußenblattes«* ausrichten ließ, läßt sich die Aggresivität der Artikel nicht überlesen. Der alte Versuch, den Wolf im Schafspelz zu verkaufen. ■



Redaktionsstab des Ostpreußenblattes:

»(...) Sitte und Brauchtum wahren (...)«, »nach Programmen für die Heimat im Osten Deutschlands fragen«
Horst STEIN (Chefredakteur), vormals Redakteur der WELT, Mitglied der »STAATS- UND WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN GESELLSCHAFT«

»(...) das Hohelied der Herrschaftsstruktur der Gegenwart kennt nur den Begriff Volk (...)«
Peter FISCHER (Politik / Zeitgeschehen), Mitglied der »STAATS- UND WIRTSCHAFTSPOLITISCHEN GESELLSCHAFT«

»Eine neue Schwemme von Asylbewerbern (...) drängt die verantwortungsvollen Kräfte in unserem Land zu rechtzeitigem Widerstand.«
Hans HECKEL (Politik / Zeitgeschehen), vormals Mitglied in der mittlerweile verbotenen rechtsextremen »GRUPPE 146«, 1991 Pressesprecher der »DEUTSCHEN BURSCHENSCHAFT«, Mitglied in der Burschenschaft Holzminda Göttingen

»(...) der deutsche Soldat hat in unvergleichlichem Maße unter bedingungloser Selbstaufopferung für dieses Volk und Vaterland geblutet.«
Joachim WEBER (Politik, Zeitgeschehen)

»Wohl kaum eine Frau, die nicht (...) die Traumfiguren der Mannequins bestaunt.«
Silke OSMAN (Kultur, Unterhaltung, Frauenseite)

Hartmut SYSKOWSKY (Geschichte, Landeskunde)

Maike MATTERN, Barbara PLAGA (Heimatkreise, Aktuelles, Gruppen)

Ruth GEEDE (Die Ostpreußische Familie)

des weiteren:
Martin SCHÜTZ (Berlin), Eleonore KUTSCHKE (Allenstein/Stettin), Wilhelm NESCHKEIT (Königsberg), Alfred VON ARNETH (Wien/Bozen), Jürgen MATHUS (Bonn)

Heidelberg Maisingen 96, so unpolitisch wie noch nie?

Seit Jahren kommen antifaschistische und fortschrittlich denkende Menschen in der Nacht zum 1. Mai auf den Marktplatz zum traditionellen Heidelberger Maiansingen um zu zeigen, was sie von der »*Begrüßung der Stadt Heidelberg durch ihre Farbenstudenten*« halten. »Der Mai ist gekommen« und die Nationalhymne in allen 3.Strophen (die ausdrücklich von Burschenschaften gutgeheißen werden), gingen in den letzten Jahren in gellenden Pfeifkonzerten unter. So trauten sich trotz immer größerem Schutzaufgebot der Polizei immer weniger Burschen offen zu singen.

Im vergangenen Jahr wurde das Maisingen erstmals von der BURSCHENSCHAFT NORMANNIA ausgerichtet, die TeilnehmerInnenzahl belief sich auf ganze 15-20 Personen. Aufgrund der Absage der BURSCHENSCHAFT ALLEMANNIA, die in den Jahren zuvor das Maisingen organisiert hatte, schien sich das rechte Profilierungsfeld für die ultrarechte Normannia aufzutun. Erst jüngst fanden sich Anzeigen der Normannia im Anzeigenteil der rechten Wochenzeitung JUNGE FREIHEIT (JF), in denen die »*nationale Studentenverbindung*« um neue deutsche Mitglieder wirbt. Einige Normannen dürften ja größere Polizeiaufgebote und abgeschirmte DemonstrantInnen von rechten Aufmärschen und Treffen der REPUBLIKANER, an denen sie teilgenommen haben, gewohnt sein.

Auch die Tatsache, daß einige Normannen im vergangenen Jahr den Heimweg mit erheblichen Blessuren und Beulen antreten durften, hielt sie diesmal nicht davon ab, erneut zu mobilisieren. Was sich dann gegen Mitternacht am 30.April 96 vom Haus der Normannen am Schloßberg auf den Weg machte, entlarvt die 100jährige Tradition als braunes Spektakel. Mitglieder der »DEUTSCHEN GILDENSCHAFTEN«, deren prominentestes Mitglied Ernst ANRICH bereits in der NSDAP unter Himmler, Heydrich und Frank zu Ehren kam, befanden sich darunter. Die beiden Mitglieder der Gilde »Balmung« Dieter STEIN (Chefredakteur der JF) und Martin SCHMIDT, bekleideten 1991 die Rolle des örtlichen Sprechers. Weiter im Verbund auf dem Weg zum Platz vor dem Rathaus: zahlreiche Mitglieder der Burschenschaft Normannia, die unter anderem Mitglieder der Republikaner und der EUROPA BURSCHENSCHAFT ARMINIA ZÜRICH ZU HEIDELBERG zu den ihren zählen dürfen. Die Tradition dieser Verbindung zieht in den letzten zwanzig Jahren ein braune Schleimspur durch die Heidelberger StudentInnenschaft. Als Kontaktadresse des »NATIONALDEMOKRATISCHEN HOCHSCHULBUNDES« (NHB) in den siebziger Jahren, über Kontakte zu rechtsextremen Gruppierungen wie den REPs, der Gruppe »LUST« und »FORUM 90« und zuletzt mit der Liste »FREIHEIT DER ANDERSDENKENDEN« zur Heidelberger Studi-Parlamentswahl 1995. Der bekannteste Rechte aus Kreisen der Normannia dürfte W. UNOLD sein, der unter anderem für die REPs zur Gemeinderatswahl 1994 kandidierte und gute Kontakte zu »Größen« wie M. DANGEL und zu Kreisen um die JF unterhält.



Rückzug mit Beulen, Nazi-Schläger am Rande des Heidelberger Maisingens '96

Neben vereinzelten Mitgliedern anderer Burschenschaften und Verbindungen fiel noch eine größere Gruppe junger Neonazis, teilweise Skinheads, auf. Unter ihnen u.a. Andreas GÄNGEL aus Karlsbad bei Bruchsal und Bernd WOLF (besser bekannt als SS-Bernd) und dessen Freundin.

Andreas Gängel kann getrost als Schnittstelle zwischen rechtsradikaler Skinheadszene und organisiertem militanten Neofaschismus für die Region Rhein/Neckar bis in den Kraichgau und in die Pfalz bezeichnet werden. Der von ihm betriebenene »ENDSIEG-VERSAND« belieferte Anfang der 90er die Naziszene bundesweit mit Totschlagmusik von STÖRKRAFT über TONSTÖRUNG bis hin zu FRANK RENNICKE. Neben seiner Mitgliedschaft in der 1992 verbotenen NATIONALISTISCHEN FRONT (NF) trieb er zu dieser Zeit die Erstellung der rechten Terror-Fahndungsliste »DER EINBLICK« voran. Er war es, der die gedruckten Broschüren mit über 250 Namen von AntifaschistInnen, JournalistInnen und Linken, aus der Druckerei des Altnazis Eberhard HEFENDEHL in Roding abholte. Gängel saß auf der Anklagebank im anschließenden »Einblick-Prozeß«, sein Fahrer bei diesem Prozess (Gängel hat keinen Führerschein), vermutlich Jürgen LUDWIG aus Karlsdorf bei Bruchsal, befand sich ebenfalls unter den Maisängern. Jürgen Ludwig übernahm den Endsieg-Versand von Gängel. Zahlreiche Hausdurchsungen und Verfahren hatten den braunen Handel vorrübergehend eingeschränkt. Der von Ludwig geführte »V88 VERSAND« versuchte als Nachfolger den breiten Nazi-Kundenkreis weiterhin, dem Motto getreu: » *Der Kampf geht weiter! Bis zum Tod!*« (Ludwig in einem Interview im Fanzine »HASS ATTACKE«) mit T-Shirts, Platten, CD's und Videoaufnahmen von ultrarechten Skinheads und Aufmärschen zu versorgen. Bernd WOLF ist stadtbekannter Nazi-Skinhead mit Kontakten zu Mitgliedern von Wehrsportgruppen

und ist mehrfach wegen Straftaten mit rechtsextremen und antisemitischen Hintergrund verurteilt.

Dieser, ca. 40-50 Personen umfassende braune Haufen, darunter sehr viele junge Frauen, fand sich denn auch dieses Jahr zum »unpolitischen Maisingen« auf dem Marktplatz ein. Anscheinend legen die Burschenschaftler großen Wert auf einen »offenen« Charakter, sind doch in der Regel Frauen bei ihnen ausgeschlossen und werden als »Zierrat« gehandelt. Unter der Begleitung von zwei Gitarrenspielern wurden unverfängliche Liedchen wie der »Der Mai ist gekommen« oder »Die Gedanken sind frei« geträllert. Wo einige mit ihren Gedanken waren, offenbarte sich am Rande der Ansammlung, protestierende AntifaschistInnen wurden aus dem Kreis der Burschen und Skins attackiert, Fotographen massiv angegriffen. Als sich die Angreifer mit Kopfschmerzen und Beulen zurückzogen, sahen sich sogar die Bullen gezwungen die austickenden Skins im Zaum zu halten. Ein Antifa wurde vorrübergehend festgenommen. Schon in den vergangenen Jahren bestimmte ein massives Polizeiaufgebot, ein ausgeleuchteter Marktplatz und mehrere Videokameras auf dem Balkon des Rathauses das Bild des 30. April. Das diesjährige Spektakel ging vergleichsweise ruhig über die Bühne, nur vereinzelt kam es zu Jagdszenen und flüchtenden Antifas. Im Verlauf des weiteren Abends wurde der Kreis um Gängel und Wolf in einer Seitenstraße gesichtet. Die Nazis flüchteten unter Prügel Hals über Kopf in eine nahegelegen Kneipe, flogen dort jedoch blitzschnell wieder raus und schafften nur mit einiger Mühe, den Weg zum Taxi, ohne weitere Prügel zu beziehen und verließen fluchartig die Stadt.

Ein aufschlussreicher Artikel von Kurt WOLF findet sich in der JF vom 10. Mai '96. Wortreich hetzt er gegen die antifaschistischen DemonstrantInnen, die sogar versucht hätten in den Garten der Normannia einzudringen. »*Armselig in Wortschatz und Zukunft; der Lauf der Zeit hat ihre kranken Konzepte zerrieben, Marx und Lenin sind tot.*«. Was die Polemik und Aufmachung angeht, ist der Artikel gut auf die nationalbraune LeserInnenschaft abgestimmt. Wie alleine die Heidelberger Burschenschaften stehen, zeigt, daß laut JF vom 10.Mai. 96, sogar Oberbürgermeisterin Beate Weber die Antifaschistischen Proteste unterstützt. Immerhin weiß der Autor relativ gut über die Geschehnisse der letzten Jahre Bescheid, offensichtlich werden in Kreisen der Heidelberger Burschenschaften auch linke Flugblätter aufmerksam gelesen. Der selbe Text kursiert auch im rechtextremen Computernetz »Thule«. ■

Die Autonome Antifa HD hat im Zusammenhang mit dem Maiansingen eine Materialsammlung erstellt, die gegen 2,- DM beim IL-Moskito, Alte Bergheimerstr. 7a, 69115 Heidelberg bezogen werden kann.

Baden-Württemberg

Reps auf dem Weg zur Volkspartei?

Damit hatte kaum jemand gerechnet: Satte 9,1 Prozent erzielten die REPs am 24. März 1996 bei den baden-württembergisch Landtagswahlen. Die Partei zieht mit fast unverminderter Stärke wieder (jetzt 14, 1992: 15 Abgeordneten) in den Stuttgarter Landtag ein . Damit ist einer rechtsradikalen Partei zum ersten Mal in der BRD-Geschichte der *WIEDER*einzug in ein Landesparlament gelungen.

Baden-Württemberg, neben Bayern traditionell das Bundesland mit der niedrigsten Arbeitslosenquote in der BRD, war schon bisher das Sahnehäubchen auf der parlamentarischen Landkarte der Rechtsradikalen. Im »Asylwahljahr« 1992 hatten die REPs hier ihren bisher größten Erfolg eingefahren (10,9 Prozent). Weitere 1,9 Prozent gingen damals an NPD und DEUTSCHE LIGA. An absoluten Stimmen haben die Rechtsradikalen gegenüber 1992 rund ein Viertel verloren: Damals bekamen REPs, NPD und DL insgesamt 606.000 Stimmen; diesmal waren es noch 437.000 Stimmen für die – inzwischen konkurrenzlosen – REPs. Schon bei der Bundestagswahl im Oktober 1994 erzielten die REPs in Baden-Württemberg ihr bestes Ergebnis: 3,3 Prozent (175.000 Stimmen). Bundesweit waren es damals nur 1,9 Prozent. Diese 175.000 Leute dürften den harten Kern der Rep-StammwählerInnen in Baden-Württemberg darstellen.

Von einigen wenigen Ausnahmen abgesehen, verloren die REPs flächendeckend relativ gleichmäßig (in den meisten Wahlkreisen ein Minus von ein bis zwei Prozent). Angesichts der außergewöhnlichen politischen Umstände von 1992 bedeutet das 1996er-Ergebnis zweifellos eine Stabilisierung des rechtsradikalen WählerInnenpotentials.

Die größten Erfolge erzielten die REPs bei den 1996er Landtagswahlen im »Speckgürtel« um Stuttgart – also in den Bezirken, die auch 1992 schon am »braunsten« waren. Die Hälfte der neuen Fraktion stammt aus Wahlkreisen im Stuttgarter Umland. Rekorde: 15,4 Prozent im Enzkreis (Nordschwarzwald), je 13,5 Prozent in Pforzheim und in Backnang. (In manchen kleinen Gemeinden bekamen die REPs über 20 Prozent). Das sind alles relativ wohlhabende Bezirke mit niedriger Arbeitslosigkeit. Auf den KandidatInnen-Listen der REPs wimmelt es nur so von Ärzten, Rechtsanwälten, Kaufleuten und Polizisten. Aber laut Meinungsforschungs-Umfragen hat die Partei auch unter Arbeitern abgesahnt, bei Männern deutlich mehr als bei Frauen. Also keine Partei der »Protestwähler« oder der »Modernisierungsverlierer«, wie manche SozialwissenschaftlerInnen unermüdlich behaupten, sondern eine echte Volkspartei mit Unterstützung aus allen sozialen Schichten.

Im Unterschied etwa zur DVU in Schleswig-Holstein (deren Landtagsfraktion nach 1992 völlig auseinanderfiel und die 1996 »nur« noch 4,3 Prozent bekam), schafften

es die baden-württembergischen REPs in den vergangenen Jahren erstaunlich gut, den eigenen Laden zusammen zu halten. Von den ursprünglich 15 Landtags-Abgeordneten ging nur einer »verloren« (er mußte zurücktreten, weil er beim Ladendiebstahl ertappt worden war; sein Nachrücker blieb »parteilos«). Den Konflikt um den früheren großen Vorsitzenden Schönhuber überstand die Landtagsfraktion so gut wie unbeschadet, auch wenn intern die Fetzen geflogen sein sollen. Mit den erheblichen Mitteln (Büros, Geld, Medien-Aufmerksamkeit) ihrer Landtagsfraktion konnten die REPs in ganz Baden-Württemberg ihre Strukturen aufbauen und stabilisieren. Die Partei konnte diesmal in allen 70 Wahlkreisen Kandidaten (fast nur Männer) aufstellen. Seit zwei Jahren sind die REPs auch in vielen Kreistagen und Kommunalparlamenten vertreten. Mit dem Wiedereinzug in den Landtag ist den baden-württembergischen REPs etwas gelungen, was noch keine andereRechtsaußen-Partei geschafft hat. Anfang der 50er Jahre wurde das Potential der Altnazi-Partei SRP (Sozialistische Reichspartei) von der CDU aufgesogen. Ende der 60er Jahre zog die NPD in sieben westdeutsche Landtage ein (schon damals mit Rekord-Ergebnis in Baden-Württemberg), flog aber überall nach einer Legislaturperiode wieder hinaus. Auch die rechtsradikalen Wahlerfolge der letzten zehn Jahre (REPs im Westberliner Abgeordnetenhaus, DVU in Bremen) hatten jeweils nur eine Legislaturperiode Bestand.

Baden-Württemberg hat sich so zur Hochburg der REPs entwickelt. In den 80er Jahren hatte die Partei in Bayern ihre stärkste Basis. Aber spätestens seit 1992 hat sich das »Machtzentrum« der REPs nach Stuttgart verschoben. Ausdruck davon war auch der Wechsel von Franz Schönhuber zu RolfSchlierer Ende 1994 an der Parteispitze. Der Landtags-Wahlerfolg dürfte dem REP-Bundesvorsitzenden und baden-württembergischen Fraktionsvorsitzenden Rolf Schlierer den Rücken stärken. Im Konkurrenzkampf mit anderen rechtsradikalen Wahl-Projekten orientiert der 41jährige Stuttgarter Arzt und Rechtsanwalt auf einen »Modernisierungs«-Kurs, der sich von anderen »altrechten« Wahlparteien (DVU, NPD, DL) absetzt – zumindest in der Öffentlichkeit. Der Vorzeige-Yuppie Schlierer hat allen Mitgliedern einen Parteiausschluß angedroht, die sich an sogenannten »Runden Tischen« beteiligen, in denen über rechtsradikale Sammlungsprojekte diskutiert wird und die vom Ex-Vorsitzenden Schönhuber gefördert werden.

Hinter den Kulissen haben freilich auch die angeblich so gemäßigten baden-württembergischen REPs enge Kontakte zu militanten Stiefel-Faschos. So traf sich die »Nummer zwei« der Partei, der Landesvorsitzende Christian KÄS (ebenfalls ein Rechtsanwalt aus Stuttgart), vor der Wahl mit 50 Neonazis in Karlsruhe. Der Tübinger Landtagsabgeordnete Karl-August SCHAAL ließ seine Plakate von Alois HOGH, einem einschlägig vorbestraften früheren Aktivisten der verbotenen FAP, kleben.

Im Wahlkampf betonten die REPs ihre »sozialpatriotischen« Themen: »*Rettet die DM*«, »*Verbrechensbekämpfung*« und »*niedrigere Steuern*« wurden gefordert – Parolen, die sich übrigens kaum von den FDP-Rechten (»LIBERALE OFFENSIVE«) um Alexander von Stahl unterscheiden. Daneben wurden aber auch Arbeits- und Obdachlosigkeit (bei Deutschen) verurteilt.

Offene Ausländer- und Asylhetze blieb dagegen eher im Hintergrund.

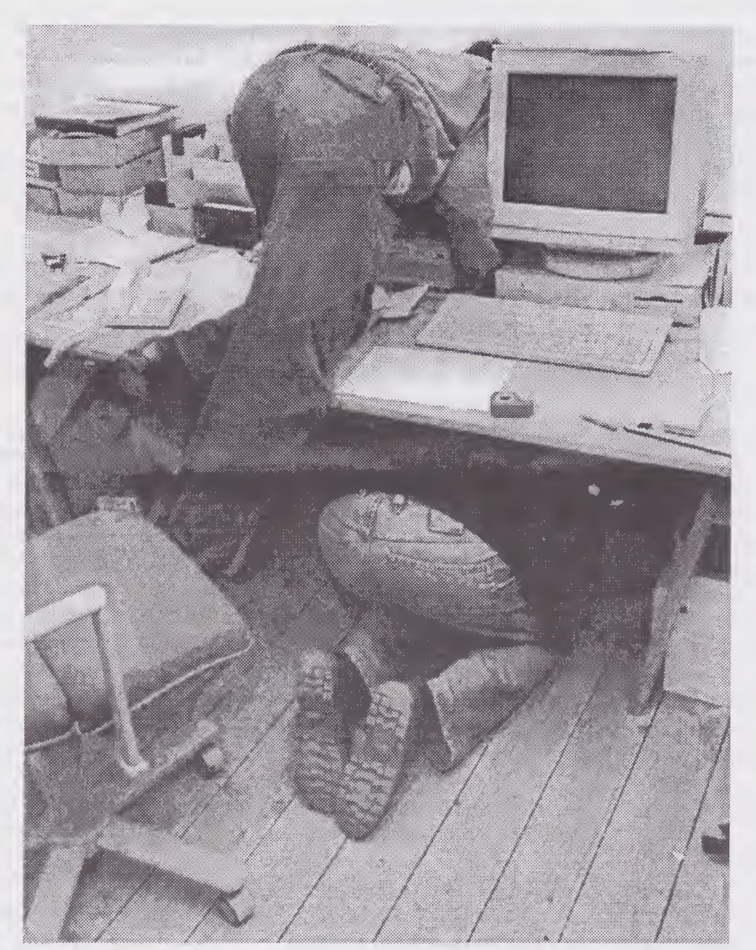
Der neue Landtag wurde am 11. Juni mit der Ansprache eines REPs eröffnet: Eduard Hauser ist Alterspräsident. Protest dagegen gab es kaum. Am Vorabend der Eröffnung rief die VVN zu einer Protestkundgebung in Stuttgart auf.

Auch bei den beiden anderen Landtagswahlen am 24. März gab es erschreckende rechtsradikale Stimmergebnisse (Rheinland-Pfalz: REPs 3,5 Prozent; Schleswig-Holstein: DVU 4,3 Prozent). Trotzdem sind die Rechten derzeit noch nicht in der Lage, flächendeckend erfolgreich bei Wahlen zu kandidieren. Die REPs sind im Moment eher eine südwestdeutsche Regionalpartei. Anderswo ist ihr Apparat fast völlig zerfallen; die Mitgliederzahl geht bundesweit ständig zurück. Schlierer hat bereits angekündigt, daß er die Partei von seiner Stuttgarter Hochburg aus neu aufbauen will, um 1998 zum Bundestag zu kandidieren.

Im rechtsradikalen Parteienspektrum ist zur Zeit einiges in Bewegung. Ob sich die Stahl-Nationalliberalen, die Schlierer-Linie oder die »Runden Tische« als rechte Sammlungspartei durchsetzen werden, wird sich wohl erst in den nächsten Jahren zeigen. ■

1) Die konservative ÖDP bekam rund 1996 knapp 70.000 Stimmen, was 1,5 Prozent entspricht (1992: 94.000 Stimmen/1,9%).

»Antifa, wo bist du?«



Mitte der 80er Jahre, als die heutige antifaschistische Bewegung sich zu entwickeln begann, waren die Wiedervereinigung und die darauf folgenden Ereignisse noch nicht abzusehen.

Die rassistische Mobilisierung und das sprunghafte Ansteigen faschistischer Organisierung zu Beginn der 90er Jahre verschaffte auch der Antifa eine nicht geahnte Größe und Bedeutung.

Heute, nachdem sich die Nazis eine Zeit lang aus der Öffentlichkeit zurückgezogen haben und ihren Schwerpunkt auf Strukturaufbau und Schulungen legten, sieht es eher mau aus. Es scheint als würde vielen antifaschistischen Gruppen und Initiativen das Feinbild und die konkrete Bedrohung fehlen.

Von einem Rückgang faschistischer Organisierung und Aktivitäten kann jedenfalls nicht die Rede sein. Eher im Gegenteil; nachdem die Nazis ihre Strukturen teilweise umgebaut und damit auf die Verbote der letzten Jahre reagiert haben, kommen sie nun wieder verstärkt an die Öffentlichkeit – mit einem wesentlich besseren und größeren Kreis von Kadern (siehe Artikel in diesem Heft).

Fatal an dieser Situation ist, daß es vielen Antifagruppen anscheinend nicht gelang und gelingt, sich trotz der fehlenden Sichtbarkeit der Nazis in der Öffentlichkeit, Aktionsfelder zu suchen und aktiv zu werden. Ausnahmen bilden hier die Gruppen, die direkt an den Nazis dran sind, recherchieren und deren Organisationsgrad kennen bzw. die, die sich mit einer unverändert konkreten Bedrohung konfrontiert sehen, wie z.B. im Ostharz und im Umland von Leipzig.

Während sich die Gruppen der AA/BO mehr und mehr allgemeinpolitischen Themen zuwenden und den Nazis eine mindere Handlungsfähigkeit bescheinigen, zerfallen viele der anderen Gruppen.

Die Leute wechseln in andere Themenbereiche, die sie vielleicht nur aufgrund der Nazibedrohung Anfang der 90er vorübergehend aufgegeben haben, oder ziehen sich zurück. Besonders Jugendgruppen sind davon betroffen, daß ihnen Kontakte fehlen, und verabschieden sich somit aus der Politik. Angesichts der Tatsache, daß wir in den letzten Jahren den heftigsten gesellschaftlichen Rechtsruck seit langem erlebt haben, eine paradoxe Entwicklung, die sicher auch dem Umstand zuzuschreiben ist, daß Antifa immer sehr auf die militanten Nazis fixiert war.

In dieser Entwicklung kristallisieren sich zwei grundlegende Probleme der antifaschistischen Organisierung in den letzten Jahren heraus, die in der – zugegebermaßen kaum abwendbaren und Arbeit bindenden – Feuerwehrpolitik der letzten Jahre wenig Beachtung fanden.

Erstens wurde es versäumt, den vielen interessierten Jugendlichen Hilfestellungen und Möglichkeiten für antifaschistische Arbeit zu bieten. Die bereits bestehenden Jugendgruppen mußten sich selbst in der Szene-Hierachie hocharbeiten, um an Informationen und Kontakte zu kommen. Daß die älteren Antifas auf die Jüngeren zukamen, um damit vielleicht mal der Unerfahrenheit und dem »Respekt vor den Alten« Rechnung zu tragen, war selten. Dadurch ist sicher viel kaputt gegangen und hier ist auch der Grund für den schleichenden Rückzug vieler junger Antifas zu suchen.

Zweitens findet das ursprüngliche Verständnis von Antifa immer weniger Umsetzung in der praktischen Arbeit. Antifa ist für uns eine notwendige Verteidigungsmaßnahme und nur ein Teilbereich linker Politik. Dies heißt aber auch, daß wir uns mit anderen Teilbereichen austauschen und diese Eingang in eine antifaschistische Bewegung finden. Sicher ist es gut, wenn Leute sich spezialisieren und antifaschistische Arbeit somit professioneller wird, wir dürfen jedoch niemals die Bindung an die anderen Teilbereiche und linke Politik generell verlieren, sondern sollten diese im Gegenteil intensivieren. Das ist nämlich eine Grundlage dafür, daß sich perspektivlose AntifaschistInnen nicht aus der Politik zurückziehen, sondern sich vielleicht andere Arbeitsfelder suchen und schließlich handeln wir ja auch aus einem Verständnis des Zusammenhangs von diversen gesellschaftlichen Problemen heraus.

Die logische Folge aus der eher »ruhigen« Phase der letzten beiden Jahre hätte eigentlich sein müssen, Probleme wie die genannten anzugehen. Nun, da viele nicht mehr mit der permanenten Feuerwehrpolitik beschäftigt sind, wäre genug Zeit dafür. Daß dies nur wenig geschieht und die Gruppen eher zerfallen, zeigt, daß viele Antifa-Strukturen keine feste Grundlage haben, was oft auch an der fehlenden inhaltlichen Arbeit liegt.

Daß die Nazis gestärkt wieder aus den Löchern kommen werden, haben wir oft geschrieben und es scheint sich nun zu bewahrheiten. Was wir brauchen, ist eine antifaschistische Bewegung, die sich auf Strukturen und gewisse Grundlagen stützen kann. Diese gilt es zu schaffen, anstatt sich von dem vermeintlich unwichtig gewordenen Thema Antifa abzuwenden. Denn auch wenn vielerorts die Empörung weg ist und rassistische Überfälle deutsche Normalität sind, wird es mit den verstärkten Aktivitäten der Nazis auch wieder Menschen geben, die nicht wegschauen, sondern sich wehren und was tun wollen. ■

Bücher, Broschüren, Filme

Mecklenburg, Jens (Hrsg.): AntifaReader - Antifaschistisches Handbuch und Ratgeber. Elefanten Press, Berlin 1996, 386 S., 24,90 DM.

Mit dem AntifaReader legt der Herausgeber der »Antifa Edition«, Jens Mecklenburg, den ersten Band der Reihe vor. Es handelt sich dabei um ein vor allem für jüngere und nicht so tief in der Thematik Neofaschismus steckende Leute gedachtes Buch, das einen Überblick liefern soll. Die Autoren der einzelnen Beiträge sind vor allem aktive AntifaschistInnen und Mitarbeiter von verschiedenen Instituten, die zum Thema arbeiten.

Aufgeteilt ist das gut aufgemachte Buch, in dem allerdings etwas mehr Fotos enthalten sein könnten, in einen Überblick, einen Lexikonteil, sogenannte »Vertiefungen« und einen umfangreichen Anhang.

Der Überblick von Wolfgang Gessenharter versucht, die Entwicklung seit 1945 nachzuzeichnen, Begriffe zu klären, Ursachen zu suchen und eine Einschätzung abzugeben. Dies kann auf den vorhandenen dreißig Seiten nur oberflächlich geschehen, die genannten Analysen und Einschätzungen sind großenteils sehr fragwürdig und widersprechen den Recherchen, deren Ergebnisse im weiteren Teil des Buches ihren Platz haben. So verharmlost Gessenharter eine personelle Kontinuität des Faschismus nach '45, wendet sich gegen den Begriff Faschismus für die rechte Szene heute, stellt die Verfassungsrealität der BRD als ausreichend für die Bekämpfung von Neofaschismus dar und einiges mehr.

Der Lexikonteil, der aufgeteilt ist in Personen, Organisationen, Zeitschriften und Sekten, gibt zweifelsohne einen guten und repräsentativen Überblick über die Rechte in Deutschland. Die einzelnen Eintragungen sind etwa eine halbe Seite lang und enthalten die wichtigsten Fakten und meistens etwas zu Geschichte und Entstehung.

Bei den »Vertiefungen«, die den größten Teil des Buches ausmachen, handelt es sich um Beiträge, die auf Themen wie Skinheads, Frauen in der rechten Szene, militante Nazis, »Neue Rechte« sowie auf Fragen und Probleme der antifaschistischen Arbeit genauer eingehen. Die Qualität der einzelnen Artikel schwankt etwas, ist aber in der Regel gut.

Der Anhang enthält neben einem Schlagwortverzeichnis und einem umfangreichen, gut organisierten Adressenteil eine lange Liste, in der ausgewählte Literatur und Videofilme vorgestellt werden. Diese enthält leider einige Schwächen; so fehlen wichtige Bücher der antifaschistischen Arbeit der letzten Jahre, während einige Werke fragwürdiger Qualität auf breitem Raum vorgestellt werden.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß es den Autoren und dem Herausgeber trotz leichter Schwächen gelungen ist, dem Ziel, einen Überblick über den aktuellen Kenntnisstand zum Thema zu geben, gerecht zu werden. Leute, die auf dem Gebiet Neofaschismus bewandert sind, werden in dem Buch wahrscheinlich wenig Neues finden. Sowohl Konzept, als auch Ergebnis des AntifaReaders sind eine runde Sache. Ärgerlich ist dennoch, daß die einzige über die letzten Jahre hinausgehende Gesamteinschätzung und das, was den Nazis inhaltlich entgegenzusetzen ist, dem Runterbeten der Verfassungsschutzeinschätzungen über die Nazis und des Grundgesetzes gleichkommt.

Antifaschistisches Aktionsbündnis Rhein-Neckar (Hrsg.): »Hätte meine Mutter Fleisch gekocht statt Rüben, wäre ich daheim geblieben«, 72 S. Din A 4.

Die seit einigen Jahren erste Broschüre über Nazis in der Rhein/Main/Neckar-Region gibt einen guten Überblick über vorhandene Strukturen und Personen.

Für Leute, die nicht aus der Region kommen, wird der erste Teil über den Überfall auf eine türkische Imbißstube und den anschließenden Prozeß eher uninteressant sein.

Die darauf folgende Teile sind allerdings auch von überregionaler Bedeutung. Detailiert, gut recherchiert und mit vielen Fotos und Abbildungen illustriert berichten die AntifaschistInnen u.a. über die Aktionsfront Nationaler Kameraden, DA, WJ, NF, und Taunusfront. Das ganze runden ein Abschnitt über antifaschistische Arbeit, ein Literaturteil und ein Register ab. Etwas schade ist die schlechte Druckqualität der Broschüre.

Ein Muß für Leute, die auch überregional zum Thema Neofaschismus arbeiten.

Bestellungen (6.- DM + Porto) an Infoladen Moskito/AIL, c/o Autonomes Zentrum, Alte Bergheimerstr. 7a, 69123 Heidelberg.

Udo Sierck: »NORMalisierung von rechts – Biopolitik und 'Neue Rechte'«, Verlag Libertäre Assoziation Hamburg, 18 DM.

Dieses Buch beschäftigt sich in sechs Abschnitten mit den biopolitischen Vorstellungen der „Neuen Rechten" und ihrer Einflußnahme auf die gesellschaftliche Entwicklung mit diesem Thema. Dabei geht Sierck davon aus, daß sich eine sozialrassistische Linie seit Beginn dieses Jahrhunderts in der Bevölkerung etabliert hat und es deshalb der »Neuen Rechten« leicht fällt mit der Besetzung dieses Bereiches ihre Vorstellungen bis in die gesellschaftliche Mitte durchzusetzten. »Die Biopolitik macht den menschlichen Körper zum Austragungsort des politischen Geschäfts. Die »Neue Rechte« benutzt den Begriff, um alte Inhalte mit neuem Etikett zu versehen: Aus 'Völkischen Idealen' werden 'biopolitische Vorstellungen', schreibt Sierck im Vorwort. Der Autor erläutert diese These näher, indem er die Ideologie der „Neuen Rechten« zu diesem Thema, dann deren Vordenker und schließlich die Wirkungsfelder Öko-und Friedensbewegung sowie Familien-, Gesundheits- und Sozialpolitik erklärt. In den anschließenden drei Teilen beschäftigt sich Sierck ausgehend von diesen Grundlagen mit den Auswirkungen dieser Politik von der Soziobiologie über die Humangenetik hin zur Anthroposophie und »New Age«-Bewegung. Dabei versucht Sierck an Hand von Äußerungen und Programmen von Parteien, Verbänden Sekten und der Wissenschaft die Gefährlichkeit sowie die Tragweite der »neu-rechten« biopolitischen Vorstellungen aufzuzeigen. Zudem verweist er immer wieder auf die historische Kontinuität der Biopolitik vom Dritten Reich bis in die heutige Zeit, um die kaum beachtete Entwicklung der sozialrassistischen Linie und ihre Handhabe durch die »Neue Rechte« zu beschreiben. Sierck versucht möglichst breit das hier arbeitende Netz, das von Jürgen RIEGERS »GESELLSCHAFT FÜR BIOLOGISCHE ANTHROPOLOGIE, EUGENETIK UND VERHALTENSFORSCHUNG« bis zur »CARL-FRIEDRICH-VON-SIEMENS-STIFTUNG« unter Armin MOHLER reicht, aufzuzeigen.

Das Buch ist, aufgrund seiner Anschaulichkeit, des gut lesbaren Schreibstils und der Bandbreite bei nicht zu starkem Ausufern in Nebensächlichkeitenfür Neueinsteigerinnen in dieses Thema empfehlenswert. Nicht zu letzt, weil Sierck im Vorwort zu recht die fehlende Auseinandersetzung bei der Linken und speziell der Antifa über den Sozialrassismus, der unweigerlich mit dem Rassismus verbunden ist, kritisiert.

Videogruppe Rohschnitt: »dem einfach was entgegensetzen..., Edelweißpiraten – antifaschistischer Jugendwiderstand im Nationalsozialismus und heute«, Berlin 1996, 50 min.

»Es bringt einfach was, wenn man zeigt, man ist nicht wehrlos«, meint Pia, eine junge Berliner Edelweißpiratin.

Nicht nur in Berlin, auch in vielen anderen Städten Deutschlands organisieren sich wieder Jugendliche unter dem Namen Edelweißpiraten in antifaschistischen Gruppen.

Sie wehren sich gegen den wachsenden Einfluß von Neonazis an ihren Schulen oder in ihren Stadtteilen, sie nehmen gemeinsam an Demonstrationen teil und sie initiieren Kampagnen, wie zum Beispiel gegen den öffentlichen Verkauf rechtsextremer Zeitungen. Vier Berliner EdelweißpiratInnen berichten im ersten Teil des Films über ihre persönliche Motivation, sich in der Gruppe zu engagieren sowie über ihre konkrete politische Arbeit.

»Wenn Du so und so alt bist, wirste bei der Jugend nicht mehr für voll genommen. Dann heißt es, der Opa erzählt ...«. Der zweite Teil des Films dokumentiert eine Begegnung zwischen den vier jugendlichen Antifas und Fritz Theilen, der während des Nationalsozialismus als Mitglied einer Gruppe von Kölner Edelweißpiraten aktiv Widerstand leistete.

Während eines gemeinsamen Spaziergangs durch Köln erzählt Fritz Theilen die Geschichte der damaligen Kölner Edelweißpiraten.

Im Verleih von autofocus, Eisenbahnstr. 4, 10997 Berlin, Tel. 030-618 80 02, Fax 030-611 15 83.

Zum Prozeß gegen die Autonome Antifa (M)

Am 14. August soll er beginnen – der Prozeß gegen die Autonome Antifa (M) aus Göttingen. Oder soll er nicht?

Am 15. März 96 wurde der Verteidigung der Angeklagten auf einem vom Landgericht Lüneburg anberaumten Treffen ein Angebot gemacht. Das Verfahren könne gemäß § 153a StPO eingestellt werden, jedoch nur gegen Auflagen. Bei diesen handelt es sich um eine Distanzierung von den von der Autonomen Antifa (M) initiierten Demonstrationen und ein Gelöbnis der »Besserung«. Zudem eine Geldauflage von 100.000 DM für alle Angeklagten zusammen. Damit sollen die von Neonazis angerichteten Schäden an einer KZ-Gedenkstätte wiedergutgemacht werden. Das Landgericht Lüneburg ließ mittlerweile verlauten, als Geldauflage denke man sich 2000-3000 DM pro Angeklagte/r, die an die Stiftung Gedenkstätte Buchenwald zu zahlen seien. Damit sollen die Antifas wohl die geschichtsrevisionistische Umgestaltung der Gedenkstätte bezahlen. Die letzte Bedingung ist der Verzicht auf die Rückgabe der bei der Staatsschutzrazzia im Juli 1994 beschlagnahmten Gegenstände. Damals wurden in 2 Tagen die Wohnungen von 17 Angeklagten und einem Teil ihrer Angehörigen, Arbeitsstätten, Räume der Uni Göttingen sowie der Buchladen Rote Straße in Göttingen durchsucht. Beschlagnahmt wurden Unmengen an Material, darunter Computer im Werte von mehreren zehntausend Mark. Dies alles soll nun an das LKA Niedersachsen gehen.

Die Autonome Antifa (M) lehnt eine Distanzierung von ihrer Politik ab. Staatsanwaltschaft und Gericht würden versuchen, den Angeklagten einen politischen Kniefall abzuringen. Die zu erwartenden immensen Kosten des Verfahrens und die Zerstörung der beruflichen Perspektiven der Angeklagten seien das Druckmittel dazu, sie zur Verleugnung ihrer politischen Geschichte zu treiben.

Erinnern wir uns an eine AgitProp-Aktion der Antifa (M) im Oktober 1991. Vor dem Demonstrationszug unter dem Motto »Kampf dem großdeutschen Normalzustand« lief ein von zwei Polizisten eskortierter Demonstrant. Um seinen Hals hing ein Plakat mit der Aufschrift: »Ich werde nie wieder gegen Faschismus demonstrieren«. Überflüssig zu erwähnen, daß auch diese Aktion von der Generalstaatsanwaltschaft als kriminell eingestuft und angeklagt wurde.

Angesichts der Schwere der Repression gegen die Antifa (M) und des Vorbildcharakters, den der kommende Prozeß unter Umständen haben wird, gilt es, eine größere Solidaritätsbewegung als bis jetzt vorhanden, auf die Beine zu stellen. Es ist unabdingbar, daß in diese auch Gruppierungen außerhalb der »Szene« miteinbezogen werden, um eine breite Öffentlichkeit gegen den Prozeß und eine Erfolgschance zu garantieren. ■

★ ★ ★ Die Göttinger Autonome Antifa (M) soll vor der Staatsschutzkammer Lüneburg in einem Mammutprozeß zu einer „kriminellen Vereinigung" gemacht werden. Die Angeklagten brauchen unsere Solidarität und unsere Spenden für diesen Prozeß. Durch 131 anberaumte Prozeßtage mit zwei Pflichtverteidigern pro Person werden die Angeklagten allein durch die zu erwartenden Prozeßkosten in den finanziellen Ruin getrieben. ★ ★ ★

Solidarität braucht Geld

Rote Hilfe Göttingen
Stichwort „Solidarität"
Konto-Nr. 35 06 70-309
Postgiro Hannover
BLZ 250 100 30

Rote Hilfe e.V.
Postfach 6444 · 24125 Kiel
AB + Fax: (04 31) 7 51 41



Resolution des Bundesweiten Antifatreffens (B.A.T.)

Am 14. August 1996 wird in Lüneburg der Prozeß gegen 17 Menschen aus Göttingen eröffnet. Ihnen wird vorgeworfen, Mitglieder der Autonomen Antifa (M) zu sein. Diese soll eine »kriminelle Vereinigung« nach §129 StGB sein.

Das Verfahren ist auf 131 Verhandlungstage (mit drei Prozeßtagen pro Woche) angesetzt. Durch die Festlegung des Gerichts von zwei AnwältInnen pro Angeklagtem/R ergeben sich insgesamt 3,5 Millionen DM Kosten. Das bedeutet den finanziellen Ruin der Angeklagten.

Hier soll eine öffentliche arbeitende Gruppe zu einer »kriminellen Vereinigung« erklärt werden. Die strafrechtlichen Grundlagen dieses Verfahrens sind im wesentlichen lediglich angebliche Verstöße gegen das Versammlungsgesetz und angeblicher Landfriedensbruch. Eine Verurteilung in diesem Verfahren würde einen deutlichen Einschnitt in die Möglichkeiten linker Organisation bedeuten. Mit einer Verurteilung würde ein Präzedenzfall geschaffen, der jederzeit auf andere ähnlich arbeitende linke Gruppen übertragen werden könnte.

Das Verfahren gegen die Antifa (M) ist Teil der Repression gegen die Linke in den letzten Jahren, die unter anderem dazu dient, die politische Arbeit lahmzulegen.

Beispiele dafür sind:
- Die Konstruktion einer »kriminellen Vereinigung« 'radikal',
- die mehr als 80 bundesweiten Hausdurchsuchungen vom 13.6.1995 (im Rahmen der Ermittlungsverfahren gegen die radikal, das K.O.M.I.T.E.E., die AIZ und wegen angeblicher Unterstüzung der RAF), die von Innenminister Kanther selbst als »*Präventivschlag gegen die Linke*« bezeichnet wurden,
- Ermittlungsverfahren nach §129a in Passau und Weimar,
- die Beugehaftverfahren in Wiesbaden/Frankfurt(M),
- das Verbot der PKK und anderer kurdischer Organisationen sowie die Kriminalisierung jeglichen kurdischen Widerstandes.

Vor dem Hintergrund der forcierten (Re-)Militarisierung der deutschen Außenpolitik und der massiven Umverteilung von unten nach oben, läuft der Repressionsapparat nach innen auf vollen Touren.

Angriffe auf linke Strukturen gab es schon immer; einmal mehr, einmal weniger. Bei diesen Angriffen geht es um die Zerschlagung von Strukturen, die für eine Organisierung der Linken eintreten und um das Kappen linker Geschichte. Strukturen, welche linke Geschichte nicht auf den Müllhaufen derselben werfen, sondern diese aufgreifen, um daraus neue revolutionäre Perspektiven zu entwickeln, die weiterhin linken militanten Widerstand thematisieren. Gegen diese Strukturen richtet sich die Repression in diesem Moment.

Kämpfen wir dagegen an!

Das B.A.T. fordert die sofortige und bedingungslose Einstellung der Verfahren gegen die Autonome Antifa (M) und die Herausgabe allen beschlagnahmten Materials!

Plenum des B.A.T. im Mai 1996



Frankfurt/Main

Ermittlungen mit »*Versäumnissen*«

Das wahrlich nicht mehr neue Prinzip, Opfer ausländerfeindlicher Straftaten zu TäterInnen zu stempeln, ist seit dem 16. April um eine Anekdote reicher. Wie dreist und stümperhaft die »Ermittler«, in diesem Fall die politische Polizei in Frankfurt am Main, dabei vorgingen, mag bei manchen nur ungläubiges Kopfschütteln auslösen. Es zeigt aber auch, mit welcher Voreingenommenheit und fast schon Selbstverständlichkeit zuweilen in die verkehrte Richtung ermittelt wird.

Zur Vorgeschichte: Im Juli 1993 wurde in der Frankfurter Moselstraße ein Porsche angezündet, zwei weitere Fahrzeuge wurden durch den Brand schwer beschädigt. An einer Wand in unmittelbarer Nähe fand sich die die gesprühte Parole »*Ausländer, Juden on fire*«.

Die Ermittlungen wurden daraufhin der politischen Polizei übertragen. Diese konnte »*nach genauer Prüfung*« einen rechtsradikalen Täterkreis ausschließen und richtete die Ermittlungen stattdessen gegen den Porschebesitzer, einem Frankfurter Fuhrunternehmer.

Obwohl die Polizei nicht einmal ein Brandgutachten eingeholt und bei »ihrer« Darstellung der Brandentwicklung »physikalische Gesetzmäßigkeiten« schlichtweg übergangen hatte, obwohl sich weder Zeugen noch belastende Indizien fanden, wurde vor dem Schöffengericht Frankfurt der Prozeß gegen den Fuhrunternehmer eröffnet.

Der Vorwurf lautete auf Versicherungsbetrug, Betrug und Vortäuschung einer Straftat.

In ihrem Übereifer übersahen Polizei und Staatsanwaltschaft jedoch einen wesentlichen Punkt: Das Auto war nur geleast, demzufolge hätte die Leasingfirma und nicht der Fuhrunternehmer den Schadensersatz der Versicherung einkassiert. Vom Richter mit diesem Widerspruch konfrontiert, mußte der Staatsanwalt kleinlaut »Versäumnisse« in den Ermittlungen einräumen. Der Angeklagte wurde freigesprochen.

Die Frage, wie viele Menschen wegen nicht ganz so dilletantischen Konstrukten verurteilt oder um ihr Recht gebracht wurden, kann an dieser Stelle nicht beantwortet werden.

Hamburg

Urteil im Prozeß wegen Rieger-Verprügelung

Der 22jährige Architekturstudent Amin ist vor dem Hamburger Amtsgericht zu 15 Monaten Haft ohne Bewährung verurteilt worden. Er soll mit anderen den Nazi-Anwalt Jürgen RIEGER nach einem Prozeß, in dem dieser die Betreiber des NIT verteidigte, zusammengeschlagen haben. Amin legte ein umfassendes Geständnis ab und begründete seine Tat politisch.

Wie üblich, ging der Richter auf die Hintergründe und die daraus resultierenden Gründe nicht ein und bezog in seine Urteilsbegründung ein, daß Rieger ein Vertreter der Rechtspflege sei und diese Aktion hinterhältig sowie feige gewesen wäre.

Die Nazis jubelten bundesweit, u.a. im NIT, über das Urteil. Kein Wunder, wenn ein Anwalt wie Rieger, der menschenverachtende Ideen vertritt und verteidigt, als eine Person der Rechtspflege bezeichnet wird und diejenigen, die als Reaktion auf die seit Jahren anhaltende Gewalt gegen Menschen, die nicht in das faschistische Weltbild passen, sich gegen solche Täter wehren, zu solch schweren Haftstrafen verurteilt werden.

Saarbrücken

Prozeß gegen Ursel Quack verschoben

Gegen Ursel Quack aus Saarbrücken läuft unter fadenscheinigen Begründungen ein Verfahren wegen Unterstützung einer terroristischen Vereinigung. Der für den 25. März angesetzte Prozeß wurde kurzfristig abgesetzt und auf unbestimmte Zeit verschoben.

Grund dafür ist die Aussage des BKA-Beamten Lang im Prozeß gegen Birgit Hogefeld in Frankfurt am Main. Er hatte im August 1993 im Rucksack von Birgit aufgefundene Schriftstücke in einem Bericht teilweise Ursel zugeordnet. Dieser Bericht galt als »*nicht gerichtsverwertbar*«, da in ihm keine »*strafprozessuale Einordnung*« enthalten waren.

Im Oktober 1993 wurde Lang vom Ermittlungsreferat des BKAs – auf Drängen der BAW – dazu aufgefordert, eine Version des Berichts zu erstellen, die für die Einleitung eines Ermittlungsverfahrens gegen Ursel und für die Durchführung von »*strafprozessualen Maßnahmen*« geeignet sein sollte.

Im Januar 1994 legte Lang eine ausführliche Gesamtbewertung vor, in der er allerdings zu einer entlastenden Bewertung der Unterlagen kam, ihre Unterlagen könnten nicht »*als Unterstüzungshandlung einer terroristischen Vereinigung*« eingeordnet werden. Dieser Bericht befindet sich weder in den Akten des Verfahrens gegen Birgit, noch in den Akten gegen Ursel. Angeblich ist dieser Bericht auch beim Generalbundesanwalt zur Zeit nicht »*vorrätig*«.

Dieses ist wieder einmal mehr ein Beispiel, wie die von der BAW gewünschte Wahrheit hergestellt und in Verfahren gegen militante Linke verwendet wird. Verdrehungen, Vertuschungen, Verschwinden von Beweismitteln, Fehlen von Aktenteilen sind keine neuen Methoden.

In den letzten Jahren dienten diese Methoden z.B. dazu, daß der Mord an Wolfgang Grams nicht aufgeklärt wurde und sie sollen Birgit Hogefeld auf lebenslänglich in den Knast bringen.

In dem Prozeß gegen Ursel geht es aber nicht einmal um eine illegale Aktion, sondern darum, legale linksradikale Politik, wie z.B. die politische Arbeit in antirassistischen Initiativen, zu kriminalisieren.

Wahlgewinne des Mitte-Links-Bündnisses in Italien

»Gut für die Geschichtsbücher...«

Italien hat, wieder einmal, ein neues Parlament gewählt. Die Wahl vom 21. April 1996 ließ das Mitte-Links-Bündnis als knappen Sieger aus der Wahl hervorgehen. Rund 16 Mio. der Wahlberechtigten stimmten für den Olivenbaum, 15 Mio. für den »Pol der Freiheit«, das Bündnis aus Forza Italia, Alleanza Nationale und Lega Nord. Doch der Erfolg steht auf wackligen Beinen, denn auch die Mitte-Links-Regierung will die einschneidenden Sparmaßnahmen fortführen.

Die Mitte-Links-Regierung führt die nationalen und internationalen wirtschaftlichen Interessen der vorigen Regierungen (Ministerpräsidenten Amato u. Ciampi, 1992-1994) fort. 10 Jahre lang hatte das »Bündnis der Geschäftemacher« von DC (Andreotti & Co) und PSI (Craxi & Co.) geherrscht; legale und illegale Geschäfte hatten Staatsausgaben und Staatsschulden in die Höhe getrieben. Diese Parteien hatten diejenigen Bevölkerungsschichten skandalös begünstigt, die überwiegend von Renditen leben. Denn Steuern zahlen in Italien nur die Menschen, die sowieso nichts haben. Italien ist insofern ein »Steuerparadies«, weil alle, außer Arbeitern und einfachen Angestellen, denen die Steuern automatisch vom Lohn abgezogen werden, scheinbar selbstverständlich Steuern hinterziehen. Diese müssen nämlich ihre Einkünfte selber versteuern, was einer faktischen Steuerbefreiung entspricht. So fordert Rifondazione u.a. die Besteuerung der Staatsanleihen.

Die Anti-Korruptions-Kampagne, genannt »Mani Pulite« (»saubere Hände«), initiiert durch die Großkonzerne und ausgeführt von ihren politischen Fürsprechern und der Justiz, beendete die illegalen Finanzierungen, schmälerte somit den Wohlstand der Regierungsparteien und führte zur Verhaftung der führenden Politiker der Altparteien (Christdemokraten und Sozialistische Partei, PSI).

Dazu kam die Änderung des Wahlrechts vom Proportional- zum Mehrheitswahlrecht. Vor dieser Änderung wurde ein Symbol, eine Partei und somit eine politische Richtung gewählt; jetzt wählt man einen Listen-Kandidaten, der nicht unbedingt an eine bestimmte Ideologie oder politische Partei gebunden sein muß. Dies alles ließ die Altparteien, die die vorigen Regierungen gebildet hatten, untergehen.

Dem Willen der Großbetriebe kam das entgegen, daß Regierungen weniger politisch und stattdessen technokratischer und somit stabiler werden sollten.

Der Weg zur wirtschaftlichen, politischen und institutionellen Neuordnung war nicht einfach und gradlinig. Die italienische Gesellschaft reagierte mit Unruhe und Verwirrung. Als 1994 die Bevölkerung zur Wahl aufgerufen wurde, um nach der Craxi-Zeit ein neues Gesicht zu wählen, gelang es dem engen Freund von Craxi, dem Demagogen Berlusconi, dank der allgemeinen Verwirrung den Sieg zu erringen. (Berlusconis Medienmacht hatte nicht zur Manipulation der Massen geführt, wie so oft behauptet. Obwohl er nach wie vor drei Sendeanstalten besitzt, hat er trotzdem die diesjährigen Wahlen verloren.)

Seine Unternehmens-Partei, eine Mischung aus recycelten DC- und PSI-Politikern, hatte zusammen mit klerikalen, populistischen und faschistischen Rechten gewonnen mit dem einzigen Ziel, seine Interessen und die seiner befreundeten Lobbys durchzusetzen.

Die Parteien der neuen Regierung – Das Olivenbaum-Bündnis:

▼ Die linke Fraktion der ehemaligen Democrazia Christiana (DC, Christdemokraten)
▼ Die PDS (die ehemalige kommunistische Partei, PCI, ohne ihren linken Flügel, der eine Oppositionspartei gebildet hat, siehe unten)
▼ Die Grünen
▼ Die linke Fraktion der ehemaligen PSI
▼ sowie eine kleine Zentrums-Gruppe, geleitet vom ehem. Ministerpräsidenten Dini.

Rifondazione Comunista, der linke Flügel der PDS (besteht zu 70% aus linken PDSlern, zu 20% aus KB-ähnlichen Mitgliedern und zu 10% aus Leuten von „Bandiere Rossa"), toleriert das Olivenbaum-Bündnis und trägt mit seiner Tolerierung dazu bei, daß eine mehrheitsfähige Regierung gebildet werden konnte.

Die Geschäftemacher-Politik Berlusconis hat die Opposition vieler Gruppen hervorgerufen: der Gewerkschaften, einem Teil der Institutionen (wie Justiz und Staatspräsident), der katholischen Kirche (die wegen der Sozialabbau-Politik besorgt war), der Mittelständischen und kleinen Industriebetriebe im Nordosten (die im Zentralismus eine Bedrohung ihrer Bindung an Europa und vor allem an Deutschland sahen) und sogar die Opposition der Großindustrie und der Banken, die eine neue Inflationspolitik befürchteten.



Straßenkämpfe italienischer Partisanen gegen die Faschisten im August 1944 in Florenz

Diese heterogenen Kräfte schlossen ein taktisches Bündnis, das bei den letzten Wahlen gegen Berlusconi gewonnen hat und zur Bildung einer Mitte-Links-Regierung unter Leitung von Prodi (ein Vertreter der ehemaligen DC und der staatlichen Industrie) führte. Aber eine solche Koalition kann nicht lange überleben, ohne daß die inneren, sozialen Widersprüche aufeinander prallen. Fortschrittliche Kräfte werden somit voraussichtlich bald aus dem Bündnis geekelt und durch rechte Christdemokraten ersetzt werden.

Die Verteilung der Ministerposten im Prodi-Kabinett war wohlkalkuliert und gezielt. Das Ministerium für Wirtschaft liegt nun in den Händen von Technokraten der Confindustrie (Industriellen) und der Banken, der ehem. Direktor der Banca d'Italia wurde Außenminister und Verantwortlicher für die Beziehungen zur Weltbank und zum IWF. Die Sozialposten hingegen sind der PDS zugeteilt worden. Also wird zuerst über den Staatshaushalt entschieden, danach wird über Sozialleistungen nachgedacht.

Italien hatte in den letzten Jahren die höchsten europäischen Wachstumsraten (bis zu 3%). Die Stärkung der Lira auf dem Wechselkursmarkt führte zu einer geringen Erhöhung des Lohnwertes, die sinkende Inflation zu steigendem Konsum. So konnten rückläufige Exportzahlen auf dem internationalen Markt teilweise durch steigende Verkäufe im italienischen Binnenmarkt ausgeglichen werden.

Da der italienische Aufschwung jetzt beendet scheint, fordert die Industrie eine neuerliche Kürzung der Renten um größere Handlungsfreiheit auf dem Arbeitsmarkt zu haben, Kosten zu senken und Gewinne zu mehren – nicht Arbeitsplätze – selbstverständlich.

Die Arbeitslosigkeit bleibt auf jeden Fall sehr hoch (12%), vor allem im Süden, wo nur ein junger Mensch von dreien ein regelmäßiges Einkommen bezieht. Unterbezahlte und ungesicherte Arbeit nimmt zu. So haben gerade jüngere WählerInnen rechts gewählt, während ältere WählerInnen für das Mittel-Links-Bündnis stimmten. Im reichen Nordosten (Lombardei, Emilia-Romagna, Trentino, Südtirol, Frial und vor allem Venetien) verfallen nun Tausende von Mittelständischen Unternehmen, die seit 1992 dank der Entwertung der Lira entstanden sind, in Krisenstimmung und verlagern ihre Produktion nach Asien, Afrika und Osteuropa, wo Arbeitskraft billiger zu erkaufen ist.

Was werden also die Tausenden von ArbeiterInnen, Angestellten und HandwerkerInnen tun, die heute wöchentlich 60-70 Stunden arbeiten um den Lebensstandard der letzten 15 Jahre zu halten – und was die vielen Kleinbetriebe und Kaufleute, die in den letzten Jahren schnell reich geworden sind und nun eben so schnell verarmen könnten?

In den reichen Regionen im Norden Italiens hat man bis heute die Rechten gewählt (MSI, Forza Italia, Lega Nord). Die Lega Nord konnte trotz eines aggressiv-rassistischen Wahlkampfes Stimmen dazugewinnen. Die FI, die Partei, die im Süden als politische Mafia-Vertreterin bezeichnet wird, konnte dort starke Gewinne verbuchen. Der neue »Sezessionismus« (Loslösung Norditaliens von Süditalien) der Lega drückt Egoismus, regionale soziale Konflikte und Lokalpatriotismus aus. Die Angst der Menschen, ihren Wohlstand zu verlieren steigt und viele glauben, nur durch eine Trennung vom ärmeren Süden könne man sich »retten« und am Tisch des reichen Europa sitzen.

Wie Spanien und Frankreich versucht auch Italien im Rahmen internationaler Rezession und zunehmender Konkurrenz das bundesrepublikanische Modell der Sozialpartnerschaft anzuwenden. Arbeitskämpfe und Tarifauseinandersetzungen, jegliche Entwicklung von Widerstand sollen dem Einfluß der ArbeiterInnen entrissen werden, stattdessen sitzen Gewerkschaften, Unternehmen und Staatsbürokraten in »Heiliger Allianz« an einem Tisch und teilen den Kuchen unter sich auf. Zur gleichen Zeit bereiten sie alles für die zukünftige Machterneuerung vor, Instrumente, die sich direkt gegen die Lebens- und Arbeitsbedingungen der unteren sozialen Schichten richten werden.

Der Wahlsieg des Mitte-Links-Bündnisses ist gut – für die Geschichtsbücher. Währenddessen wird unsichtbar an der Reorganisierung der Rechten gearbeitet, die bis jetzt durch die Vorherrschaft der starken Berlusconi-Partei behindert wurde.

Nur, daß sie diesmal auf den immergrinsenden »Saubermann« Berlusconi verzichten müssen, denn dessen »weiße Weste« hat durch die Korruptionsprozesse auf immer Schaden genommen. ■

USA - Update

Bankräuber imitieren »The Order«

Rechte Untergrundzellen in den USA

Neben den rechtsextremen Bürgermilizen ist in den USA verstärkt ein rechter Untergrund aktiv. Es operieren Kleingruppen, die für die Behörden nur schwer zu erfassen sind.



»The Order«-Führer Robert Mathews (r.) - 1985 vom FBI erschossen

Ein Jahr nach dem Bombenanschlag von Oklahoma City und elf Jahre, nachdem das Rückgrat der nazistischen Terrorgruppe THE ORDER (siehe Beilage zu Infoblatt Nr. 33) zerschlagen wurde, ist in den USA mit einer Serie von Banküberfällen ein neuer Nazi-Untergrund entstanden. Die Beute soll bereits an Führungspersonen der weißen Suprematisten verteilt worden sein, obwohl die Gesamtsumme des geraubten Geldes bisher noch nicht bekannt ist.

Gleichzeitig hat in Muscogee (Oklahoma) ein Prozeß gegen RAY LAMPLEY, seine Frau CECILIA LAMPLEY und JOHN DARE BAIRD einige interne Strukturen der Milizbewegung enthüllt. Die drei sind angeklagt, eine Dieselöl-Dünger-Bombe gebaut und im nahegelegenen »Elohim City« (dem Gelände einer IDENTITÄTS-Sekte) getestet zu haben, um damit die Büros von Bürgerrechts-Organisationen und Schwulenkneipen in die Luft zu jagen.

Die beiden Lampleys besuchten das 400 Hektar große Elohim City-Gelände offenbar regelmäßig. Dort leben etwa 80 Menschen (davon die Hälfte minderjährig) in Wohnwägen und kleinen Hütten. Sie halten Vieh und Schafe und betreiben neben einer Baufirma und einem Sägewerk auch eine eigene Spedition mit 20 Tiefladern, mit denen sie Kühl-Fleisch durchs ganze Land transportieren. Die Enklave wurde 1973 von dem inzwischen 70jährigen ROBERT MILLAR gegründet.

Elohim City ist zu einem Magnet für weiße Suprematisten geworden, u.a. für DENNIS MAHON vom KU-KLUX-KLAN und der WHITE ARYAN RESISTANCE. Mahon hatte einen Wohnwagen auf dem Gelände und traf sich regelmäßig mit ANDREAS STRASSMEIR aus Berlin (siehe AIB Nr. 34). 1991 war Mahon auf einer Publicity-Tour in Deutschland.

Im Muscogee-Prozeß verteidigten sich die Lampleys damit, daß sie vom Staat in eine Falle gelockt worden seien. RICHARD SCHRUM, ein FBI-Spitzel und der Hauptbelastungszeuge gegen die Lampleys, fuhr die beiden in der Gegend herum, um Bomben-Bauteile zu kaufen. Der erste, dem die Lampleys ihre Anschlags-Pläne verrieten, war JOHN PARSONS, der Kommunikations-Direktor der TRI-STATE MILITIA (Bürgermiliz) in South Dakota. Parsons war ebenfalls FBI-Spitzel mit einem Monatshonorar von umgerechnet fast 3000 Mark.

Trotz Wahlerfolgen - mehr Untergrund-Aktionen

Das FBI mag zwar seine Lauscher an einem der wichtigsten Schaltstellen der Miliz-Bewegung installiert haben. Aber mit den kleineren, straffer organisierten Bankraub-Banden hat es das FBI nicht so leicht. In Ohio wurden zwei Mitglieder der Gruppe Aryan Republican Army (Arische Republikanische Armee - ARA) verhaftet: RICHARD LEE GUTHRIE und PETER KEVIN LAGAN. In den vergangenen zwei Jahren haben sie mindestens 18 Banken in der Zentralregion der USA überfallen. Nach der Verhaftung fand die Polizei Maschinengewehre, Rohrbomben und ein ARA-Werbe-Video. Es wird angenommen, daß noch weitere Personen zu den Bankraub-Zellen der ARA gehören.
Weder gewachsene öffentliche Kritik noch polizeiliche Ermittlungen haben in dem Jahr seit dem Oklahoma-Anschlag die Aktivitäten der weißen Suprematisten einschränken können. Auch die Erfolge der radikalen Rechten bei den Kongreßwahlen von 1994 und den Präsidentschafts-Vorwahlen von Anfang 1996 (mit Pat Buchanan) haben den militanten rechten Flügel nicht von Guerilla-Taktiken abgehalten. Vielmehr sind die beiden verschiedenen Strömungen besser organisiert als je zuvor. Der Untergrund konzentriert sich auf Geldbeschaffung und Kleinkrieg mit der Polizei, während die »Polit-Fraktion« nach einer breiteren Basis sucht. Diese Kombination ist noch explosiver als eine Mischung aus Düngemittel und Dieselöl. ■

aus: Searchlight, Mai '96: (leicht gekürzt)

Schweden

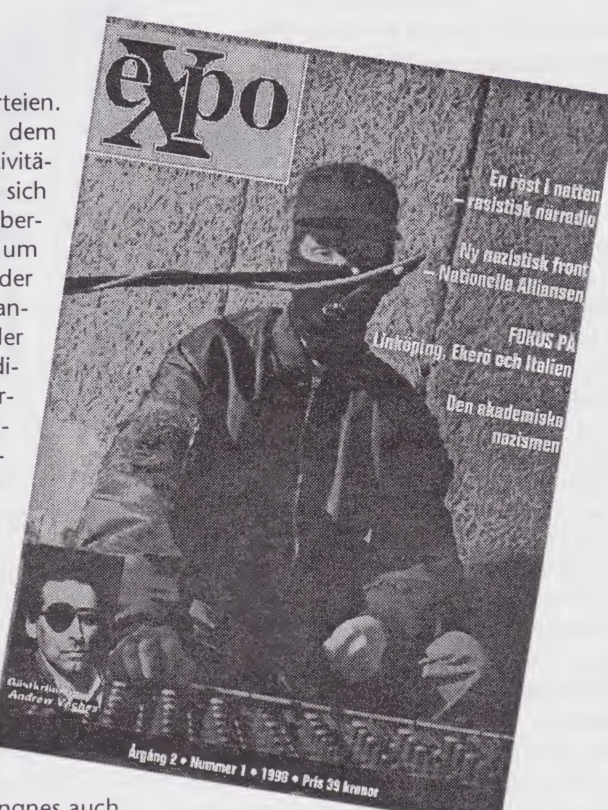
Der Schuß ging nach hinten los

Nach Nazi-Kampagne solidarisieren sich die Medien mit der Antifa-Zeitung EXPO

Nach nur vier Ausgaben starteten die schwedischen Neonazis eine heftige Kampagne gegen die antifaschistische Zeitung EXPO. Sie setzten Kioske, die Druckerei und die unterstützenden Jugendorganisationen massiv unter Druck, um das weitere Erscheinen der Zeitung zu verhindern. Doch dies erwies sich als Bumerang. Die neue Ausgabe von EXPO erscheint in einer um 200.000 Stück höheren Auflage als die vorherigen Nummern.

Der Terror setzte Ende April dieses Jahres ein. Bei der Druckerei von EXPO und den Kiosken wurden die Scheiben eingeschlagen, Nazi-Glatzen tauchten bei Kioskverkäufern auf und Drohbriefe wurden verschickt. Bei den politischen Jugendverbänden, die die Herausgabe von EXPO unterstützen (der Kreis reicht von der Jugend der Konservativen Partei bis zu Trotzkisten) flogen ebenfalls Pflastersteine in die Fenster. Neben Hakenkreuzen war auf den Wänden zu lesen: »Druckt nicht Expo«, »Verkauft nicht Expo!« Die Jugendorganisation der Liberalen traf es fünf Mal in April und Mai, Angriffspunkte waren unter anderem das Zentrum der sozialdemokratischen Jugend, der Buchladen der syndikalistischen Gewerkschaft, die konservative Jugend und die schwedische Kibbutz-Vereinigung. Als die Druckerei und viele Kioske unter dem Druck nicht mehr für Expo zur Verfügung stehen wollten, ging die Expo-Macherinnen in die Offensive.

Eine für Schweden beispiellose Solidaritätswelle mit Expo kam ins Rollen. Auch andere Medien sahen sich bedroht. Ihnen war klar, wenn die Nazis Expo zur Aufgabe zwingen können, ist danach eine andere Zeitung an der Reihe. Die Tageszeitung *Dagens Nyheter* brachte einen ganzseitigen Vorabdruck zweier Expo-Artikel, andere Zeitungen druckten kostenlose Werbeanzeigen für Expo ab. Die beiden großen Boulevardzeitungen *Expressen* und *Aftonbladet* legten die neue Expo-Ausgabe als Sonderdruck bei – Gesamtauflage dieser beiden Zeitungen zusammen über 800.000. Solidaritätserklärungen folgten von einer Reihe von Prominenten, darunter Politiker der großen Parteien. Die Polizei sah sich unter dem Druck der Medien zu Aktivitäten genötigt. Zuvor hatte sich die Polizei nicht davon überzeugen lassen, daß es sich um eine zentrale Kampagne der schwedischen Neonazis handelte. Jetzt mischte sich der Landeschef der schwedischen Polizei ein. Er kritisierte die örtlichen Polizeiführungen für ihre mangelnde Aktivität sogar öffentlich und ordnete eine breite Untersuchung an.



Die Betreiber der anti-Expo-Kampagne sind im Umfeld von John Christopher RANGNES NATIONALER ALLIANZ (NA) auszumachen. In dieser Organisation sind, wie Rangnes auch, viele Mitglieder aus dem WEIßEN ARISCHEN WIDERSTANDS (VAM), einer der skrupellosesten Neonazi-Truppen in Westeuropa, aufgegangen. Mit dem ihrem Musik-Magazin NORDLAND versucht die NA, in der rechten Subkultur Fuß zu fassen. Das NA-Blatt INFO 14 listete stolz die Anschläge auf das Expo-Umfeld auf. Neben anderen linken Adressen hatte Info 14 zuvor die Firmen aufgelistet, die mit Herstellung und Vertrieb von Expo zu tun hatten wie auch die Inserenten und Unterstützer. Ihnen sollte ein Denkzettel verpaßt werden. Zudem schrieb das Blatt einen Wettbewerb zu den »besten« Aktionen gegen Expo aus.

Als die Polizei eine Razzia in der NA-Zentrale machte, wurde deutlich, daß es nicht bei den Pflastersteinen bleiben sollte: In einem Versteck entdeckten die Beamten Sprengstoff und zehn fertige Bomben.

Die Angriffe auf Expo sind für die schwedischen Neonazis nach hinten los gegangen, haben doch gerade sie bewiesen, wie wichtig die Arbeit von Expo und anderer schwedischer antifaschistischer Initiativen in Schweden ist. ■

EU-Gelder für Rieger in Schweden

Der deutsche Neofaschist Jürgen RIEGER finanziert sein Schloß in Schweden bei Mariestad über Projektgelder der EUROPÄISCHEN GEMEINSCHAFT. Wie die schwedische Tageszeitung Aftonbladet vom 4. Juni '96 berichtete, erhält Rieger dieses Jahr 1 Million Kronen, das entspricht 250.000 DM. Letztes Jahr strich er bereits umgerechnet 125.000 DM ein. Die Gelder hat er für ein ökologisches Landwirtschaftsprojekt beantragt. Ob er dabei seinen Schützenpanzer, den er in der Garage seines Schlosses stehen hat, vor den Pflug spannen will, konnte das Antifaschstische Infobatt noch nicht herausfinden. Rieger kommt einmal monatlich mit seinem Auto zu seinem Schloß. Meist bleibt er übers Wochenende oder auch ein paar Tage mehr. ■

Dänemark

Thies 1: »Keiner mag mich !«

Das Glück hat ihn einfach verlassen. Die Schweiz hat sich Ende 1995 gegen Thies CHRISTOPHERSENS Aufenthalt ausgesprochen, nun schließt er sich womöglich den Nazi-Pensionären um Otto REMER und Gerd HONSIK in Spanien an. In der BRD wartet noch ein Strafverfahren auf ihn und auch in Dänemark stößt er nur begrenzt auf Sympathien – selbst innerhalb seiner alten Fan-Gemeinde.

Erst vertrieben ihn die BürgerInnen aus seinem Wohnort Kollund. Sein nächster Aufenthaltsort in einem Sommerhaus auf Fünen wurde auch gleich bekannt. Über die Vermittlung von dänischen SS-Leuten kaufte Christophersen ein Haus auf Lageland, aber bevor er einziehen konnte, stand schon die Presse vor seiner Tür. Ab Weihnachten 1994 hatte ihn ein sympathisierendes Ehepaar aus einem Dorf bei Sonderborg für mehrere Monate aufgenommen, wo er zuvor seine Sachen aus Kollund untergestellt hatte.. Doch die Empörung war bald groß: *»Nach außen spielt er den armen verfolgten Mann, der nur für seine Überzeugung lebt. Aber nach einigen Monaten unter einem Dach mit ihm, habe ich herausgefunden, daß seine »Auschwitzlüge« nur eine große Geldmaschine ist«*, erklärte seine ehemalige Gastgeberin der Zeitung Jyske Vestkysten vom 9. Juli '95. Zwischenzeitlich hielt sich Christophersen in Deutschland (trotz Haftbefehl) und in der Schweiz auf. Als er unerwartet im September 1995 wieder vor Tür des dänischen Ehepaares stand, blieb denen das Abendbrot im Halse stecken. Die Aufforderung des Hausherrn, das Haus zu verlassen, beantwortete Christophersen, indem er sich schlafen legte. Der rief daraufhin die Polizei, die Thies schon nach wenigen Minuten aus dem Haus eskortierte. Seine ex-Gastgeber hatten in ihm zunächst den alten verfolgten Mann gesehen. *»Aber in Wirklichkeit ist er verschlagen und bettelt ununterbrochen um Geld.(...) Er schaufelt Hunderttausende als Spenden«*, betonte der Hausherr. *»Er weiß ja nicht einmal, was in »Mein Kampf« steht. Ich fragte ihn eines Abends, was er mit dem ganzen Geld will, wenn er so krank ist. Aber er verwies auf seine Kinder und Enkel«*, fügte die Ehefrau hinzu.

Thies 2: »Wer spendet mir?«

Christophersens Spendenbilanz kann sich sehen lassen. Über eine Million DM hat der Altnazi im Laufe der Jahre in Dänemark gescheffelt und über 900.000 DM über den Verkauf von Nazi-Materialien eingenommen. Frede Farmand hat in seinem Buch »Leugneren von Auschwitz« vom Herbst 1995 einige der Spender aufgeführt (nach seinen Angaben befindet er sich im Besitz der kompletten Kundendatei von Christophersens Nordwind-Verlag mit 4.358 Adressen aus aller Welt). Da Thies nicht mehr erreichbar ist, bitten wir die größten Einzelspender der Vergangenheit, das Geld zukünftig auf das Konto des Infoblatts zu überweisen:

- Marg. MAUL, Am Pferdegrund 3, 580. D
- Ernst NIELSEN, 30 Ascot Court LC6K7 Welland, Ontario, CDN
- Werner SCHMIDT, Drakestr. 15, 3280 Bad Pyrmont, D
- Friedrich KUGLER, Liebfrauenstr. 33, 6100 Darmstadt, D
- Hans BORMANN, Rua Regina Badra 184, 4641 Sao Paulo, Brasilien (Sohn des NSDAP-Kanzleichefs Martin Bormann)
- Peter MÜLLER, Heilbronner Str. 11, 7022 Leinfelden-Echterdingen, D
- Ernst HANNEMANN, Hinter der Bahn 13, 2220 St. Michaelisdonn, D
- Elli KELLER, Westendallee 19, 1000 Berlin D
- Karl WITTMANN, Lohengrinstr. 1, 8500 Nürnberg 40, D
- Richard WENZEL, Weltheimstr. 69, 1000 Berlin, D

Spanien

Schuldig ja, verurteilt nein

Kurioser Urteilsspruch in Barcelona. Die fünfte Kammer des Landgerichts hat Ende April diesen Jahres zwei angeklagte Skinheads zwar des Vorwurfs, sie hätten zum Angriff auf Homosexuelle aufgerufen, für schuldig befunden, sie jedoch wegen fehlender Rechtsgrundlage nicht verurteilt.

Die Tat, die den beiden Angeklagten Sergio SOTO und Sergio DURÁN vorgeworfen wird, liegt mittlerweile über viereinhalb Jahre zurück. Im Oktober 1991 hatten sie sich gegenüber einem Fernsehteam des staatlichen spanischen Fernsehens TVE als Anhänger des Nationalsozialismus zu erkennen gegeben. Die Richter sahen es durch die Aufnahmen als bewiesen an, daß Sergio Durán zugegeben habe, gewalttätig *»gegen die Roten, Seperatisten, Juden, Punker und anderen gesellschaftlichen Abfall vorzugehen«*. Ebensowenig bezweifelten sie, Soto habe geäußert, Mord an Homosexuellen sei kein Verbrechen und daß hierin ein Aufruf zum Angriff auf Homosexuelle zu sehen sei. Kurz vor den Aufnahmen war in einem Stadtpark von Barcelona ein Schwuler von einer Gruppe Skinheads umgebracht worden. In dem am 26. Oktober 1991 im spanischen Fernsehen ausgestrahlten Beitrag waren neben Sergio Soto und Sergio Durán noch weitere Skinheads zu sehen, die aber vermummt waren und daher von den Ermittlungsbehörden nicht identifiziert werden konnten.

Die Strafrichter hielten eine Verurteilung der beiden Skinheads trotz der eingestandenen klaren Beweislage für nicht möglich. Denn Aufruf zum Angriff auf Homosexuelle sei erst 1995 als Tatbestand ins Strafgesetzbuch aufgenommen worden, also nachdem der Fernsehsender die Skinheadgruppe gefilmt hatte. Auch das 1991 rechtskräftige Gesetz über Verbrechen gegen das Völker- und Menschenrecht fand keine Anwendung, denn dieses umfasse, so die Urteilsbegründung, "*nationale, ethnische, rassische und religiöse Gruppen, was soziale Gruppen wie Homosexuelle nicht beinhaltet*". Soto und Durán sind in der katelanischen Hauptstadt Barcelona keine Unbekannten. Soto ist bereits zweimal wegen Körperverletzung verurteilt worden, u.a. zu einer vierjährigen Haftstrafe, als er die Kellner einer Bar angriff, die einem von Nazis angegriffenen Ausländer Zuflucht gewährten und ihn zu verteidigen beabsichtigten.

Schweiz

Der Schweizer Altnazi und Bankier, Francois GENOUD, hat sich Anfang 1996 das Leben genommen. Während der NS-Zeit hatte er für den Nazi-Geheimdienst gearbeitet.Er soll eine Rolle gespielt haben bei der Verschiebung von SS-Geldern auf Schweizer Nummerkonten.

In den 50er Jahren sicherte er sich die Rechte an den Goebbels-Tagebüchern. Er war Finanzmann der internationalen neofaschistischen Bewegung und der algerischen Befreiungsbewegung FNL. Von letzterer soll er Gelder in der Höhe von 60 Millionen Francs veruntreut haben. Zur Konsequenz dafür war ervon den Algeriern nicht gezogen worden. Auch für die Verteidigung von NS-Verbrechern wie Adolf EICHMANN, der für die Deportationen in die Vernichtungslager verantwortlich war und dem ex-Gestapo-Chef von Lyon, Klaus BARBIE, hatte er sich engagiert.

Chile

Der Altnazi Hermann SCHMIDT ist im Mai 1996 in Chile gestorben. Er gehörte zu den Begründern der Siedlung COLONIA DIGNIDAD, die die berüchtigte Geheimpolizei DINA während der Pinochet-Diktatur als Folterzentrum benutzte. Auch Walter RAUFF, der Erfinder der mobilen Vergasungswagen, mit denen 100.000 Juden aus dem Baltikum umgebracht wurden, hatte bei der Colonia im Rahmen seiner Tätigkeit für die DINA verkehrt. Damals hatte er die Pinochet-Polizisten in Verhör- und Foltermethoden unterwiesen.



Berlin, Mai 1996
Bundeswehr öffentlich gelobt
Rekruten stehen stramm
SOLDATEN SIND HANDWERKER
MORD HAT GOLDENEN BODEN
Polizei schlägt zu